Antifaschistisches INFO BLATT 41

November/Dezember 1997 5,– DM

STOP DEN RASSISTISCHEN TERROR

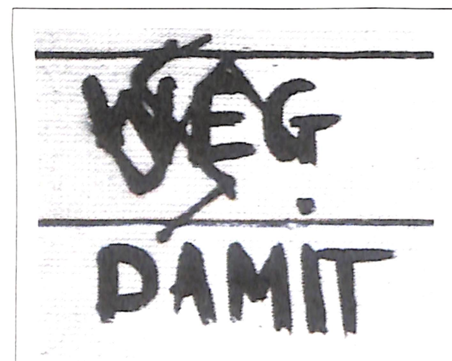
Rückblicke & Ausblicke:
Geschichte der unabhängigen Antifa und die Entwicklung der extremen Rechten

Geloost:
Rechte Aktionen gegen Wehrmachtsausstellung in Marburg

Gehindert:
Warum Antifas nicht ins rechte Saalfeld dürfen

Gefasst:
Erster Briefbombenbauer in Österreich

MIT 8 SEITEN »Was geht ab?«



Antifaschistisches Info-Blatt
Nr. 41, November/Dezember 1997
11. Jahrgang

Erscheinungsweise:
5x im Jahr

Herausgeber:
L. Meyer
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

V.i.S.d.P.: L. Meyer (Adresse s.o.)

Druckerei: Eigendruck

Konto: J. Lehmann, 411 960 - 105
Postbank Berlin, BLZ: 100 100 10
(Bei Überweisungen bitte immer deutlich den Absender angeben!)

Preis: 5,- DM

Abo: 30,- DM/Jahr (s. vorletzte Seite)

Nachdruck:
In Antifa-Publikationen mit vollständiger Quellenangabe, andere Publikationen nur nach Rücksprache mit der Redaktion.

Fotos:
Alle Rechte liegen bei den jeweiligen Fotografen.

Anzeigen:
Wir bringen nur Anzeigen von Sachen, die wir kennen und gut finden. Also, bei Broschüren und Zeitungen bitte immer ein Exemplar mitschicken. Austauschanzeigen auf Anfrage möglich. Eine Anzeigenpreisliste gibt es nicht, wenn uns aber jemand Geld spenden will, weil wir eine bestimmte Anzeige abgedruckt haben, dann haben wir natürlich nichts dagegen.

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Antifaschismus mit Biß!

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen!

Anfang Oktober sollte in Saalfeld die Bündnisdemo »Den rechten Konsens brechen« stattfinden. Die meisten von Euch wissen, daß die Demo verboten wurde; viele konnten die Strategen der Inneren Sicherheit live in Aktion erleben; für über 400 AntifaschistInnen endete der Versuch, das totale Demonstrationsverbot in Thüringen zu durchbrechen, mit Festnahme, Unterbindungsgewahrsam und Schnellverfahren. Unserer Einschätzung nach handelt es sich bei dem Demonstrationsverbot für die Saalfeld-Demo um eine folgenschwere Niederlage. Daran konnten auch die erfolgreichen spontanen Ausweichdemonstrationen in Erfurt, Jena, Dessau und Leipzig sowie die Autobahnblockade auf der A 9 nichts ändern. Es gelang der Antifabewegung nicht, die Zustände in Saalfeld an eine breitere Öffentlichkeit zu tragen, geschweige denn, unsere politischen Forderungen zu vermitteln. Die überregionale Medienberichterstattung über die Hintergründe des Demoverbots, den Einsatz von 2.000 Polizeibeamten und deren Vorgehen gegen AntifaschistInnen sowie über die spontanen Antifademos war überwiegend entpolitisierend und entstellend.

Die neue Qualität der Ereignisse von Saalfeld ergibt sich aus mehreren Faktoren: Zum ersten Mal seit Jahren wurde eine Antifademo verboten, die von Gewerkschaften angemeldet und von einem breiten Bündnis getragen wurde. Auch daß eine Aufmarschanmeldung der NPD (die NPD hatte angemeldet, nachdem die Lokalpresse das erste Mal über die geplante Antifademo berichtet hatte) als ein Grund für das Verbot angegeben wurde und daß der NPD-Aufmarsch erst nach der Antifademo verboten wurde, stellt ein Novum dar.

Die Bestätigung der Verbotsbegründung durch das Verwaltungsgericht Gera bedeutet im schlimmsten Fall, daß demnächst mit ähnlich obskuren Begründungen – eine Mobilisierung über das Internet, eine namentlich zugeordnete Kriminalisierung der örtlichen Antifa-Szene und die *»dienstliche Erkenntnis«*, daß in Marburg Linksextremisten, die den Gewerkschaft nahestünden, agiert hätten – völlig willkürlich quer durch die BRD weitere Antifademos verboten werden können. Uns stellt sich daher die Frage, warum die AnmelderInnen nach der negativen Entscheidung des Verwaltungsgerichts Gera nicht das Oberverwaltungsgericht angerufen haben. Die Tatsache, daß weder das Verbot der Antifademo, noch der nachfolgende Polizeieinsatz, der wie eine Notstandsübung nach den Lieblingsphantasien der Strategen der Inneren Sicherheit anmutete, bisher zu Protesten aus einer breiteren Öffentlichkeit – beispielsweise von Rechtsanwalts- und Bürgerrechtsorganisationen – geführt hat, macht die Sache umso schlimmer. Die Antifaszene schmorte an diesem Wochenende völlig im eigenen Saft, blieb isoliert und wurde damit mangels eigener Stärke zum leichten Opfer für den staatlichen Repressionsapparat.

Trotzdem hoffen wir, daß die Ereignisse vom 11. Oktober ein erster Schritt waren, um Saalfeld als rechte Hochburg ins Bewußtsein einer breiteren Öffentlichkeit zu rücken. Offenbar muß schon im Vorfeld auch von Demos in »der Provinz« eine gründlichere überregionale Pressearbeit gemacht werden, damit den Stadtvätern und ihren Bütteln in Grün vermittelt wird, daß ihnen auf die Finger geschaut wird – und das nicht nur von uns.

Die Idee einer Demo in Saalfeld – und deren hoffentlich baldige praktische Durchsetzung – ist auf jeden Fall richtig, und die Initiative und Arbeit der örtlichen AntifaschistInnen soll an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich lobend erwähnt werden. Keine(r) von uns, die wir aus den größeren Städten mal für einen Tag in »die Provinz« fahren, muß unter derartig heftigen Bedingungen – ständig präsente staatliche Repression & Naziterror – leben und arbeiten. Gerade deshalb ist es wichtig, zu überlegen, wie Unterstützung für AntifaschistInnen in Städten wie Saalfeld praktisch aussehen kann. Offensichtlich ist, daß die einfache Kette aus den Antifa-Kampagnenrezeptbüchern »viele Nazis in der Stadt = Antifa-Demo = das Problem wird von einer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen = es entsteht Druck auf die politisch Verantwortlichen« überhaupt nicht so einfach funktioniert. Auch gelungene Antifa-Demos können bestenfalls immer nur kurzfristig einen Spielraum eröffnen, der dann genutzt werden muß, um politische Lösungen einzufordern und mit anderen Initiativen vor Ort weiterzumachen. Wichtig ist Kontinuität und Verbindlichkeit bei der Vernetzung zwischen Groß- und Kleinstädten, die sich nicht nur auf aktuelle Anlässe beschränken darf.

Das Demoverbot in Saalfeld und Thüringen war ein Ausdruck der momentan herrschenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse. Es liegt an uns, unserer Phantasie und Kreativität, die Verhältnisse trotzdem zum Tanzen zu bringen – und daß wir das eigentlich immer noch können, daran sollten wir uns gelegentlich erinnern.

Deshalb haben wir uns auch dazu entschlossen, noch einmal das Thema »Rückblicke & Ausblicke« zum Schwerpunkt für diese Nummer zu wählen. Wir wollen damit einerseits einlösen, was wir uns bereits für die letzte Ausgabe vorgenommen hatten: Die Geschichte der unabhängigen Antifa und die Entwicklung der extremen Rechten rückblickend zu betrachten. Andererseits wollen wir damit den Anfangspunkt für etwas setzen, was wir schon längere Zeit eingefordert haben, was aber bisher kaum stattgefunden hat: Eine breite Diskussion über die antifaschistische Arbeit der vergangenen Jahre, über Erfolge und Mißerfolge, über das, was wir daraus lernen können. In diesem Sinne sind Entgegenungen, Kritik und andere Reaktionen auf unseren Schwerpunkt als Diskussionsbeiträge ausdrücklich erwünscht. Die kommenden Ausgaben werden sich dann wie gewohnt schwerpunktmäßig mit aktuellen Themen beschäftigen und wir hoffen, Ihr denkt nicht, wir wären zu vollkommen selbstbezogenen Rückblicksfetischisten geworden.

Neu ist in dieser Ausgabe der »Gastbeitrag«. In Zukunft wollen wir unter diesem Label regelmäßig Beiträge von GastautorInnen abdrucken, die sich zu Themenbereichen spezialisiert haben und etwas zum AIB beitragen können/wollen. Den Auftakt bildet ein Beitrag im Ressort Geschichte von Klaus Viehmann, der sich mit dem Deutschen Herbst 1977 und dem Antifaschismusverständnis der Stadtguerillagruppen auseinandersetzt. Wir finden es wichtig, daß gerade 20 Jahre nach der Schleyer-Entführung eine Auseinandersetzung mit diesem Abschnitt linker Geschichte nicht den bürgerlichen Medien überlassen bleibt.

Verdammt dick und damit verdammt teuer ist diese Ausgabe mal wieder geworden. Wir wollten aber weder noch mehr Texte rausschmeißen, als wir sowieso schon mußten, noch den Preis anheben. Damit wir dies auch in Zukunft nicht tun müssen, brauchen wir Eure solidarische Unterstützung: Verkauf das AIB weiter, werbt AbonenntInnen. Viel Spaß mit den folgenden Seiten, wir hoffen, sie sind nicht allzu schwer verdaulich.

Eure AIB-Redaktion

Die unabhängige Antifa im Spannungsfeld zwischen Bewegung und Institution, zwischen gesellschaftlicher Kraft und Isolation

Eine kritische Bestandsaufnahme

Bewegte Jahre liegen hinter der unabhängigen antifaschistischen Bewegung. Die Kampagnen gegen die Republikaner Ende der 80er Jahre, die Aktivitäten gegen die Heß-Märsche, die Solidaritätsarbeit im »Fall Kaindl« oder die antirassistischen Demonstrationen unter dem Eindruck von Pogromen wie in Rostock und Brandanschlägen wie in Lübeck sind nur Eckpunkte dieser Zeit. Wir haben desöfteren geschrieben, daß es nach den Jahren der sich überschlagenden Ereignisse und der Feuerwehrpolitik gegen den ungeahnten Rechtsruck, den explodierenden Rassismus und die gravierenden gesellschaftlichen Umbrüche an der Zeit wäre, ein Resümee zu ziehen. Analysierende und bewertende Blicke auf das was war, sollten wir werfen, um klarere Sicht auf das zu kriegen, was kommt und wie eine erfolgreiche Politik gegen die herrschenden Verhältnisse aussehen kann. Dieser Diskussionsbeitrag versteht sich als ein erster Schritt in diese Richtung.

Anfang der 80er Jahre sind in der BRD die ersten autonomen antifaschistischen Gruppen entstanden, die man als Grundstein der heutigen Antifa bezeichnen könnte. Waren antifaschistische Initiativen bis dahin vor allem durch Organisationen wie die VVN, aus den 68ern entstandene kommunistische Gruppen und die Friedensbewegung geprägt, begannen jetzt vorwiegend Jugendliche, die für ein selbstbestimmtes Leben eintraten, sich gegen die Rechten zu wehren. In der Folge entstanden aus den verschiedenen Gruppierungen größere Strukturen, die Regionen verbanden und es ermöglichten, gemeinsam und mit vielen anderen



in direkter Konfrontation gegen die Nazis vorzugehen.

Das Ergebnis war ein bunt zusammengewürfelter Haufen von Menschen, die aus verschiedensten politischen oder persönlichen Motivationen bis hin zu subkulturellen Hintergründen zusammenkamen und das bildeten, was man gemeinhin als Bewegung bezeichnet. Trotz vieler Unterschiede konnten auf der gemeinsamen Basis, gegen Rassismus und Neofaschismus vorgehen zu wollen, Erfolge erzielt und die Nazis von der Straße gedrängt werden. An diesem Punkt trat für viele Gruppen die Notwendigkeit der aktionistischen Arbeit in den Hintergrund und längerfristig angelegte Projekte, wie Zeitungen und Archive, entstanden. Auch aus dem Verständnis heraus, daß der Kampf gegen Rassismus und Faschismus länger dauern würde als einen Sommer.

Einen neuen Auftrieb erhielt die schon ein Stück weit zur Institution gewordene westdeutsche Antifa-Bewegung (Die Geschichte der DDR-Antifaszene muß kann hier mangels eigener Kenntnisse leider nicht berücksichtigt werden. Wir werden versuchen, diese Lücke in einer der nächsten AIB-Ausgaben zu schließen.) mit den Erfolgen der Republikaner Ende der 80er Jahre. Auch die Organisierung der »antifaschistischen Selbsthilfe« gegen Nazi-Angriffe auf MigrantInnen, Punker oder Hippies war ein Schlagwort dieser Zeit, das sich lange hielt. Wieder waren es vor allem junge Leute, die nicht nur ihre Wut auf die Straße trugen, sondern auch Widerstand organisierten. Verstand sich die Antifa in den 80er Jahren noch als fester Bestandteil einer funktionierenden radikalen Linken, die vor allem von den Autonomen geprägt war, änderte sich dies nun mit dem fortschreitenden Zerfall autonomer Strukturen. Unter dem Label der unabhängigen Antifa versuchten Teile der Bewegung, sich von den eingefahrenen Szenemechanismen und den Formen autonomer Politik, die sich überholt hatten, zu lösen. Dabei wurden gute Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Leuten gemacht, die nicht aus der linksradikalen Szene kamen, sondern auf ihre Weise antifaschistische und antirassistische Arbeit machten und machen.

Von dem Mauerfall, der Einverleibung der DDR durch die BRD, dem folgenden Rechtsruck, der Explosion von Rassismus und Nationalismus und dem ungeahnten Aufschwung der extremen Rechten wurde die junge und wenig gefestigte Bewegung genauso überrollt wie die ganze Linke. Über die neue Quantität und Qualität rechter Gewalt und Organisierung empörten sich vor allem Jugendliche und nicht wenige politisierten sich als Folge davon. Plötzlich standen antifaschistische und antirassistische Bewegung im Mittelpunkt gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und waren angesichts der Entwicklungen gezwungen, Feuerwehrpolitik zu betreiben. Es blieb der fade Nachgeschmack, in einem Abwehrkampf zu stehen, der so nicht zu gewinnen war und ist. Dennoch konnte die unabhängige Antifa so manchen beachtlichen Erfolg für sich verbuchen. Gerade der Bereich der antifaschistischen Recherche hat einen hohen Standard erreicht. Wenn aus den Ergebnissen der Recherchearbeit Aktivitäten und Initiativen entwickelt wurden, trafen sie die Richtigen und hatten eine breitere gesellschaftliche Wirkung als nur den Effekt, daß einige Nazis zurückgedrängt werden konnten.

Vor allem antifaschistischen Gruppen ist es zu verdanken, daß den Nazis bei ihrem Aufschwung immer wieder große Steine in den Weg gerollt werden konnten, und daß sie nach wie vor kein gesellschaftlich etablierter politischer Machtfaktor sind. Extrem rechte Parteien und Gruppierungen sind immer noch politisch isoliert. Zumindest konnte die Antifabewegung dafür sorgen, daß die Schmerzgrenze, offen mit ihnen zu paktieren, (noch) sehr hoch liegt. Ausnahmen wie z.B. Saalfeld bestätigen die Regel. Nicht aufhalten konnte die Antifa allerdings den Rechtsruck und das Voranschreiten der von den Nazis in der extremsten Form propagierten rechten und reaktionären Werte und Ideologien, die längst in die »gesellschaftliche Mitte« vorgedrungen sind. Genauso wenig gesellschaftlich ausgegrenzt ist in einigen Teilen dieses Landes – vor allem in Ostdeutschland – die Nazi-Szene, wo sie die Meinungsführerschaft unter Jugendlichen inne hat und bestimmen kann, was auf der Straße passiert.

Was ist draus geworden?

Nachdem sich einerseits die Situation etwas beruhigt hatte, der Staat um des Ansehens im Ausland willen gegen die Neofaschisten vorging und andererseits zahlreiche Dinge, die zu Beginn der 90er zum Aufschrei geführt hatten, Normalität geworden waren, machte die unabhängige Antifa einmal mehr die Entwicklung



durch, die Bewegungen eigen ist: Ein Teil zieht sich zurück, ein anderer besinnt sich auf seine alten Aufgaben, und ein dritter widmet sich langfristig angelegten Initiativen im Bereich Antifa.

Aus dieser Entwicklung formte sich das, was heute als unabhängige/autonome Antifa-Szene versucht, dem gesellschaftlichen Rechtstrend und besonders dessen extremsten Auswirkungen etwas entgegenzusetzen. Eine problembehaftete Mischung, deren Verhältnis untereinander wenig aufeinander abgestimmt und von gemeinsamem Handeln geprägt ist. Während Gruppen von Jugendlichen, die sich an Ereignissen oder Zuständen politisieren und aktiv werden wollen, oft keine Unterstützung erhalten und frustriert aufgeben, spezialisiert sich ein Teil von Projekten und Leuten immer weiter. Dies ist zwar ein notwendiger, erfolgversprechender Prozeß, der aber die Gefahr in sich birgt, zum reinen »Fahndungsantifa« zu werden und sowohl gesellschaftliche Prozesse, als auch die linke Politik und andere Gruppen als Basis aus den Augen zu verlieren. Als bundesweite Zusammenhänge entstanden die Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation und das Bundesweite Antifa-Treffen (diese beiden unterschiedlichen Ansätze rückblickend zu betrachten, würde an dieser Stelle den Rahmen sprengen, aber wir haben uns vorgenommen, dies demnächst gesondert anzugehen).

Ihren immer wieder formulierten Anspruch, sich von den veralteten Formen autonomer Politik absetzen zu wollen, hat die antifaschistische Bewegung nie eingelöst: Auseinandersetzungen über Strategie und Taktik, die über aktuelle Kampagnen hinausgehen, tauchen in den gelegentlich stattfindenden Diskussionen nur bruchstückhaft auf; die verschiedenen Gruppen arbeiten mehr oder weniger vor sich hin und finden sich meistens nur in Zweckbündnissen zusammen. Im Zuge dessen hat es die Antifa in den vergangenen Jahren nicht geschafft, aus dem dauernden Auf und Ab der Bewegungsschübe in großem Umfang kontinuierlich arbeitende Strukturen zu entwickeln. Die vorhandenen Strukturen konnten und können zwar die immer wiederkehrenden Entwicklungsstadien der Bewegung – Empörung, Aufschwung, Hochphase, Abschwung – unterstützen, sie aber nicht auffangen. Die Folge: Die Bewegung Antifa ist zu einer wesentlich schwächeren gesellschaftlichen Kraft geworden, als sie es hätte werden können; sie stellt in der Öffentlichkeit nur selten eine politische Koordinate und einen Anlaufpunkt dar. Wenn mit einer neuen Quantität bzw. Qualität rechten Auftretens und Gewalt ein neuer Bewegungsschub entsteht, sollte verstärkt darauf geachtet werden, wie dies in dauerhaften politischen Erfolg und stabilere Strukturen umzumünzen ist.

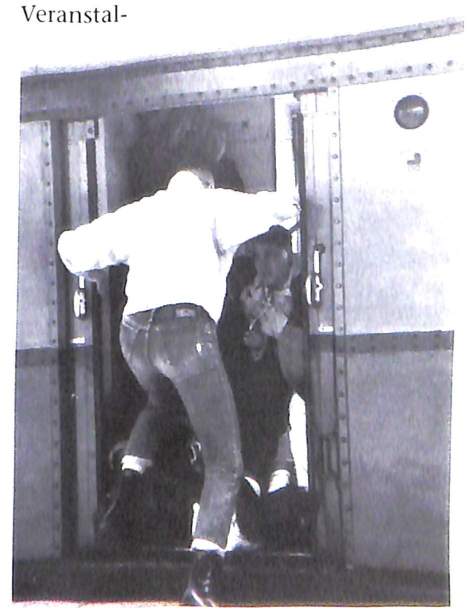
Selbstgewählte Isolation contra erfolgreiche Politik

Unterdessen schreitet die Isolation der Linken munter voran. Neben der Isolierung, die die Linke durch die Gesellschaft erfährt, ist sie auch selbst an diesem Prozeß beteiligt. Die soziale und kulturelle Selbstisolation, die uns Freiräume schafft, in denen wir versuchen können, unsere Utopien umzusetzen, ist sinnvoll, solange sie offen bleibt und auch Akzente in der Gesellschaft setzen kann. Aber die politische Selbstisolation, die wir uns in den Zeiten des Aufschwungs der autonomen Bewegung Anfang der 80er Jahre leisten konnten und die als konsequente Opposition auch produktiv war, ist in den heutigen Zeiten und angesichts der Schwäche der Linken der Tod jeder politisch erfolgreichen Intervention. Dennoch sind Gruppen rar, die versuchen, gegen die politische Selbstisolierung anzugehen, in die Gesellschaft hinein zu arbeiten und in der produktiven Auseinandersetzung mit anderen gesellschaftlichen Kräften das Weiterentwickeln eigener Konzepte und Vorstellungen zu suchen. Selten gibt es erfolgversprechende Bündnisaktivitäten und setzt sich die Erkenntnis durch, daß der Kampf gegen den anhaltenden Rechtsruck, gegen Rassismus und Neofaschismus nicht von der radikalen Linken alleine gewonnen werden kann. Dabei bietet gerade das Feld Antifaschismus die Möglichkeit, mit zahlreichen anderen Kräften, seien es Gewerkschaften oder Kirchenvertreter, Linksliberale oder engagierte Parlamentarier, zusammenzuarbeiten. Aber antifaschistische Intitiativen und Gruppen, die die Ablehnung des Systems nicht zur Grundlage ihrer Arbeit machen, werden schnell zu »falschen Antifaschisten« erklärt. Ein gegenseitiges Tolerieren ist so von vornherein ausgeschlossen und es werden Trennungslinien aufgebaut, bevor eine Zusammenarbeit und somit ein wechselseitiges Kennenlernen entstehen kann. Dieses Selbstverständnis, das es nicht für nötig hält, mit anderen gesellschaftlichen Kräften gemeinsam Perspektiven antifaschistischer und antirassistischer Politik zu entwickeln und umzusetzen, verkommt zur Isolierung der eigenen Politik ohne gesellschaftliche Wirkung, zum inhaltslosen Ritual der Selbstbeweihräucherung ohne soziale Einbindung und politische Basis.

Oft setzt sich die Linie derer durch, die für eine erneute exemplarische Bombardierung Dresdens (oder je nach Bedarf anderer deutscher Städte) durch den englischen General Harris, die durchgehend für Pauschalverurteilungen und Strafexpeditionen plädieren. Und auch, wenn der antinationalistische Reflex angesichts eines weitverbreiteten Rassismus in der Bevölkerung verständlich sein mag: Wen und was will man damit erreichen, wie etwas verändern? Differenzierung tut not, und auch wenn es manchmal unausweichlich ist, sich als kleine Minderheit radikal gegen einen rechten und rassistischen Konsens zu stellen, muß genauso geschaut werden, wie man Bündnisse schließen, in die Gesellschaft arbeiten und die mobilisieren kann, die sich nicht der herrschenden Meinung ergeben haben. Ein zugegebenermaßen schmaler Grat, aber das Zurückziehen auf die immer neu gepredigte eigene Wahrheit stellt keine Alternative dar und der Ansatz, in Stadtteilen, an Schulen und Arbeitsplatz den antifaschistischen und antirassistischen Kampf mit der sozialen Frage zu verbinden, muß wohl derzeit mangels Basis verbaler Anspruch bleiben.

Perspektive Antifa?

Die Vorgehensweisen der unabhängigen Antifa sind mittlerweile ziemlich eingefahren und es besteht kaum noch Raum für neue Ideen und Konzepte. Statt Situationen und nötige Aktionen zu bestimmen, wird nach dem altbekannten Kampagnenschema vorgegangen: Veranstal-



tung, Demo, Flugies verteilen... Daß dieses Schema den Situationen vor Ort heute oft genug zuwider läuft, scheint den AktivistInnen dabei gar nicht mal aufzufallen. Beispielsweise in einer rechten Hochburg ein, zwei Demos zu machen, bringt meistens nicht viel. Dort ist noch stärker als generell darauf zu achten, daß man sich nicht in einem militärischen Kräftemessen erschöpft. Entscheidend ist, ob es gelingt, dort eine Basis zu schaffen, die mit Unterstützung von Außen kontinuierlich antifaschistische Arbeit leisten und einen politischen und kulturellen Gegenpol gegen die rechte Vorherrschaft setzen kann.

Der Antifa ist es seit der Wende genauso wie der ganzen Linken nicht gelungen, die Lethargie zu überwinden und neue Konzepte gegen die sich verändernden und verschärfenden gesellschaftlichen Zustände zu entwickeln. Zwar haben wir in unserem traditionellen Hauptarbeitsfeld, der organisierten extremen Rechten, einen weitgehenden Durchblick und können ihr an den entscheidenden Punkten etwas entgegensetzen. Aber vor dem umsichgreifenden Rassismus, der Vorherrschaft rechter Werte und dem »Extremismus der Mitte« sitzen wir wie das Kaninchen vor der Schlange. Ebenso verhält es sich mit anderen Themen, die durchaus in den Bereich Antifaschismus fallen könnten: stärker werdender Nationalismus und ein Deutschland, das immer mehr nach einer Weltmachtrolle greift. Das Herrschaftsprojekt Europäische Union, das nach außen hin mittels Rassismus und geschlossenen Grenzen abgeschottet wird, macht eine verstärkte europäische und internationale Zusammenarbeit von AntifaschistInnen mehr und mehr notwendig. Verstärkt wird dies durch die Versuche von sowohl in Nazigruppierungen, als auch in Bundesministerien agierenden Revanchisten, in Osteuropa alte Gebietsansprüche erneut durchzusetzen. Dabei wird eine Kriegsgefahr geschürt und billigend in Kauf genommen, wie sich im ehemaligen Jugoslawien gezeigt hat.

Daß die Antifa diesen Entwicklungen hinterherhinkt, liegt nicht nur an ihrer Schwäche und der Schwäche der gesamten Linken. Die Gründe dafür findet man einerseits auch in der seit langem kritisierten, vollkommenen Fixierung vieler Antifas auf die militanten Nazis und andererseits in der fehlenden inhaltlichen Diskussion, die diesen sehr schmalen Grundkonsens »Gegen Nazis« verbreitern könnte. Weitergehende Inhalte werden zwar als vorhanden vorausgesetzt und nicht selten auch als Schlagworte verwand, aber eine offene Diskussion über diese Inhalte findet praktisch nicht statt. Dies liegt vor allem daran, daß an die Stelle des gerade in heutigen Zeiten so notwendigen toleranteren Rahmens zum gemeinsamen Austausch von Argumenten das Aufrechterhalten von Dogmen und die »Stein der Weisen«-Mentalität getreten ist. Erst, wenn es wieder gelingt, eine offene Diskussionskultur selbstdenkender Menschen ohne Funktionalisierung herzustellen, werden linke Positionen weiterentwickelt.

Die Linke, als deren Teilbereich sich die antifaschistische Bewegung versteht und die früher einen breiten Grundkonsens sicherte, existiert heute nur noch in Bruchteilen und ist vor allem mit ihren eigenen Untergangsprozessen beschäftigt. Viele junge Antifas, die oft gar nicht mehr viel von linker Bewegung erfahren haben, haben nur sehr diffuse inhaltliche Vorstellungen, wenn es um mehr als »gegen Nazis« geht. Eine Bewegung aber, die nur von ihrem »Anti« zusammengehalten wird, kann in diesen Zeiten nicht erfolgreich sein und muß oft aus einer nicht gerade anziehenden Position der Schwäche agieren. Von daher ist es auch ausgesprochen folgenreich für die antifaschistische Bewegung, daß sie heute einen der ganz wenigen Bereiche linker Politik darstellt, der es überhaupt noch schafft, politisch in die Offensive zu kommen. Die Schlußfolgerung daraus darf aber nicht sein, daß die antifaschistische Bewegung – wie von einigen Gruppen bereits praktiziert – wahllos alle Bereiche linker Politik aufnimmt und zu beackern versucht. Dies schadet nicht nur der antifaschistischen Arbeit, sondern ist letztendlich auch lediglich ein Herumdoktern an den Symptomen: Wenn die Linke und mit ihr die Antifa wieder politische Relevanz entwickeln will, wenn sie wieder Anziehungskraft ausstrahlen will, wenn sie in der Lage sein will, den menschenverachtenden Zuständen wirklich etwas entgegenzusetzen, dann muß sie konkret auf die Leute mit ihren Problemen eingehen. Nur so kann man den Prozeß, der aus gesellschaftlichen Konflikten emanzipatorische Bewegungen entstehen läßt, beeinflussen. Daß moralische Argumente an dieser Stelle nur wenig bewirken, ist eine immer wieder gemachte Erfahrung. Meistens entwickelt sich das Bewußtsein, das Werte wie Solidarität und Menschlichkeit gegen die vorherrschende Entsolidarisierung, Ohnmacht und den Egoismus stellt, nur in den konkreten Kämpfen gegen die Mißstände, die die Menschen selber betreffen.

Nur wenn eine derartige neue Bewegung entsteht, können wir es überhaupt schaffen, den Entwicklungen und Zuständen, denen wir heute meistens hilflos gegenüberstehen, erfolgreichen Widerstand und unsere Vorstellungen entgegenzusetzen. Die Antifa kann sicherlich nicht Grundstein dieser neuen Bewegung sein, aber als einer der aktivsten linken Teilbereiche kann sie einen wichtigen Beitrag dazu leisten: Viele Leute politisieren sich über die Themen Neofaschismus und Rassismus, sei es auf der moralischen Schiene oder weil sie persönlich betroffen sind. Ihnen muß aber auch die Chance zur Organisierung gegeben und die unabhängige Antifa als politischer Weg angeboten werden, anstatt sich mittels der eingefahrenen Szene-Mechanismen von Checkertum über die »wir wissens eh besser«-Mentalität bis hin zu maßlos übertriebener Konspirativität immer weiter zu isolieren und Leute abzuschrecken. Gleichzeitig müssen wir schon heute eine kulturelle und soziale Alternative darstellen, die versucht, das vorzuleben, was wir erreichen wollen und in dem Maße, wie die alte Neue Linke wegbricht, grundsätzliche linke Inhalte vermitteln. Nur so kann eine soziale, radikal linke, außerparlamentarische Bewegung entstehen, die den anhaltenden Rechtsruck aufhält, die Verhältnisse zum Tanzen bringt und diejenigen eines besseren belehrt, die immer sagen, es ließe sich sowieso nichts ändern. Bis dahin gilt es, einen langen Atem zu behalten, unbequem und menschlich zu bleiben und sich den herrschenden Verhältnissen entgegenzustellen. In diesem Sinne: Weiter im Kampf um die Herzen und Köpfe der Menschen! ■



Rückblicke und Ausblicke auf die Entwicklung der extremen Rechten

Von der Gesinnungsgemeinschaft zur Vorherrschaft im Alltag



Das AIB hat in den vergangenen Jahren beständig und umfassend über die Entwicklung der extremen Rechten, insbesondere der Neonazis, berichtet – über ihre Strukturen, Betätigungsfelder, Brennpunkte und Drahtzieher. Wir haben immer versucht, eine Einschätzung mitzuliefern. Dabei sind nacheinander Gruppierungen wie die GdNF, die NF und die JN in den Mittelpunkt unserer Recherchen gerückt. Für Außenstehende mag dies recht willkürlich wirken, fügen sich unserer Recherchen als Fragmente womöglich schwer zu einem Gesamtbild zusammen. Dieser Artikel stellt einerseits den Versuch dar, unsere Recherche-Schwerpunkte der vergangenen Jahre in Beziehung zueinander zu setzen. Wir wollen damit nicht nur das Gesamtbild und die Entwicklungen der vergangenen Jahre verdeutlichen, sondern auch eine Zustandsbeschreibung und einen Ausblick wagen. Andererseits wollen wir überprüfen, ob unsere Einschätzungen der vergangenen Jahre eingetroffen sind. Da uns die Diskussion in diesem Bereich ausgesprochen wichtig ist, sind weitere Beiträge auch in diesem Bereich ausdrücklich erwünscht.

In den 80er Jahren hatten wir es mit einer Nazi-Szene und -struktur zu tun, die noch relativ unbedeutend war. Die wirklich aktiven Organisationen waren zählbar und boten wenig Anziehungskraft. Während die Reps Wahlerfolge verbuchten und das Hauptthema der Antifa-Bewegung waren, spielten die Nazis in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung kaum eine Rolle. Nach außen agierten vor allem die ANS/NA und nach deren Verbot die FAP. Als organisatorisches Rückgrat im Hintergrund entstand im Laufe der Jahre die Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF), in deren Zentrum bis zu seinem Tod Michael Kühnen stand.

Die GdNF war eine Konsequenz aus den Parteiverboten zu Beginn der 80er Jahre: Sie stellte die Hintergrundstruktur dar, in der die Kader organisiert waren, sich austauschten und absprachen. In der Öffentlichkeit sollten Parteien und Organisationen als Vorfeldorganisationen auftreten, in denen sich die einfachen Nazis organisieren. Wäre eine der Vorfeldorganisationen verboten worden, so hätte nach dem GdNF-Konzept die nächste schon bereitgestanden. Die Hintergrundstruktur wäre nicht angetastet worden. Sehr viele relevante Personen und Gruppierungen rechts von der NPD organisierten sich zu dieser Zeit im Zusammenhang der GdNF.

Mit der Wende 1989, dem Vereinigungstaumel, dem immer stärker aufkommenden Rassismus und Nationalismus, begann die Bewegungszeit für den Neofaschismus. Die GdNF stellte für den massenhaften Zulauf, den die Nazis bekamen, eine gute Struktur dar, da sie über Organisationen verfügte, die viele Interessierte aufnehmen konnten. Auf diese Weise entstand z.B. die Deutsche Alternative (DA), die zeitweise über 1.000 Mitglieder hatte. Mit dem Boom wurde aber auch schnell der Nachteil dieser Form der Organisierung deutlich: Es mangelte den Nazis an Führungspersönlichkeiten, die den Laden zusammenhalten konnten. Die für die vielen neuen Mitglieder wenigen Kader konnten zwar aufhetzen und anstacheln, aber nur wenige InteressentInnen und Mitglieder zur dauerhaften Arbeit anregen und in die Szene integrieren.

In dieses Vakuum stieß die Nationalistische Front (NF) mit ihrem erfolgversprechenden Modell der Kaderpartei und rückte somit verstärkt in das Blickfeld antifaschistischer Recherche. Die gezielte Ausbildung von Kadern war zu diesem Zeitpunkt politisch für die Nazis das Wichtigste, um die entstehende Bewegung organisieren und leiten zu können. Das GdNF-Konzept, in dem darauf nicht genug Wert gelegt worden war, hatte bewiesen, daß dies nicht von alleine funktioniert. Die frischen Nazis waren entweder zu minderbemittelt, um selbst etwas auf die Reihe zu kriegen, oder stiegen, wenn es mal etwas fähigere gab, schnell in die Führungsriege auf. Damals wie heute fehlte es an einer mittleren Kaderstruktur, und diese wollte die NF schaffen.

Gelungen ist ihr dies nur bedingt, da Antifas die Gruppe um Meinolf Schönborn und Andreas Pohl 1992 verstärkt in das ungeliebte Licht der Öffentlichkeit zerrten, woraufhin schließlich im Herbst 1992 das Verbot folgte. Daß die NFler auf diesem Feld dennoch erfolgreicher waren als die GdNF, zeigt schon die Geschichte nach dem Verbot: Die Strukturen bestanden noch lange danach, und bis heute ist ein großer Teil der ehemaligen NFler aktiv. Im Gegensatz zu den verbotenen Organisationen der GdNF, wo sich außer den Führungskadern nicht allzuviel gehalten hat.

Neben der NF expandierten in der Bewegungszeit der Neofaschisten natürlich auch noch zahlreiche andere Organisationen bzw. entstanden überhaupt erst. Die Antifa-Bewegung versuchte mit ihren Recherchen, dieser Entwicklung hinterherzukommen. Und auch wenn es unmöglich war, alle Gruppierungen zu durchleuchten, schaffte sie es zumindest immer wieder, ein Gesamtbild zu zeichnen.

Mit den Parteiverboten und dem Abflauen der Bewegung '92-'94 fand in der Neonazi-Szene ein Umdenken statt. Um es der Repression schwerer zu machen, wurde das Konzept der Kameradschaften forciert, die sich regional organisieren und unter verschiedenen Namen auftreten, aber mitnichten eine unabhängige Basisbewegung sind. Die Vernetzung findet einerseits über die Führungskader statt, die sich kennen. Andererseits schließen sich die Gruppierungen bzw. deren Führer in Organisationen und Bündnissen zusammen, wie dem Bündnis Rechts in Schleswig-Holstein oder den Nationalen aus Berlin, die gemeinsame Aktivitäten und Propaganda organisieren. Das Konzept der Kameradschaften funktioniert allerdings wie so oft nur dort, wo erfahrene Kader agieren oder Aufbauhilfe geleistet wird, wie es der Verein Die Nationalen in den ostdeutschen Ländern tut.

Neben den Kameradschaften wurde spätestens ab 1995 die NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) zur wichtigsten bundesweiten Organisation ausgebaut. Die JN hatte ihre besten Zeiten in den 70er Jahren und verschwand dann mehr und mehr in der Versenkung. Nach einer Umstrukturierung Anfang der 90er und dem erklärten Ziel, eine Kaderpartei werden zu wollen, begann die JN mit einer relativ jungen und aktiven Schicht aus Führungskadern nun, eine Lücke zu füllen, die einige verbotene Organisationen hinterlassen hatten: Eine Organisation mit bundesweiter Struktur und Führungsanspruch. Zahlreiche Kader der verbotenen Parteien traten in die JN ein und bekleiden heute teilweise Funktionen im Bundesvorstand. Innerhalb dieser Entwicklung hatte die JN keine Probleme, sich altmodisch-nationalsozialistisch zu positionieren und auch ihre Mutterpartei NPD bewegt sich immer mehr in Richtung militanter Neonazi-Szene, die offen den Nationalsozialismus propagiert. Sie stellt mit ihrer 30jährigen Geschichte immer öfter einen legalen Rahmen für Naziaktivitäten zur Verfügung.

Diese Entwicklungen – von der GdNF in den 80ern bis zu JN und Kameradschaften heute – sind unserer Meinung nach von Antifas und nicht zuletzt auch vom AIB sehr früh erkannt und richtig eingeschätzt worden. Oft hat sich daraus das ergeben, wofür die Recherche Grundlage sein soll und weswegen sie gemacht wird: Praktische Initiativen gegen Gruppierungen und Drahtzieher der extremen Rechten, die aufgrund einer politischen Bestimmung von Antifas als Ziele ausgewählt wurden.

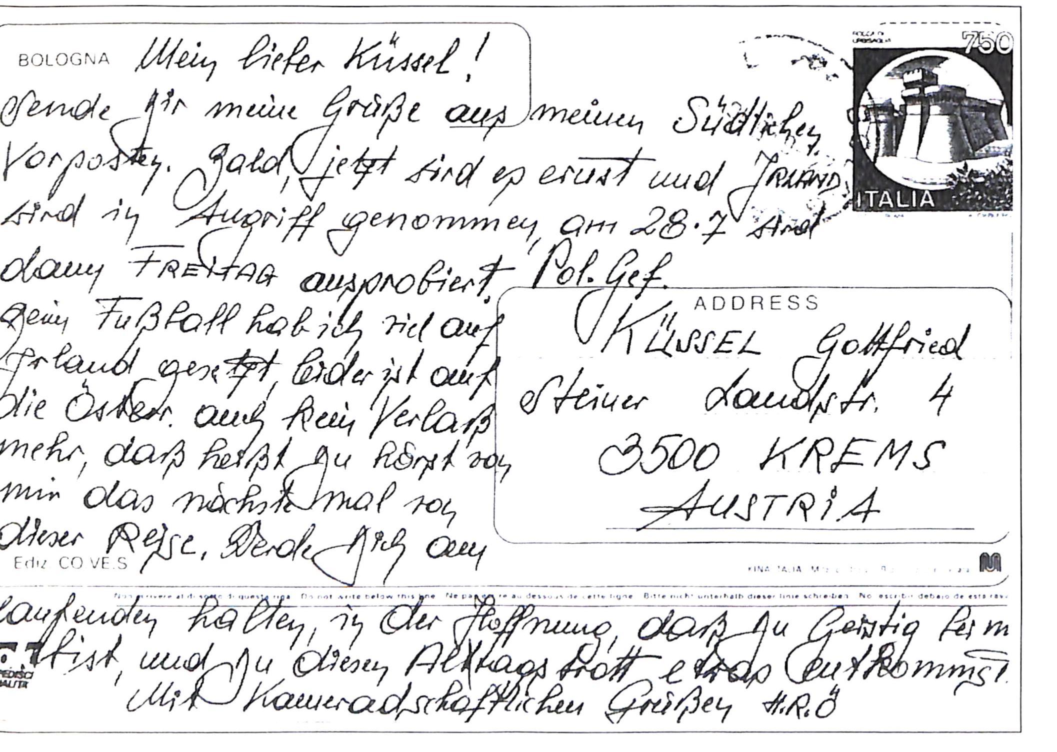
Durchwachsener sieht die Bilanz in einem Bereich aus, der wesentlich schwerer einsehbar und damit einschätzbarer ist: der illegale Flügel der Nazistrukturen. Geblendet von dem Nimbus des Geheimnisvollen und vermeintlich viel Gefährlicheren, der den Neonazi-Untergrund umgibt, neigten das AIB und auch andere Antifas in den vergangenen Jahren öfters dazu, diesen Bereich überzubewerten. Neben der Zellenstruktur der illegalen NSDAP, deren Bedeutung und Einfluß überschätzt wurde, betrifft dies vor allem die terroristischen Neonazi-Strukturen (vgl. AIB Nr. 30).

In diesem Bereich war Anfang der 90er Jahre eine Radikalisierung zu beobachten, die nach der Verbotswelle 1992/1993 dramatisch anmutende Ausmaße angenommen hatte: Eine Reihe von Konzept- und Strategiepapieren proklamierte die Untergrundbildung, die Szene rüstete auf und der harte Kern ließ sich in klandestinen Gruppen und in Söldnerdiensten das notwendige Rüstzeug vermitteln. Die Ignoranz, die die Behörden dieser Einwicklung anfangs entgegenbrachten, ließ befürchten, daß der Terror der österreichischen Briefbombenattentäter und der Bajuwarischen Befreiungsarmee nur der Anfang sein könnte.

Doch es war eine Selbstüberschätzung der Neonazis, zu glauben, den Kampf gegen Staat und Gesellschaft auf einer militärischen Ebene aufnehmen zu können. Es wurde ignoriert, daß der Aufbau einer Untergrund-Struktur nur gelingen kann, wenn ein Teil des Apparates mitspielt, was – im Unterschied zu früheren Jahren – momentan nicht der Fall zu sein scheint. Als 1995 das »Bombenhirn« Peter Naumann, ein Ausbilder von Rechtsterroristen mit unübersehbaren Verbindungen zum Geheimdienst-Netzwerk Gladio, mit einer symbolischen Abrüstung und einer Erklärung der *»kämpferischen Gewaltfreiheit«* an die Öffentlichkeit trat, richtete er eben dieses Signal an die Werwölfe. Einige bekamen – ernüchtert von der Entwicklung und abgeschreckt von der zunehmenden Repression – kalte Füße, es bleiben in Wartestellung verharrende Möchtegern-Terroristen und tickende Zeitbomben wie Kay Diesner.

Wir müssen uns rückblickend fragen, ob wir dieses politische Wechselspiel stets mit der gebotenen Sachlichkeit thematisiert haben, oder ob wir in einer Tendenz zur Dramatisierung die großspurigen Konzepte der Neonazis überbewertet und darüber zur Mystifizierung des rechten Untergrundes beigetragen haben. Als positiv kann die Antifa sich aber anschreiben, daß sie die terroristischen Bestrebungen in die Öffentlichkeit gezerrt hat. Diese wurden darüber nicht nur thematisiert, sondern ihre Protagonisten auch ihrer Anonymität beraubt.

Für die nächste Zeit wird relevant sein, wie weit es den »Werwolfaktivisten« gelingen wird, ihren Kreis zusammenzuhalten und/oder ob sich neu her-


BOLOGNA Mein lieber Küssel!
Sende dir meine Grüße aus meinen Südlichen Vorposten. Bald, jetzt sind es ernst und Irland sind in Angriff genommen, am 28.7 sind dann Freitag ausprobiert. Pol. Gef.
Beim Fußball hab ich viel auf Irland gesetzt, leider ist auf die Öster. auch kein Verlaß mehr, daß heißt du hörst von mir das nächste mal von dieser Reise. Werde dich am laufenden halten, in der Hoffnung, daß du Geistig fit bist, und du diesem Alltagstrott etwas entkommst.
Mit Kameradschaftlichen Grüßen H.R.Ö

750 ITALIA

ADDRESS
KÜSSEL Gottfried
Steiner Landstr. 4
3500 KREMS
AUSTRIA

Ediz. CO.VE.S

Auf diese Karte wird VAPO-Aktivist Gottfried Küssel wohl lange warten.

eingetragene Konzepte, wie z.B. das des führerlosen Widerstandes, als integrationsfähig erweisen.

Resümee und Ausblicke

Die extreme Rechte hat seit Anfang der 90er Jahre eine Bewegungsphase durchgemacht und kann als Ergebnis ein wesentlich dichter gestricktes und größeres Netz aus Aktivisten, Projekten und Organisationen vorweisen. Das Rückgrat bildet nach wie vor ein Kreis von Führungskadern, der sich teilweise schon aus GdNF-Zeiten kennt. Dieser Kreis, der sich in den vergangenen Jahren vergrößert hat, kann eine wesentlich größere Kontinuität aufweisen als die verschiedenen Konzepte und Organisationen. Diesen Respekts- und Integrationspersonen kommt heute, mehr denn je, eine Schlüsselrolle zu. Sie sind es, die »den Laden zusammenhalten«, die die verschiedenen Aktivitäten koordinieren und die dem organisierten Neonazismus seinen Einfluß im Spektrum der rechten Subkultur sichern. Generell läßt sich sagen, daß Organisationen derzeit unter dem Druck der Gegebenheiten eine unwichtigere Rolle spielen: Die extreme Rechte versteht sich als Bewegung und orientiert sich momentan neben den Intergrationsfiguren mehr an Projekten, wie Zeitungen und Mailboxen. Dazu gehören auch die Versuche, durch Initiativen für »nationale Jugendzentren«, »nationale Fußballturniere« und Nazimusik die rechte Jugendsubkultur in einen engeren organisatorischen Rahmen einzubinden, zu kontrollieren und ihr langfristig einen gesellschaftlichen Freiraum zu sichern.

Nicht gelungen ist es den Nazis, die Menge an Fußvolk, die in der Bewegungszeit zu ihnen kam und ihre Organisationen durchlaufen hat, langfristig an sich zu binden. Alleine die NF kann auf eine größere Zahl von immer noch aktiven Ex-Mitgliedern verweisen, die sich heute vor allem in der JN wiederfinden, Zeitungs- und Versandprojekte oder Subkulturarbeit (z.B. bei den Hammerskins) machen. Organisationen wie die DA und die FAP waren eher Durchlauferhitzer und konnten lediglich eine für die Größe der Nazibewegung relativ geringe Anzahl von Aktivisten bei der Stange halten.

Der große Rest ist als Ausdruck und Ergebnis des gesellschaftlichen Rechtsrucks und des Aufschwungs des Neofaschismus nach wie vor rechts, hat meistens ein geschlossen faschistisches Weltbild und vergrößert das Potential der extremen Rechten, ist aber nicht unbedingt einschlägig aktiv. Er bildet den Grundstock für die rechte Subkultur, die wiederum eine große Anziehungskraft besonders auf Jugendliche ausübt und sich somit die kommenden Generationen sichert. Auf diesem Wege entsteht, durch staatlichen Rassismus und Nationalismus gefördert und bestätigt, dann die vor allem in Teilen Ostdeutschland vorherrschende soziale und kulturelle Meinungsführerschaft der extremen Rechten im Alltag, die von den organisierten Neonazis mit ihrer "Kulturarbeit" gefördert wird. Sie macht nicht nur andersdenkenden Jugendlichen und MigrantInnen das Leben schwer bis unmöglich, sondern ist auch für die rechte Gewalt auf der Straße verantwortlich. Die Protagonisten dieser rechten Vorherrschaft, die nicht selten als vernachlässigte Jugendliche und Opfer gelten, treten abends auf der Straße in Aktion oder bei einschlägigen Anlässen, wie dem Naziaufmarsch gegen die Wehrmachtsausstellung in München.

Wenn es dem organisierten Neofaschismus gelingt, wie in München, sein subkulturelles Umfeld zu mobilisieren, erhält er eine gesellschaftliche Bedeutung, die über den Alltag hinausgeht und eine Gefahr von anderer Qualität in sich birgt. Am Beispiel München wird deutlich, welche Voraussetzungen dafür erfüllt sein müssen: Es muß sich um ein Thema handeln, für das sich auch der kleine Bonehead ohne Durchblick begeistern kann und dessen Bedeutung ihm über eine gesellschaftliche Auseinandersetzung oder eigene Betroffenheit einleuchtet. Wenn der extremen Rechten dann noch ein politischer und gesellschaftlicher Freiraum aufgemacht wird, in dem sie agieren kann und von anderen gesellschaftlichen Kräften bestätigt wird, wie dies die CSU im Fall München getan hat, dann braucht man sich über faschistische Massenmobilisierungen nicht zu wundern. Eine vergleichbare Konstellation konnte man schon im Vorfeld der Abschaffung des Asylrechts beobachten.

Tauglich für diesen Mechanismus »Nazis + subkulturelles Umfeld + gesellschaftlicher Freiraum« sind unserer Einschätzung nach in den kommenden Jahren die Themen soziale Frage (»*Arbeit zuerst für Deutsche*«) und Euro. Zwar stehen die Interessen der Herrschenden einer großen rechten Mobilisierung in diesen Bereichen momentan noch entgegen, da einerseits das Ansehen Deutschlands im Ausland gefährdet wäre und sie andererseits im Fall der europäischen Währungsunion selbst noch Vertreter des Konzeptes Euro sind. Vorstellbar wäre aber z.B. folgendes Szenario: Die SPD gewinnt die kommenden Bundestagswahlen. Während die Konservativen nun in der Opposition sitzen, müßten die Sozialdemokraten als Regierende die Währungsunion konsequent vertreten und durchsetzen. Die CSU, die Angst um ihren Nationalstaat hat, sich schon heute des öfteren vom Euro distanziert und in diesem Punkt sogar Streit mit ihren Koalitionspartnern CDU und FDP provoziert, wendet sich aus Profilierungsgründen von dem Europa-Konzept ab. Damit ließen sich nicht nur ein Haufen Wählerstimmen fangen, da ein sehr großer Teil der deutschen Bevölkerung dem Euro skeptisch bis ablehnend gegenübersteht, sondern es wäre auch der gesellschaftliche Freiraum für die extreme Rechte geöffnet.

Ob, wann und in welchem Ausmaß es zu einer Öffnung dieser Freiräume kommt, läßt sich heute schwer sagen, aber das kann mitunter sehr schnell gehen. Wenn daraus eine erneute neofaschistische Bewegung entstehen sollte, wird sie wesentlich stärker und heftiger sein als Anfang der 90er Jahre, da der organisierte Neofaschismus heute besser gerüstet ist. ■



Erinnerungen an Hoyerswerda

Hoyerswerda, das ist doch schon sechs Jahre her und im Vergleich zu Rostock relativ harmlos ausgegangen. So, oder ähnlich lauten die Kommentare, wenn der Name der sächsischen Kreisstadt in den letzten Monaten erwähnt wurde. Trotzdem sind wir der Meinung, daß ein – wenn auch sehr später – Rückblick auf das erste Pogrom nach der Vereinigung durchaus notwendig ist. Denn Hoyerswerda war der Ausgangspunkt für die nachfolgenden Pogrome im Jahr 1992 – für Mannheim-Schönau, Rostock, Quedlinburg und Cottbus.

Das lag zum einen daran, daß es in Hoyerswerda dem rassistischen Mob gemeinsam mit den Neonazis zum ersten Mal gelungen war, ihre Forderung nach »ausländerfreien Zonen« ohne nennenswerten Widerstand durchzusetzen.

Der Auftrieb für die ohnehin im Aufschwung befindliche Neonazibewegung durch die Vertreibung der VertragsarbeiterInnen und Flüchtlinge aus Hoyerswerda, nach einer Woche rassistischer Mobilisierung, war immens. Zum anderen hatte die Antifabewegung die Lehre, die sie aus Hoyerswerda hätte ziehen können – nämlich, daß öffentliche Appelle an ein Eingreifen der Staatsmacht völlig wirkungslos verhallen, wenn Pogrome gerade ins politische Konzept passen – zu schnell wieder vergessen. Denn, wenn wir uns an die Vergeblichkeit der Appelle nach einem staatlichen Eingreifen in Hoyerswerda erinnert hätten, hätten wir in Rostock schon von Anfang an wissen können, daß Pogrome zu bestimmten Zeitpunkten bewußt staatlich gefördert werden. Und, daß der einzige Weg, sie zu verhindern, ein direktes und schnelles eingreifen von AntifaschistInnen und AntirassistInnen ist.

Aber noch einmal zurück zum September 1991: Gerade begannen die ersten West-Berliner Linken, die »netten Seiten« der Vereinigung zu entdecken – z.B. Badeseen in erreichbarer Nähe, Wälder, romantische Dörfer ... . Rassismus in der ex-DDR und seine potentiell tödlichen Folgen, der Mord an Amadeu Antonio im November 1990 in Eberswalde, die ständige Präsenz von Naziskins in Ost-Berlin, die Zunahme an nationalistischer Hetze..., das alles war vielen bewußt. Es gab durchaus auch aktives antifaschistisches Verhalten dazu (auch außerhalb des Berliner Stadtgebiets), und trotzdem traf die Nachricht von den ersten Pogromtagen in Hoyerswerda die meisten Antifas und AktivistInnen der Antirassismus-Bewegung völlig unvorbereitet. Das Pogrom begann zunächst gegen VertragsarbeiterInnen aus Mosambik und Vietnam, die jahrelang im Braunkohlekombinat Schwarze Pumpe gearbeitet hatten. Nach zwei Tagen gerieten dann wurden auch die 200 Flüchtlinge, die seit März 1991 in einem zum Asylbewerberheim umfunktionierten Plattenbau inmitten der riesigen Wohnkomplexe von Plattenbauten in Hoyerswerda-Neustadt lebten, zu Angriffszielen des rassistischen Mobs.

Nach den ersten Berichten über die beginnende Pogromstimmung vor dem Heim der VertragsarbeiterInnen, fuhr am Ende der Woche gemeinsam mit bürgerlichen Antirassismusgruppen ein erster Konvoi nach Hoyerswerda (heute ist ein derartiges Bündnis fast unvorstellbar geworden). Es gab einige Gespräche mit VertragsarbeiterInnen und Flüchtlingen, die deutlich machten, daß sie nicht länger in Hoyerswerda bleiben wollten. Konfrontationen mit dem rassistischen Mob fanden nicht statt – und genau darin lag eine Schwäche der gesamten Mobilisierung. Eine Woche lang kamen stattdessen hilflose Appelle von Antiras, »taz«, Berliner Flüchtlingsrat und Grünen an die Polizei und die politisch Zuständigen, die rassistischen Angriffe per Staatsgewalt zu unterbinden. Menschen aus dem Spektrum der radikalen Linken und der Antifabewegung gaben sich ähnlichen Illusionen hin.

Wir gingen unseren Alltagsbeschäftigungen nach und hofften – mehr oder weniger offen, mit mehr oder weniger guten Entschuldigungen wie »ich muß arbeiten«, »das ist so weit weg«, »die Leute vor Ort müssen etwas ma-

chen« etc. –, daß ein zweiter Ausflug nach oder gar eine längere Präsenz in Hoyerswerda nicht nötig sein würde. Auch wir sind damals davon ausgegangen, daß die Staatsgewalt dem rassistischen Mob Einhalt gebieten würde – zumindest, wenn eine Öffentlichkeit in Form von bürgerlichen Medien und humanitären Gruppen diese Forderung aufstellt. Erst als es zu spät war – nachdem sächsische SEK-Busse abends am 21. September 1991 die Flüchtlinge aus Hoyerswerda weggekarrt hatten –, setzten sich Antifas und Antiras wieder in Bewegung, um die Flüchtlinge querbeet in Sachsen zu suchen. Ergebnis war die konkrete Unterstützung von rund 50 Flüchtlingen, die dann nach Berlin kamen und forderten, nicht mehr in die ex-DDR zwangsverteilt zu werden.

Eine Woche später gab es dann die große Antifa-Demo mit ein paar tausend vor allem auswärtigen TeilnehmerInnen in Hoyerswerda, die in erster Linie von Streß mit der Polizei und dem Streit untereinander geprägt war, ob die Demo jetzt eine Strafexpedition sein oder eher versuchen solle, an das Gewissen und Bewußtsein der Bevölkerung in Hoyerswerda zu appellieren. In der Folgezeit waren Antifas vor allem mit dem internen Streit über das richtige Vorgehen nach Pogromen beschäftigt. Eine genaue Bewertung, wie es überhaupt dazu kommen konnte, fand nicht statt. Hektische Betriebsamkeit ersetzte die Analyse.

Sicherlich war es völlig [illegible]g, den Flüchtlingen bei ihrer zweiten Flucht aus Hoyerswerda (bzw. den sächsischen Kleinstädten, in die sie ab dem 21.9.1991 zwangsverteilt worden waren) zu helfen und ihren Kampf für ein Aufenthaltsre[illegible] in Berlin zu unterstützen.

Ke[illegible]rage, daß zumindest die erfolgreiche Durchsetzung der Forderung nach einem Aufenthaltsrecht der Flüchtlinge in Berlin, einer der wenigen politischen Erfolge dieses Sommers 1991 war (und auf lange Zeit bleiben würde, denn alle nachfolgenden Mobilisierungen mit den Forderungen nach einem selbstbestimmten Aufenthaltsrecht für Flüchtlinge und gegen die Praxis der Zwangsverteilung sind ja bekanntlich gescheitert).

Allerdings gelang es uns nicht, den wirtschaftlichen Aspekt des Pogroms, daß nämlich die Laubag AG den VertragsarbeiterInnen die zugesicherte Abfindungs- und Rückkehrprämie nicht zahlen wollte und daher deutsche Vorarbeiter der Laubag zu den Anstiftern des Pogroms gehörten, ausreichend zu thematisieren.Es geht auch nicht darum, im Nachhinein einer Strafexpedition das Wort reden zu wollen: Sondern um die ganz subjektive Einschätzung, daß das Ausmaß und die langfristigen Folgen des Pogroms sowie die Stimmung in der Bevölkerung anders ausgesehen hätte, wenn die Nazis und der rassistische Mob schon in den ersten Tagen des Pogroms direkt angegriffen und mit Konsequenzen für ihre Aktionen konfrontiert worden wären. Das hätte bedeutet, sich auf einen etwas längeren Aufenthalt in Hoyerswerda einzurichten – mit ungewissem Ergebnis und sicherlich unangenehmen Konfrontationen mit der Staatsgewalt in Grün.

Doch das Ergebnis dieses reaktiven Verhaltens bzw. unseres Abwartens verfolgt uns noch heute: Hoyerswerda war der Ausgangspunkt für die bis nach Rostock ungebrochene Kette von Pogromen: Hoyerswerda war der Anfang für eine kontinuierliche rechte und rassistische Offensive. Und der »Erfolg« der Nazis in Hoyerswerda bestand nicht nur darin, daß in der 52.000 Einwohnerstadt heute nur noch ca. 200 MigrantInnen leben. Oder daß das Junge Nationale Spektrum (JNS) mitsamt dessen Vorsitzenden Udo Hempel in Weißwasser bis zum letzten Sommer ungestört ein überregionales Schulungszentrum betreiben konnten. Oder daß sich in diesem Sommer eine neue Ortsgruppe der Nationalen unter Anleitung des Nieskyer Nationalen Widerstandes in Hoyerswerda gegründet hat, mit dem erklärten Ziel, *»dem Beispiel der älteren Kameraden von 1992«* folgen zu wollen.

Vielmehr besteht der Erfolg auch darin, daß sich die Bevölkerung in der Stadt mitsamt PDS-Bürgermeister einer Aufarbeitung ihrer jüngsten Vergangenheit völlig entzieht; daß rassistisches Gedankengut in Hoyerswerda ungebrochen weitergetragen wird, sich die Bevölkerung immer noch als »Opfer der Medienhetze« sieht und sich mit der Parole »Ausländer raus« identifiziert.

Wenn es eine Lehre aus Hoyerswerda gibt, dann die, daß unmittelbare antifaschistische Offensiven der einzige Weg sind, um die Eskalation von rassistischen Pogromstimmungen hin zu offenen Pogromen zu verhindern – wenn es uns schon nicht gelingt, durch antifaschistische Arbeit im Vorfeld den Neonazis den Boden zu entziehen. Und die, daß AntifaschistInnen und AntirassistInnen sowohl gegen den staatlichen Rassismus als auch gegen den ganz »normalen« Alltagsrassismus der Bevölkerung und neofaschistische Organisierung aktiv werden müssen. ■

ImmigrantInnen im Flüchtlingsheim in Hoyerswerda





Fünf Jahre nach Rostock: Ein Blick zurück im Zorn

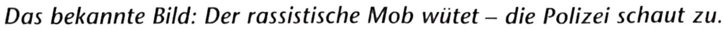
Fünf Jahre nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen ist ein Blick zurück nötig. Der Verfasser dieser Zeilen gesteht, daß dieser Rückblick nur sehr persönlich ausfallen kann. Das Wesentliche ist bereits gesagt: Das Ausmaß dieses inszenierten Pogroms, dieses politisch gewollten Angriffs auf eine wehrlose Minderheit, ist längst beschrieben, der Skandal nicht zuletzt im AIB 20a (November/ Dezember 1992) und dem Film »The trues lies in Rostock« ausführlich dokumentiert.

Eines ließen die hektischen Wochen seinerzeit nicht zu: kritisch zu betrachten, wie die radikale Linke sich verhielt, den eigenen Anteil und das eigene Versagen völlig zu begreifen. Denn sofern man von einzelnen Ereignissen spricht, war das Pogrom sicherlich eine der bedeutendsten Niederlagen der deutschen Linken nach 1945.

Unmittelbar nachdem am Sonntag, dem 23.8.1992, die ersten Übergriffe vom Vorabend bekannt geworden waren, machten sich in verschiedenen Städten Norddeutschlands und in Berlin dutzende von Leuten auf den Weg nach Rostock. Ihre Absicht war, nach den Erfahrungen des vergangenen Jahres – den Angriffen in Hoyerswerda, Mannheim und anderswo – weitere Pogrome zu verhindern. Am Nachmittag hatten sich sechzig oder mehr Personen zusammengefunden und berieten, was zu tun sei. Damit keine Mißverständnisse auftauchen: Hier standen Leute, die seit Jahren mit militanten Auseinandersetzungen vertraut waren, die in anderen politischen Bereichen und z.T. für weit unwichtigere Fragen lange Gefängnisstrafen oder ihre Gesundheit riskiert hatten, und die nicht prinzipiell Gewalt ablehnten. Aus Lichtenhagen erreichten Augenzeugenberichte das Plenum. Während die Antifas zum Teil noch anreisten, hatten sich bereits wieder erste Gruppen jugendlichen Mobs zusammengefunden, waren aber noch wenig entschlossen. Aus dem Haus, in dem die VietnamesInnen lebten, kamen Anrufe, die von neuen Angriffen berichteten. Für das jämmerlich unentschlossene Plenum stellte sich die Frage, was nun zu tun sei. Einzelne, gerade diejenigen, die schon vor Ort gewesen waren, plädierten dafür, vor das Haus zu ziehen und weitere Angriffe durch Präsenz zu verhindern, nötigenfalls auch mit Gewalt zurückzuschlagen. Es war eine realistische Einschätzung, daß zumindest die Chance bestand, hiermit die Situation grundlegend zu ändern. Es bestand tatsächlich die Möglichkeit, eine Eskalation der Übergriffe zu verhindern, was unabsehbare Folgen für die weiteren Ereignisse hätte haben können. Damit bestand aber in diesen zwei oder drei Stunden die reale Chance, die kommende Pogromwelle bereits zu ihrem Auftakt zu unterbinden.

Von der Mehrheit des Plenums wurde allerdings die Angst geäußert, daß man gegen den tobenden Mob keine Aussicht habe und die Gefahr bestehe, gelyncht zu werden. Diese Angst war sicher verständlich und wohl nicht ganz unbegründet. Doch die wenigen, die offen für ein sofortiges, direktes Eingreifen stimmten – und ich bekenne, daß ich selbst nicht zu ihnen gehörte — erklärten, daß es Situationen gebe, in denen man dann im Zweifelsfall bereit sein müsse, die entsprechenden Konsequenzen in Kauf zu nehmen. Als Weiße und als geschlossene Gruppe sei unsere Situation allemal sicherer als die der eingeschlossenen Flüchtlinge und VertragsarbeiterInnen.

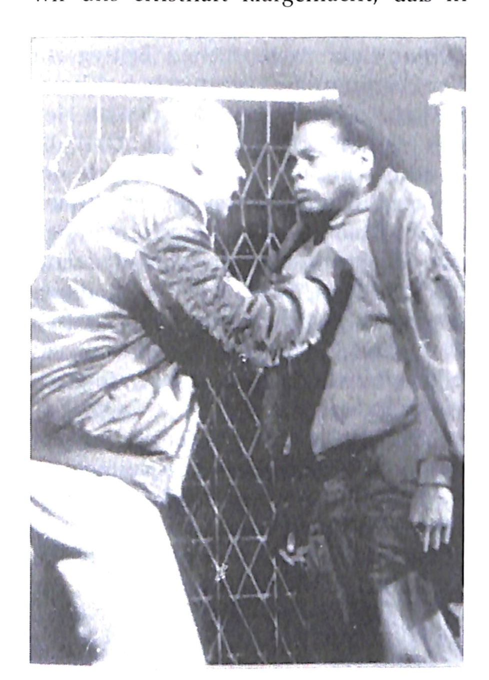
Seit Jahren hatte man mit moralischen Argumenten Zivilcourage eingefordert, den schweigenden AugenzeugInnen etwa des 9. November 1938 zurecht vorgeworfen, durch ihr Zusehen mitschuldig zu sein. Nun, selbst in eine vergleichbare Situation geraten, war die Angst um den eigenen weißen Hintern offenbar größer. Den moralischen Ansprüchen entsprach kein Bewußtsein darüber, wie man sich in der konkreten



Das bekannte Bild: Der rassistische Mob wütet – die Polizei schaut zu.



Situation selbst zu verhalten habe. Weder hatten wir uns selbst als Faktor der Geschichte ernst genommen, noch hatten wir uns ernsthaft klargemacht, daß in



solchen Situationen im Zweifel auch Gefahr für unser eigenes Wohlergehen bestehen kann. Angst als dumpfes Gefühl unterscheidet sich von Furcht – einer rationalen, sachlich begründeten Risikoeinschätzung. Angst ensteht dort, wo eine Situation unvertraut ist; seit den Erfahrungen von Hoyerswerda hätten wir uns aber zumindest theoretisch mit den Notwendigkeiten und Gefahren angesichts eines Pogromes vertraut machen können.

Ich schreibe dies, weil ich – mehr als in anderen Situationen – hier ein großes konkretes Versagen der Linken angesichts einer echten historischen Verantwortung sehe, das ich außerdem für ein ganz persönliches Versagen halte. Denn obwohl ich die Forderung, sofort in Lichtenhagen einzugreifen, für das einzig Richtige hielt, hatte ich nicht den Mut, dies auch offen zu sagen.

Ich bin auch nach wie vor der Überzeugung, daß wir echte Chancen hatten, den Mob zu verscheuchen. Wenn Gefahr drohte, dann sicher – wie der weitere Verlauf des Abends zeigte – durch die Polizei, die offenbar den Auftrag hatte, das Pogrom in jedem Falle stattfinden zu lassen. Übrigens nahmen Menschen mit weit weniger entwickeltem antirassistischen »Bewußtsein« als unserem, die Gefahren in Kauf. Ständig waren Deutsche im Haus, die durchaus Gelegenheiten zu individueller Flucht hätten nutzen können.

Das Plenum entschied sich für eine Geste der Hilflosigkeit, für eine Demonstration im sicheren Hinterland des Pogroms. Explizit wurde erklärt, daß dieser Schritt weniger gefährlich sei...

Reaktionen

Natürlich war es richtig, zunächst die Verantwortlichen an dem Pogrom, die durch ihre Aktivitäten und ihre Hetze Schuldigen zu benennen, und so schnell wie möglich vor Ort eine zweite und größere Demo zu organisieren. Wir vergaßen darüber, daß man auch durch Unterlassung mitschuldig werden kann.

Dem Mob, vor dem wir aus Angst versagten, hat die radikale Linke denn auch nie verziehen. Die Reaktion war mehr als verblüffend. Wie kaum ein anderes Ereignis zeigte doch gerade das Pogrom von Rostock, daß der rassistische Mob für sich selbst genommen nichts ist, zur Gefahr erst dann wird, wenn seine Taten geduldet werden. Das Pogrom enstand – nachweislich! – genau an dem Tag und Ort, wo die politisch Verantwortlichen es wollten; wo eine Bürokratie, welche Menschen verwaltet wie Dinge, die Situation aus Berechnung eskalieren ließ; wo eine zynische, selbstgefällige und unverantwortliche – hier paßt das häßliche Wort – Journallie die Hetze aufgegriffen und verbreitet hatte. Sobald Politik und Bürokratie ihr Ziel – die faktische Abschaffung des Asylrechtes – erreicht hatten, als die Angriffe auf andere ImmigrantInnen begannen, den vermeintlichen »sozialen Frieden« zu stören, und als das Ansehen Deutschlands im Ausland litt, gelang es den drei Gruppen Politik, Bürokratie und Presse, den Mob der Pogrom-Helden wieder zur Ruhe zu bringen.

Der Mob ist immer eine diffuse Masse von individuellen Feiglingen, die die Gelegenheit und den Mangel an Widerstand ausnutzen. Wer dies nicht glaubt, muß sich nur noch einmal die Filmaufnahmen in »The trues lies in Rostock« (dt.: »Die Wahrheit liegt/lügt in Rostock«) ansehen. Sie sind in den selben Minuten entstanden, als wir einige Kilometer entfernt unsere Ängste besprachen. Man kann sie als Lehrbeispiel für die Enstehung von Pogromen und die Zusammensetzung des Mob betrachten. Hier bekommen die z.T. sehr jungen Schaulustigen, die jeweils sehr unentschlossenen Grüppchen die Pflastersteine von einigen einzelnen Aufheizern regelrecht in die Hand gedrückt. Dann freilich, und weil niemand sie an ihren Taten hindert, putschen sie sich immer mehr auf, die Meute wächst an, um sich ein paar Tage nach den Übergriffen vollständig aufzulösen, als ob es sie nie gegeben hätte. Schuld an den Übergriffen trägt nicht nur der Mob, sondern eine ganze Gesellschaft. Aber ob wir mögen oder nicht – dazu gehören nicht nur diejenigen, die jubeln oder unbeteiligt zuschauen, sondern auch diejenigen, die aus Angst gelähmt sind, also auch wir. Indes, die antirassistische Bewegung flüchtete sich in Theoreme vom prinzipiellen Rassismus der Deutschen, in undifferenzierte Beschuldigungen, bei denen die unterschiedlichen Verantwortlichkeiten von aktiven Brandstiftern, jubelnden Zuschauern, journalistischen Stichwortgebern und bürokratischen Schreibtischtätern zu einem einzigen »nationalen Konsens« verwischt wurden, während die eigene Unterlassungsschuld nie und nirgends offen thematisiert wurde. Sehr bequem.

Für die Zukunft müssen wir die Lehre ziehen. Statt stets und überall verbal mit radikalen Parolen um uns zu werfen, statt in jedem Einzelereignis die Nagelprobe zu wittern, müssen wir lernen zu erkennen und zu unterscheiden, wann eine echte historische Verantwortung besteht, wann der Lauf der Dinge von unserem Handeln und Unterlassen tatsächlich mit beeinflußt wird. Dann müssen wir aber auch in der Lage sein, im entscheidenden Moment das richtige zu tun. Zu dieser Fähigkeit gehört es, sich in seinem eigenen Bewußtsein darauf einzustellen. Daß wir selbst dabei Schaden nehmen können, sollten wir uns deutlich vor Augen halten. Wir sollten aber auch lernen, daß es Situationen gibt, in denen wir uns nicht mehr aussuchen können, was wir wie machen. Dann heißt es eben: Hier ist die Rose, hier tanz! ■

Jungnazis am Rande des Progroms



Das Rudolf-Heß-Debakel: Ein

Wer nach dem verhinderten Rudolf-Hess-Marsch am 16. August den antifaschistischen Blätterwald durchforstet, der mag den Eindruck bekommen, dies sei ein erfolgreiches Wochenende für die antifaschistische Bewegung gewesen. Die Berichte sind bestimmt von der genüßlichen Aufarbeitung des neonazistischen Debakels, von Häme und von der Genugtuung, daß die Kameraden nach dem Reinfall am 1. Mai binnen kurzer Zeit schon zum zweiten Mal mit dieser Form von Repression konfrontiert waren, die z.B. für Linke und KurdInnen wahrlich keine neue Erfahrung ist. Eine Auseinandersetzung über die Fragwürdigkeit der Mittel findet nur andeutungsweise in den Nebensätzen statt. Das stimmt bedenklich – denn die einzigen Sieger dieses Wochenendes waren die Hardliner der Inneren Sicherheit.

Schon das in verschiedenen Artikeln gezeichnete Bild einer konsequent gegen Neonazis einschreitenden Polizei bedarf der Vervollständigung und Relativierung. Als Beispiel sei Hessen erwähnt, das im Zuge eines der größten Polizeieinsätze der Nachkriegsgeschichte praktisch dichtgemacht wurde – Kontrollpunkte an den Autobahnabfahrten und Bundesstraßen, eine Rundumüberwachung der Autobahnen mittels Hubschraubern, Zivilfahrzeugen und auf Anhöhen und Brücken positionierten Beamten. Was bisher, z.B. bei Einsätzen gegen die Anti-AKW-Bewegung, eher noch Ausnahmesituation war und was 1977 im Deutschen Herbst einen Höhepunkt erreichte, ist mittlerweile mehr oder weniger polizeiliches Standardmittel geworden. Ob jetzt bei der Hatz auf KurdInnen oder bei der Suche nach »rumänischen Tresorknackerbanden«, stets knobelten die Polizeistrategen daran, wie eine bestimmte Region möglichst umfassend zu überwachen und abzuriegeln ist. Lohnen tut sich das eigentlich immer. Zwar hat die Polizei noch nie eine »rumänische Tresorknackerbande« erwischt, aber dafür jede Menge »Illegale« und hier und da mal einen Autodieb. So wird die jeweilige »Zielgruppe« momentan eher nach tagespolitischer Notwendigkeit ausgewählt. Zu bestimmten Daten sind es eben aufgrund von öffentlichem Druck Neonazis. Aber auch dieser Einsatz war vielmehr ein Rundumschlag und eine überaus praktische Notstandsübung.

Kontrolliert wurde praktisch alles, was zeitlich und personell machbar war, so z. B. auch PKWs mit (erkennbar) ausländischen Menschen und Lastwägen. AntifaschistInnen fanden sich im selben Fahndungsraster (»Extremismus«) wieder wie die Neonazis, eine weitere Differenzierung fand kaum statt. Pech dem, der in irgendeiner Weise als »Extremist« geführt wird, für den war die Reise vorbei und er konnte von Glück sagen, wenn er nach stundenlanger Kontrolle nur mit »Nord-Verbot« belegt und von einem zivilen Einsatzfahrzeug in den heimatlichen Süden eskortiert wurde.

Einigen kontrollierten AntifaschistenInnen wurde eröffnet, sie seien »als mutmaßliche Teilnehmer des Rudolf-Hess-Marsches zur Fahndung ausgeschrieben«, für sie endete der Tag im Polizeiknast. Die stolze Bilanz am Abend: »89 festgenomme Rechtsextremisten« (oder genauer gesagt »Extremisten«) und »zahlreiche weitere Festnahmen von Straftätern«, die so »nebenbei« ins Netz gegangen sind.

Das Sicherheitsbedürfnis des Bürgers ist befriedigt, die Medien im In- und Ausland sind voll des Lobes über den wehrhaften Staat und seine konsequente Polizei. Die BGS-Einheiten, die ansonsten an den Ostgrenzen auf Menschenjagd gehen und die Polizeikräfte, die seit Jahren einen wesentlichen Beitrag zur Verschärfung des rassistischen Klimas im ganzen Land leisten, werden als Helden der Demokratie gefeiert. Und die Kanthers und Schröders, die gerade mit spitzen Ellenbogen um die Lufthoheit an den Stammtischen rangeln, nehmen die Glückwünsche selbstzufrieden entgegen. Der schwarze Peter geht dieses Jahr nach Dänemark, wo eine archaisch anmutende Gesetzgebung den Neonazis einen polizeilich geschützten Aufmarsch zugestanden hat.

Die antifaschistische Bewegung hat demgegenüber nicht viel zu vermelden. Schließlich wurden in den vergangenen Jahren alle erreichbaren Hebel in Bewegung gesetzt, um die letzten Reste der kritischen Öffentlichkeit gegen die Blindheit der Behörden gegen Rechts, gegen die Paktiererei zwischen Staat und Neonazis, zu mobilisieren. An den Beispielen der staatlich geduldeten Aufmärsche und über die Frage »Wo war die Polizei?« ließen sich die Nachweise hierfür anschaulich erbringen und die verlogenen offiziellen Darstellungen konnten korrigiert werden. Doch diese Frage wurde vielfach zu einem Lamento und zu einem Druckmittel, das Einsätze wie am 16. August direkt oder indirekt gefordert hat. Das Schielen nach der internationalen Presse hat den Neonazismus – teils bewußt, teils unbewußt – zum Imageproblem gemacht. Insofern war das konsequente Einschreiten gegen die Neonazis am 16. August auch eine gelungene Werbeaktion für den Standort Deutschland.

Daß in der antifaschistischen Berichterstattung über dieses Wochenende der Kontext zwischen der Verhinderung des Marsches, staatlicher Imagepflege sowie den aktuellen Strategien der Inneren Sicherheit fast völlig ausgeblendet wurde, zeugt von politischer Unschärfe. Die eigene (Informations-)Politik gerät in eine gefährliche Schieflage, wenn die Fixiertheit auf die Befindlichkeit der Neonaziszene und die Tendenz zur »Skandalberichterstattung« alle anderen Aspekte übertönt und dadurch letztendlich suggeriert: Der Neonazismus ist das Hauptproblem und alles, was den Neonazis schadet, ist schon irgendwie in Ordnung.

Wir bemerken zwar in unserem Artikel im AIB Nr. 40, »*daß das Verlassen auf staatliches Handeln ein Irrweg ist*«, verbinden diese Feststellung aber damit, daß die angeblichen polizeilichen Pannen

Sieg der »Inneren Sicherheit«

der vergangenen Jahre, die den Neonazis ihre Aufmärsche ermöglichten, *»vor dem Hintergrund der diesjährigen Aktionen noch unglaubwürdiger«* sind und daß im nächsten Jahr *»die Situation jedoch wieder ganz anders aussehen kann«*. Der Rechte Rand empfindet die Tatsache, *»daß dieses Instrumentarium endlich auch gegen Rechts eingesetzt wird«* gar als *»eine schöne Sache«*, wenngleich er davor warnt, daß dies *»nicht den Blick auf den Alltag verwischen«* sollte. Denn schließlich würden *»Verbote nur dann ausgesprochen, wenn die »allgemeine Sicherheit und Ordnung« durch zeitgleiche antifaschistische Aktivitäten »gefährdet« wird«*. Auch die in Baden-Württemberg erlassenen Meldeauflagen gegen 116 Neonazis *»stimmen bedenklich«*, denn dies zeige *»wie weit die Ordnungsbehörden gehen können, um unliebsame Aktivitäten zu unterbinden«*. Zwar scheinen die AutorInnen Bauchschmerzen beim staatlichen Vorgehen zu haben, aber grundsätzliche Kritik und Auseinandersetzung damit fehlt.



Dabei ist es die antifaschistische Bewegung selbst, die immer wieder deutlich gemacht hat, daß die Neonazis von staatlicher Seite eine wesentlich höhere Toleranzschwelle genießen als die radikale Linke. Daran hat sich prinzipiell nichts geändert. Und schließlich hat die Repression gegen die Neonazis den sicher nicht unerwünschten (Neben?)-Aspekt, daß darüber Instrumentarien installiert und Grundlagen geschaffen werden, die jederzeit auf jede beliebige gesellschaftliche Gruppe übertragbar sind und die bei Bedarf auch umgehend übertragen werden. Insofern kann die fortwährende Aushöhlung von Grundrechten, für deren Schaffung die Linke viele Jahre gekämpft hat, nicht unkommentiert und unreflektiert bleiben, selbst wenn sie – z.T. exemplarisch – an den Neonazis vollzogen wird. Sei es das Verbot der FAP von 1995, der mit dem Hauptargument, sie habe *»zu wenige Mitglieder«*, einfach mal der Parteienstatus aberkannt wurde, sei es die polizeilich-militärische Heerschau am 16. August, seien es die mit der Universalbegründung *»zu erwartende Gewalttätigkeiten«* erlassenen und ganze Bundesländer betreffenden Versammlungsverbote oder sei es der kollektive Hausarrest für die Neonazis in Baden-Württemberg.

Die daraus entstehende Kontroverse innerhalb der antifaschistischen Bewegung ist alt. Sie war vor allem in den 80er Jahren, beispielsweise am Thema »Verbotsforderungen«, beständiger Streitpunkt zwischen den Gruppen des »reformistischen« Spektrums und dem »revolutionären Antifaschismus«. Letzterer ging hierbei von der Prämisse aus, Verbote könnten weder der »Zerschlagung« noch der »politischen Bekämpfung« des Neonazismus dienlich sein und deren Forderung würde zudem das staatliche Gewaltmonopol anerkennen. Heute scheint es, als müsse dies unter den veränderten politischen Rahmenbedingungen neu diskutiert werden. Zum einen verlangt die akute Bedrohung durch den Neonazismus nach Rezepten zur kurz- und mittelfristigen Entschärfung der Situation, und der Ruf nach staatlichem Handeln scheint angesichts eigener Schwäche und eingeschränkter Handlungsmöglichkeiten teilweise notwendig, teilweise auch taktisch geboten. Zum anderen birgt eine pauschale Kritik am staatlichen Vorgehen gegen die Neonazis u.U. die Gefahr, sich indirekt für deren Interessen einzusetzen.

Doch selbst wenn die Prioritätensetzung »Bekämpfung des Neonazismus« punktuell durchaus sinnig erscheint, selbst wenn die antifaschistische Bewegung zu mancherlei Zugeständnissen gezwungen ist, darf sie darüber nicht ihre Weitsicht verlieren und elementare Positionen linker Politik aus den Augen verlieren. Ansonsten reduziert sich Antifaschismus immer mehr auf einen reinen antineonazistischen Abwehrkampf ohne weiteren Bezug zur Geschichte und Gegenwart radikaler linker Politik.

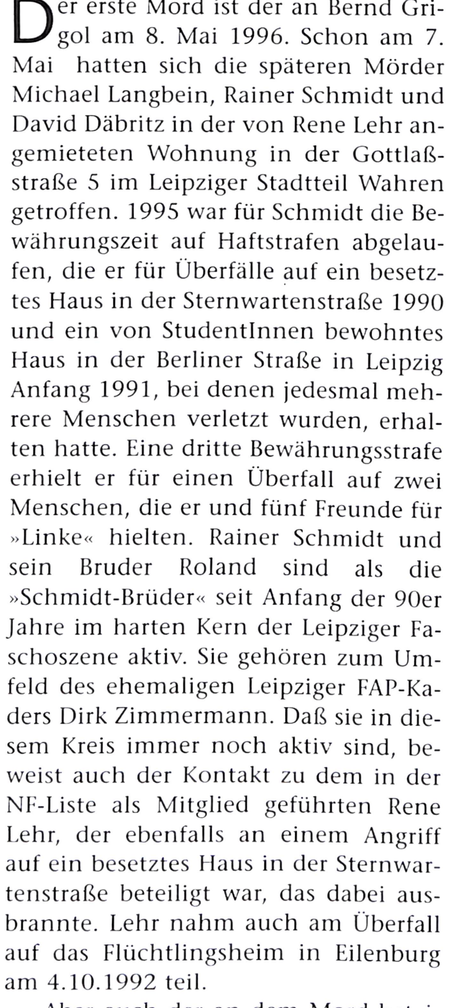
Doch gemessen an seiner politischen Dimension bleibt der Kampf gegen den fortschreitenden Wahn der Inneren Sicherheit, mitsamt seinen überwachungs- und obrigkeitsstaatlichen Erscheinungsformen und seinem institutionalisierten Rassismus, für die antifaschistische Bewegung eine weitaus größere Herausforderung als eine Schnitzeljagd mit ein paar hundert, wenn auch gemeingefährlichen, Neonazis. ■

Morde aus dem Alltag

Im Jahr 1996 fielen zwei Menschen faschistischen Morden in Leipzig zum Opfer. In beiden Fällen wurden die Morde angekündigt, in beiden Fällen hatte das niemanden interessiert und in beiden Fällen werden während der Prozesse genau diese Hintergründe hartnäckig ignoriert. Obwohl offensichtlich ist, daß die Opfer sterben mußten, weil sie schwul bzw. Ausländer, in jedem Fall aber »undeutsch« waren, werden die Gerichte zu dem Schluß kommen, daß es sich in beiden Fällen um Gewalt gehandelt habe. Sonst sei alles normal. Und irgendwie haben sie damit auch recht.




Die Mörder von Achmed Bachir.
*links: **Daniel Zinsmeier (21)***
*rechts: **Norman Eisenschmidt (19)***



Der erste Mord ist der an Bernd Grigol am 8. Mai 1996. Schon am 7. Mai hatten sich die späteren Mörder Michael Langbein, Rainer Schmidt und David Däbritz in der von Rene Lehr angemieteten Wohnung in der Gottlaßstraße 5 im Leipziger Stadtteil Wahren getroffen. 1995 war für Schmidt die Bewährungszeit auf Haftstrafen abgelaufen, die er für Überfälle auf ein besetztes Haus in der Sternwartenstraße 1990 und ein von StudentInnen bewohntes Haus in der Berliner Straße in Leipzig Anfang 1991, bei denen jedesmal mehrere Menschen verletzt wurden, erhalten hatte. Eine dritte Bewährungsstrafe erhielt er für einen Überfall auf zwei Menschen, die er und fünf Freunde für »Linke« hielten. Rainer Schmidt und sein Bruder Roland sind als die »Schmidt-Brüder« seit Anfang der 90er Jahre im harten Kern der Leipziger Faschoszene aktiv. Sie gehören zum Umfeld des ehemaligen Leipziger FAP-Kaders Dirk Zimmermann. Daß sie in diesem Kreis immer noch aktiv sind, beweist auch der Kontakt zu dem in der NF-Liste als Mitglied geführten Rene Lehr, der ebenfalls an einem Angriff auf ein besetztes Haus in der Sternwartenstraße beteiligt war, das dabei ausbrannte. Lehr nahm auch am Überfall auf das Flüchtlingsheim in Eilenburg am 4.10.1992 teil.

Aber auch der an dem Mord beteiligte Michael Langbein kann auf eine Verurteilung u.a. wegen Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole zurückblicken.

Danach habe er nach Angaben seines Anwalts allerdings »erfolgreich« ein Anti-Aggressionstraining absolviert. Die Brutalität des Mordes an dem 43jährigen Bernd Grigol, der von den Mördern Langbein, Schmidt und Däbritz mit den Worten *»Hau ab, Du schwule Ratte«* angegriffen, mit 36 Messerstichen verletzt wurde und anschließend durch einen Genickbruch stirbt, nachdem MARKUS WENDT den halbverbluteten Mann in einem Steinbruch geschmissen hatte, wird auf S. IV der »Was geht ab« in Einzelheiten geschildert.

Nach dem Mord an Bernd Grigol ging wahrscheinlich Langbein nochmal los. Auf dem Weg zu einer Tankstelle traf er auf einen malayischen Flüchtling, den er angreift. Der Mann kann mit leichten Verletzungen fliehen. Inzwischen wurde er abgeschoben.

Der 23. Oktober 1996 – der Mord an Achmed Bachir

NORMAN EISENSCHMIDT und DANIEL ZINSMEYER, die sich aus der Sozialeinrichtung kennen, in der sie beide ihre Lehre absolvieren, treffen sich zwischen 11.00 und 12.00 Uhr. Sie kaufen einen Kasten Bier und beginnen sofort, ihn zu leeren. Am Reclamgymnasium treffen sie auf einen aus Moçambique stammenden Schüler, dem sie eine Diskussion aufzwingen.

Auf Anweisung von Zinsmeyer spielt Eisenschmidt dabei demonstrativ mit seinem Butterflymesser herum. Obwohl diese Diskussion nicht aggressiv geführt wird, gelingt es dem Schüler erst zu entkommen, als eine Lehrerin eingreift. Eisenschmidt bedroht die Lehrerin sofort mit seinem Messer. Zinsmeyer gelingt es jedoch, ihn zu beruhigen. Danach verlassen beide den Ort des Geschehens.

Als sie später im Innenstadtbereich gröhlend in eine Straßenbahn einsteigen, ist ihr Bierkasten zu drei Vierteln

geleert. In der Straßenbahn erzählten sie freimütig, sie hätten es darauf abgesehen, einen Ausländer im Stadtteil Lindenau abzustechen. Sprüche, wie *»Diesen Moslem stechen wir ab«* und *»Den bringe ich um«*, fielen.

Eisenschmidt stieß außerdem Drohungen gegen *»Russenschweine«*, *»Kommunistensäue«* usw. aus. Gegen 18.00 Uhr tauchen die beiden dann in einem Gemüseladen in der Leipziger Straße auf. Nachdem die zwei Verkäuferinnen ihnen keine Auskunft über eine Apotheke geben können, werden die beiden aggressiv. Sie beschimpfen die Frauen als *»Türkenfotzen«* und *»Türkenschlampen«* und drücken sie mit einer Rolltheke an die Wand.

Auf die Aufforderung, den Laden zu verlassen, reagieren sie nicht. Die beiden Verkäuferinnen rufen Achmed Bachir, der als Aushilfskraft arbeitet, zu Hilfe. Scheinbar gelingt es Achmed Bachir, die beiden etwas zu beruhigen.Er legt seinen Arm um den kleineren Eisenschmidt und schiebt ihn aus dem Laden. Inzwischen benachrichtigt eine der Verkäuferinnen die Polizei. Draußen greifen die beiden Mörder Achmed Bachir an. Als er in den Laden zurückkehrt, hat er im Brustbereich eine Stichwunde, an der er verblutet.

Die beiden Täter haben aber noch nicht genug, sie bewerfen den Laden mit Apfelsinen und Pampelmusen, ehe



rechts: Mitglied der Nazi-Band Oiphorie aus Leipzig, beim Besuch des »Schwulenmordprozesses«

sie langsam abziehen. Von den PassantInnen auf der großen Leipziger Straße fühlte sich niemand zum Eingreifen genötigt.

Die Öffentliche Meinung

Bei allen Unterschieden sind die öffentlichen Reaktionen doch ziemlich gleich. Der Schwulenbeauftragte der Stadt Leipzig, Thomas Krakow, hält es – wie andere Vertreter der Schwulenbewegung auch – nicht für nötig, sich öffentlich dazu zu äußern, daß Bernd Grigol von Faschisten umgebracht wurde. Im Gerichtssaal sind die faschistischen Strukturen, zu denen die Mörder, ihre Helfer und Mitwisser gehörten, nur im Publikum sichtbar. Dort tummelt sich der schlimmste Kreis militanter Faschisten aus Leipzig und Umgebung.

So taucht neben Mitgliedern der Leipziger Faschoband OIPHORIE regelmäßig der als Schläger bekannte STEFFEN RINCK aus Grethen auf, der zum harten Kern der Wurzener Faschistensszene gehört. Rinck beteiligte sich an Überfällen und war Mitglied der AKTION NEUE RECHTE MULDENTALKREIS (ANR).

Auch das ANR-Mitglied THOMAS JURISCH, der als Kameradschaftsführer in Grimma agiert, war anwesend. MARK HILDEBRANDT, der bei einer Flugblattaktion in Wahren gegen den stellvertretenden Bundesvorsitzenden der NPD, JÜRGEN SCHÖN, einem Antifa den Arm gebrochen hatte und mit Lehr am Überfall auf das Eilenburger Flüchtlingsheim beteiligt war, ließ sich ebenfalls blicken. Sie alle gehören zu einer größeren Gruppe von FaschistInnen, die den gesamten Prozeß beobachten. Jürgen Schön wohnt übrigens in der Gottlaßstraße 7, also direkt neben dem Haus, von dem der Mord ausging.

Das Gericht interessieren die Hintergründe allerdings nicht. Im Gegenteil, alle ZeugInnen, die darüber Aussagen machen könnten, werden nicht gehört. Am vierten Verhandlungstag stellte der Richter den Mördern dann noch eine Verurteilung wegen vorsätzlichen oder gar fahrlässigen Vollrausches statt gemeinschaftlichen Mordes in Aussicht. Ihr Fahrer könne auf ein Urteil wegen versuchter Strafvereitelung rechnen, von Beihilfe zum Mord wird schon gar nicht mehr geredet. Ein Gutachter hatte zuvor ausgesagt, die Handlungen ließen auf verminderte Schuldfähigkeit, aber keinesfalls auf Schuldunfähigkeit schließen.

Viel besser sieht es bei dem Prozeß gegen die Mörder von Achmed Bachir auch nicht aus. Zwar sorgt hier ein Nebenkläger dafür, daß der Mord nicht gleich »Teufel Alkohol« in die Schuhe geschoben wird, jedoch hat die Staatsanwältin schon vor Prozeßbeginn ermittelt, ein rechtsradikales Motiv käme nicht in Frage.

So hat die Presse zwar ausgeplaudert, daß Rassismus und Homophobie zwei Menschenleben forderten, aber die Gerichte werden diesen Eindruck revidieren. Die Statistiken werden, um rechtsradikale Morde bereinigt werden. Und den Mördern wird bedeutet, daß sie, abgesehen von ihrer Gewalttätigkeit, ganz normale Deutsche sind. ■

Der Pisser von Rostock? Nein, Prozeßbesucher vor dem Leipziger Landgericht.



»Befreite Zonen« – ein Neonazi-Konzept dient zur Negation gesellschaftlicher Verantwortung

Alltag in der Zone

Vom ZDF bis zur taz ist derzeit, wenn es um neofaschistische Brennpunkte – vornehmlich in Ostdeutschland – geht, ein Schlagwort in aller Munde: die »national befreite Zone«. Zumeist unreflektiert und ohne Wissen über die Herkunft dieser Formulierung werden Gegenden und Orte, von Fürstenwalde bis Hoyerswerda, kurzerhand zu »national befreiten Zonen« erklärt. Abgesehen von der Fragwürdigkeit des Übernehmens der Neonaziparole von den »befreiten Zonen«, bleibt dabei nicht nur die Differenzierung zwischen der Umsetzung eines Neonazi-Konzeptes und gesellschaftlicher Realität auf der Strecke. Es entsteht auch der Eindruck, daß Zustände, die vielerorts deutscher Alltag sind, auf das Wirken von Neonazis zurückzuführen sind, obwohl sie Ergebnis der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung der vergangenen Jahre sind.

Der Begriff der »befreiten Zone« geht zurück auf ein Strategiepapier von 1991 aus Kreisen der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN)) unter dem Titel »Schafft befreite Zonen!«. Das dem intelligenteren Flügel der extremen Rechten entstammende »befreite Zonen«-Papier wurde in mehreren Neonazi-Postillen veröffentlicht und ist bis heute im neonazistischen Mailboxverbund THULE-NETZ erhältlich.

Ohne eigenständige staatliche Gebilde schaffen zu wollen, wird in dem Papier die Schaffung von Freiräumen gefordert, in denen die Neonazis das Sagen haben: *»In denen wir faktisch die Macht ausüben, in denen wir sanktionsfähig sind, d.h. wir bestrafen Abweichler und Feinde, wir unterstützen Kampfgefährtinnen und -gefährten...«* Verwirklicht werden soll das Konzept auf mehreren Wegen.

Es werden Vorschläge gemacht, die in einigen Punkten von den Konzepten der linken undogmatischen Bewegung geklaut sind und hier als Vorlage für die Schaffung gefestigter neofaschistischer Strukturen mit Anziehungskraft über die enge Naziszene hinaus dienen sollen. Dieser Ansatz spiegelt sich dann in seit Mitte der neunziger Jahre existierenden Bestrebungen wider, wie z.B. »Nationale Elterninitiativen«, neofaschistische Umweltschutzaktionen, Fußballturniere etc.. Das Aufgreifen der Ideen aus dem linken Spektrum ist nicht neu. Erinnert sei hier an die »Hausbesetzungen von rechts« 1990 z.B. in Halle oder in der Weitlingstr. 122 in Berlin/Lichtenberg. Das (ehemalige) besetzte Haus wurde zur Neonazi-Zentrale ausgebaut und als Trägerverein fungierte die INITIATIVE FÜR WOHNSANIERUNG (WOSAN), eine Tarnorganisation der NA.

Auch werden in dem Konzept Analysen wie *»Man kann also ohne weiteres privater Neonazi, Stalinist oder RAF-Fan sein (...) Der Staat versucht alles, um jede Form des Widerstandes ins Unverbindliche, ins Private und damit letztlich ins Unpolitische abzudrängen«* gebracht, die die Schiene der traditionellen nationalsozialistischen Denkmuster teilweise verlassen bzw. an die Strategie der Nationalrevolutionäre zur Rekrutierung möglicher »Mitkämpfer« anknüpfen.

Zur *»befreiten Zone«* zählen die Verfasser des Konzepts gleichzeitig auch *»die Straße* (und) *das Wohngebiet«*, wobei sie hier die Konzentration auf einzelne Objekte empfehlen, *»um vor Ort sichtbar Macht auszudrücken«* und auch wieder konkrete Vorschläge machen: Infostände, Demonstrationen, *»Solidarisierung mit dem Volk«*. Zugleich wollen sie in *»intensiven Kontakt«* zur Bevölkerung mit der Vorstellung treten, *»den Leuten immer und überall zu helfen«*, um sich so Symphatien zu schaffen.

Neben diesen gesellschaftlichen Aspekten der »befreiten Zone« beinhaltet das Papier eine zweite Schiene, die vorsieht, strukturelle Freiräume für die Neonazi-Szene selbst schaffen. Die praktischen Beispiele aus dem Strategiepapier, wie die *»Errichtung eines unabhängigen Buchladens, Druckerei, Werbeagentur, Reiseunternehmen* (können) *eine Möglichkeit* (bieten), *aus dem System auszubrechen und Kohle zu verdienen, ohne daß man sich ruiniert oder zum Hampelmann des System wird«*, sollen eine Anleitung darstellen, wirtschaftliche Unabhängigkeit für Neonazis zu schaffen. Auch wird das *»Stichwort der Vernetzung gleichgesinnter Initiativen die an verschiedenen Orten bestehen«* aufgegriffen und ganz konkret auf die *»Grenzenlosigkeit«* der Computernetze hingewiesen. *»Eine befreite Zone ist also nicht in erster Linie geographisch definiert.«*

Noch hat die extreme Rechte es kaum geschafft, dieses Konzept umzusetzen. Es fehlt ihr an Stärke, und mit dem Klischee vom mordenden Mob, der der Oma jedenfalls bis jetzt noch nicht über die Straße hilft, kann sie sich momentan wenig Sympathien in weiteren Teilen der Bevölkerung schaffen. Aus den Augen verlieren sollte man das für Neonazis erstaunlich weitsichtige, wenn auch von linken Konzepten abgekupferte, Strategiepapier dennoch nicht.

Zumindest in Franken ist die extreme Rechte bei dem Versuch der Umsetzung in die Realität schon recht weit gekommen. Neonazikader in der Region, u.a. KAI DALEK, KLAUS BEIER (JN), AXEL SCHUNK (ex-WJ) und FALCO SCHÜSSLER (ex-FAP), haben in den letzten Jahren ein Netzwerk von Computerfirmen, Freizeit- und Elternvereinen, Reiseunternehmen mit der speziellen Zielgruppe Jugendliche sowie Nachbarschaftsgruppen geschaffen. Einige von ihnen konnten sich darüber nicht nur ein wirtschaftliches Standbein schaffen, sondern auch gesellschaftlich etablieren. Dies ist augenscheinlich aber nicht nach dem Konzept »Schafft befreite Zonen« erreicht worden, auch wenn das Prinzip das gleiche ist. Es scheint vielmehr so, als hätten die fränkischen Nazis in ihrer Region gute Erfahrungen mit dieser Strategie gemacht und diese dann in Form des »befreite Zonen«-Papieres veröffentlicht, um ihre »Kameraden« anzuregen, es ihnen nachzutun.

Die Entwicklung in Franken und anderen Regionen, wo Nazi-Kader versuchen, das Konzept umzusetzen, ist aber nicht Thema in den Medien. Was dort in letzter Zeit gerne als *»national befreite Zonen«* präsentiert wird, hat mit dem rechten Strategiepapier herzlich wenig zu tun: Die Zustände in Hoyerswerda und Fürstenwalde sind nicht von der extremen Rechten nach Konzept, Plan und gezieltem Vorgehen geschaffene *»befreite Zonen«*, wie es in dem Papier gefordert wird. Zwar zeigt der dort herrschende rechte Einfluß auf Jugendliche und auf der Straße in seinen Auswirkungen einige Paralellen zu dem Neonazi-Konzept, die Ursachen sind jedoch andere. So ist der Zustand, daß sich MigrantInnen und Flüchtlinge in vielen Gegenden vornehmlich Ostdeutschlands – auch wenn es dort nicht unbedingt mehr organisierte Neonazis und Straftaten mit neofaschistischem Hintergrund gibt –, aber auch in der westdeutschen Provinz, kaum noch auf der Straße zeigen können, nicht vorrangig das Ergebnis politischer Macht und Durchsetzungsfähigkeit der extremen Rechten.

Ansätze des Konzeptes finden sich allerdings in den Bemühungen von Neonazis um »nationale Jugendzentren« wieder. Sie werfen gleichzeitig ein Schlaglicht auf die gesellschaftlichen Zustände, die es der extremen Rechten immer leichter machen, punktuelle Freiräume zu etablieren. Akuellstes Beispiel sind die Verhandlungen, die der ANTI-ANTIFA-Kader TINO BRANDT mit der Stadt Saalfeld um ein selbstverwaltetes »nationales Jugendzentrum« führt. Ähnliche Versuche gab es in den letzten Jahren u.a. auch in Guben (Brandenburg) und Zittau (Sachsen).

Eine kritische Auseinandersetzung mit den Konzepten der extremen Rechten im Jugendbereich fehlt sowohl bei den Lokalpolitikern, die sich auf Verhandlungen um »nationale Jugendzentren« einlassen, als auch bei VertreterInnen der »akzeptierenden Jugendarbeit«. Letztere richtet sich sehr oft nur auf das Verhindern von offener Gewalt und geht so an vielen Stellen nicht wirklich auf die Problematik ein. Rechte Gewalt(herrschaft) wird meist zu sehr individualisiert bzw. die Täter werden zu Opfern (Modernisierungsverlierer, desorientierte Jugendliche) gemacht. Oft werden rechte Inhalte von Sozialarbeitern geduldet bzw. hingenommen, solange diese Positionen nicht mit Gewalt vertreten werden. Dabei wird die politische Motivation ausgeblendet, und die gesellschaftlichen Ursachen für die Hinwendung zu rechten Konzepten werden nicht hinterfragt. Auch die Popularität rechter Parteien und der »Neuen Rechten« unter Jugendlichen wird zu wenig beachtet, zumal sich viele der rassistischen Schläger und Neonazis längst eine eigene »Kurzschluß«-Ideologie zusammengebastelt haben.





Praktizieren das »befreite Zonen«-Konzept erfolgreich: Die Neonazi-Kader Kai Dalek (links) und Axel Schunk aus Franken

Denn Ursache für die Anziehungskraft rechter und rassistischer Ideologie für Jugendliche ist in der nach 1989/90 einsetzenden und von der politischen Mitte forcierten Hetze gegen MigrantInnen, »Sozialschmarotzer« etc. zu suchen, die die extreme Rechte in die Praxis umgesetzt hat und von der sie bis heute profitiert. Denn der Stimmungsmache folgten nicht nur die Morde, Pogrome und der ungeahnte Aufschwung der Neofaschisten, sondern die so geschaffene Stimmung manifestiert sich auch in einem weitverbreiteten Rassismus in der Bevölkerung und einer dauerhaften Hegemonie der extremen Rechten – und die sich wiederum gegenseitig beeinflussen.

Um mit rechten Jugendlichen arbeiten zu können, sind Konzepte nötig, die sich auch inhaltlich mit den Facetten rechter Ideologie auseinandersetzen. Gleichzeitig ist es zweifelhaft, ob die Betreuung rechter Jugendgruppen durch Sozialpädagogen im Rahmen des bundesweiten »Anti-Gewalt-Anti-Agressions-Programms« (AGaG), die Bereitstellung von Räumen und Clubs für diese Projekte und die große Finanzierung wirkliche Erfolge gebracht haben oder teilweise nicht eher Freiräume für rechte Jugendliche entstanden sind, wie in verschiedenen Städten (Magdeburg, Tostedt etc.) immer wieder beobachtet werden kann.

Zur akzeptierenden Jugendarbeit gehört unbedingt auch die Auseinandersetzung mit rechten Ideologie- und Verhaltensmustern. Es dürfen keine Handlungsräume für Neonazis aufgemacht, bzw. muß die zunehmende »Normalisierung« von rechten Ideologien aufgehalten und das Umfeld der organisierten Nazis aufgelöst werden. Gleichzeitig müssen andere, alternative Politik- und Kulturansätze, die sich klar dagegenstellen, unterstützt und gestärkt werden. Die Notwendigkeit dieser Auseinandersetzung beginnt auf lokaler Ebene und muß alle gesellschaftlichen Bereiche umfassen.

Denn unterstützt und bestätigt werden sowohl AlltagsrassistInnen, als auch Neofaschisten und rechte Jugendliche von Politikern, die sich mit rassistischen Parolen gegenseitig zu übertreffen versuchen. Das oft genug immer noch blinde Auge bei Polizei und Justiz, verfehlte Sozialpolitik und die nicht vorhandene Unterstützung für alternative Projekte von linken oder auch einfach »unpolitischen« Jugendlichen tun ihr übriges zu dieser Stimmung. Nachdem in Ostdeutschland weite Teile der ersten Generation rechter Jugendlicher und Neonazis zu rechtswählenden Familienvätern mutiert ist, macht heute die nächste Generation weiter – weitaus brutaler.

Daß nicht nur die Medien die Verantwortung für diese Entwicklung nach rechts und das Klima, das sie ermöglicht, nun an die extreme Rechte abschieben wollen, ist billig. Die Neonazis sind nicht die vorrangigen Organisatoren des gesellschaftlichen Rechtsrucks, auch wenn sie immer wieder als Pressure-groups und Vorreiter für Rechtsentwicklungen herhalten mußten. Sie profitieren in erster Linie von diesem von der Mitte produzierten gesellschaftlichen Klima, ohne das ihr politischer Aufschwung in den vergangenen Jahren nicht möglich gewesen wäre. ■

Quellen:
- Zitate aus dem Konzept »Schafft befreite Zonen«, Rechtschreibung O-Ton
- Mier, Lotte: »Zuwendung und Akzeptanz« in Der Rechte Rand, Nr. 48, Sept./Okt. 1997, S. 11f.
- Drahtzieher im braunen Netz. Berlin: Ed. ID-Archiv, 1992

Taten geklärt – Hintergründe unklar

Der Prozeß gegen den Neonaziterroristen Kay Diesner wird abgewickelt

Der Prozeß gegen den Berliner Neonazi KAY DIESNER, der seit dem 8. August vor dem Lübecker Landgericht verhandelt wird, ist nach einer mehrwöchigen Pause nun in die zweite Runde gegangen. Der mit Sicherheit zu erwartende Schuldspruch wird frühestens im Dezember, wahrscheinlich jedoch erst im Januar gefällt werden.
Bereits am ersten Verhandlungstag hatte der Vorsitzende Richter Vilmar deutlich gemacht, wie er sich den Prozeßablauf vorstellt: Tatabläufe klären und wenn dann noch Zeit sein sollte versuchen, die Hintergünde aufzuklären.
An diesem Konzept hielt er bislang fest. Zäh und – was das Tatgeschehen betrifft – genau wurden alle Zeugen vernommen, bis die Abläufe klar waren. Eine Verurteilung wegen vorsätzlicher Tötung oder Mord an dem Polizisten Grage und wegen versuchter Tötung bzw. Mord an einem weiteren Polizisten und dem Berliner Buchhändler Klaus Baltruschat wird sich dadurch ohne größere Probleme begründen lassen.

Auf Widersprüche, die nicht in das direkte Tatgeschehen gehören, und Hintergründe wurde bisher allerdings praktisch nicht eingegangen. Die zweite Runde in dem Prozeß dient augenscheinlich nur noch dazu, die Nebenklage und – sofern vorhanden – die kritische Presse insoweit zufriedenzustellen, als daß sie ihre Fragen stellen können. Denn die Lübecker Kammer, die im Wesentlichen befriedigt scheint, will sich mit Sicherheit nicht dem Vorwurf ausgesetzt sehen, die Aufklärung der Hintergründe behindert zu haben. Tatsächlich ist die Verhandlung bisher allerdings so geführt worden, daß eine weitere Aufklärung nicht zu erwarten, ja geradezu unwahrscheinlich ist.

Immerhin wurde im bisherigen Prozeßverlauf herausgearbeitet, daß mindestens die Schießerei auf dem Autobahnrastplatz in Schleswig-Holstein, bei der der Polizist erschossen worden war, hätte vermieden werden können, wenn die Berliner Polizei nach den Schüssen auf Klaus Baltruschat vernünftig in der Neonazi-Szene ermittelt hätte. Der Berliner Chefermittler Curth hatte im August ausgesagt, Diesner habe sich vor der Schießerei in Schleswig-Holstein nicht im Blickfeld der Berliner Beamten befunden. Dort hätte er nach dem Mordversuch auf Baltruschat aber sein müssen. Schließlich war eindeutig, daß der oder die Täter aus Berliner Neonazi-Kreisen kommen, in denen Diesner kein Unbekannter ist: Wiederholt war er wegen einschlägiger Taten festgenommen worden; im August 1994 zusammen mit dem harten Kern der gewalttätigen Berliner Neonaziszene. Insofern hat der Prozeß deutlich gemacht, daß es sich bei den angeblich »Polizeipannen« offensichtlich um die praktische Umsetzung der Politik von Innensenator Jörg Schönbohm (CDU) handelt. Der hatte wiederholt erklärt, in Berlin bräuchte man keine aktiven AntifaschistInnen, da die Polizei die rechte Szene im Griff habe, von der im Übrigen keine terroristische Gefahr ausgehe.

In der zweiten Runde sind auf Antrag der Nebenklage u.a. die Berliner Neonazis ANDREAS STORR und ANDREAS TEWS als Zeugen geladen. Storr war in seiner Funktion als Chef des Berliner Landesverbandes der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) für den mißlungenen Naziaufmarsch am 15. Februar 1997 verantwortlich. Die Verhinderung des Aufmarsches durch Antifas hatte Diesner nach eigenen Angaben zum Anlaß seinen »Rachefeldzuges« gegen die PDS genommen. Außerdem ist Storr verantwortlich für die Haßansagen und Racheankündigungen gegen die PDS auf dem Berliner NATIONALEN INFOTELEFON. Tews ist ein enger Freund Diesners, war nach Diesners Tat im Besitz von dessen Handy und ist Mitglied der KAMERADSCHAFT TREPTOW.

Diesner hat sich bisher gut als Einzeltäter verkauft. Obwohl es unwahrscheinlich scheint, bleibt abzuwarten, ob es der Nebenklage gelingen wird, Licht in die Hintergründe Diesners und seiner Taten zu bringen. Da sich die Nebenklage gänzlich auf eigene Erkenntnisse in diesem Bereich stützen muß – Polizei und Staatsanwaltschaft haben zu den organisatorischen Hintergründen nichts Verwertbares beitzutragen –, dürfte es ihr äußerst schwerfallen, Gerichtsverwertbares offenzulegen. Von den Nazis sind ebenfalls keine entsprechenden Aussagen zu erwarten.

Von all dem abgesehen ist tatsächlich nach wie vor unklar, was die Hintergründe für die Schüsse auf den Berliner Buchhändler Baltruschat sind. Herausgestellt hat sich lediglich, daß Diesner an Waffen ausgebildet wurde und in terroristischen Neonazikreisen verkehrte. Ob er sein Wissen alleine in die Tat umsetzte und in welcher Form er dies geplant hat, kann nach wie vor nur vermutet werden. ■

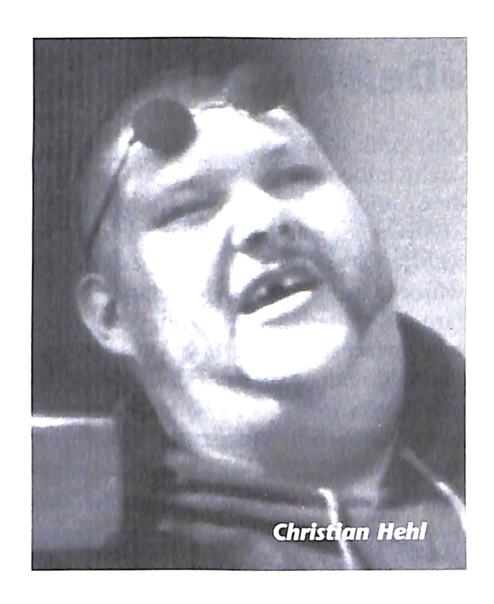
Berichtigung

Wie zahlreiche andere Medien auch, haben wir Anfang diesen Jahres das Bild eines 1994 im Hause Priem Verhafteten veröffentlicht, der angeblich Kay Diesner sein sollte. Dieses Bild in Ausgabe Nr. 38 auf der Seite 24 stellt allerdings nicht Diesner dar, sondern den Berliner Neonazi Ronald Spieker.

Wir bitten um Entschuldigung für dieses Versehen.

»Positive Lebensgestaltung«

Der Ludwigshafener Neonazi Christian Hehl eröffnet seinen eigenen Laden


Christian Hehl

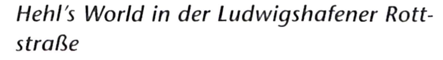
Politik zum Broterwerb zu machen, scheint nun auch für den Ludwigshafener Christian Hehl die Devise zu sein. Am 10. Oktober öffnete in Ludwigshafen das Ladengeschäft Hehl's World. Händlerverträge, u.a. mit der Firma Korn-Tex (»Troublemaker-Streetwear«), sollen den Laden auf ein solides Fundament stellen. Das weitere Angebot umfaßt CD's, Fahnen, Plakate, »germanischen Schmuck« etc. Ein ähnliches Sortiment bietet der Sturm Verlag & Versand an, der ebenfalls in Ludwigshafen ansässig ist.
Somit kann es gelingen, die Versorgungslücke zu schließen, die die Einstellung des Endsieg-Versandes von Andreas Gängel und des V88-Versandes von Jürgen Ludwig, beide aus Bruchsal, hinterlassen hat und einen Anlaufpunkt für das große neonazistische Umfeld in der Region und z.B. auch im angrenzenden Saarland zu schaffen.

Seit über zehn Jahren ist der 28-jährige Christian Hehl eine zentrale Figur der Neonaziszene im Raum Mannheim/Ludwigshafen. Die von ihm mitangeführte Hooligantruppe The Firm war schon Ende der 80er Jahre Sammelpunkt von Nazischlägern und eine regionale Keimzelle des organisierten Neonazismus. Anfang der 90er Jahre initiierte er eine Wehrsportgruppe Hehl, der u.a. auch der Macher der Anti-Antifa-Terrorliste Der Einblick, Norman Kempken, angehörte. In der ehemaligen Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden (ANK), die versuchte, das vorhandene Potential zu organisieren und zu radikalisieren, hatte er eine tragende Rolle als Bindeglied zur Hooligan- und Skinheadszene inne. Als sich die ANK 1993 auflöste (vor allem aufgrund interner Probleme, z.B. Drogensucht einiger Mitglieder), hatte sich ein harter Kern herauskristallisiert, der sich z.T. nachfolgend im jugoslawischen Bürgerkrieg als Söldner verdingte.

Zahlreiche Verfahren brachten Christian Hehl 1995 eine 15-monatige Haftstrafe ein, u.a. hatte er bei der polizeilichen Auflösung der Gründungsversammlung der Stuttgarter Kameradschaft im November 1994 Polizisten angegriffen. Seit seiner Haftentlassung reist er nach dem Motto »Kein Aufmarsch ohne Hehl« durch die Lande, stets begleitet von meist jugendlichen Skins und Hooligans.

Für die Presse wie auch für die Antifa ist er aufgrund seines äußerlichen Erscheinungsbildes zum begehrten Fotoobjekt und zu einer Symbolfigur des Neonazismus geworden. Sein oftmals tölpelhaft wirkendes Auftreten wie die Tatsache, daß er kaum eine Gelegenheit zur Verhaftung ausläßt und sich bspw. bei einer Kontrolle im Vorfeld einer HNG-Versammlung wegen Fahrens ohne Führerschein erwischen läßt, mag jedoch nur bedingt zum Amüsement dienen und darf den Blick nicht darauf verstellen, daß hier eine Integrationsfigur unbeirrt seine Rolle spielt, Jugendliche an den organisierten Neonazismus heranführt und ihnen Radikalität und Standhaftigkeit vorlebt.

Die Eröffnung von Hehl's World steht symptomatisch für den neuerlichen Aufschwung der neonazistischen Szene im Raum Mannheim/Ludwigshafen und seinem kurpfälzischen Einzugsgebiet. In Mannheim kam es im laufenden Jahr zu einer Vielzahl von Überfällen, meist auf ausländische Menschen, die auf das Konto neuentstandener Skindheadbanden gehen. Skinzines wie Doitsche Offensive und Der Feldzug sind Sprachrohr dieser jungen und überaus gewalttätigen Generation, zu denen von Seiten der »Alten« kaum Berührungsängste bestehen. Bei Heimspielen des SV Waldhof Mannheim sammeln sich bis zu 60 jugendliche Neonazis um Christian Hehl und um die Schläger von The Firm, die sich nach Jahren relativer Ruhe reaktiviert haben. Die Behörden stehen dieser Entwicklung recht hilflos gegenüber, was unweigerlich Erinnerungen an 1992 aufkommen läßt, als ein Mob von RassistInnen und Neonazis nächtelang vor einer Flüchtlingsunterkunft in Mannheim-Schönau randalieren konnte und erst von Antifas gestoppt wurde. Wie auch damals so fehlen heute – von offizieller Seite – jegliche Analysen und Konzepte zur Bekämpfung des Neonazismus. KritikerInnen werden mit dem Argument abgespeist, die Mannheimer Staatsanwaltschaft sei *»bundesweit dafür bekannt, daß sie Straftäter aus dem rechtsradikalen Milieu nachhaltig verfolgt«*.


Hehl's World in der Ludwigshafener Rottstraße



Doch die Razzien und Verhaftungen der letzten Monate mögen allenfalls zur Einschüchterung und zur punktuellen Zurückdrängung dienen, als politisches Konzept oder gar als vorbeugende Maßnahme sind sie kaum tauglich. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß die Neonazis – nicht zuletzt aufgrund der Wühlarbeit eines Christian Hehl – immer wieder in der Lage waren, sich neu zu formieren und Nachwuchs heranzuziehen.

So wird sich Hehl's World wohl unweigerlich nicht nur zu einem Umschlagplatz neonazistischer Kultur, sondern auch zu einem logistischen Knotenpunkt der Szene entwickeln. Im Juni 1997 wurde Hehl wegen schwerer Körperverletzung (er hatte einen linken Skinhead mit Knüppel und Messer attackiert) zu einer erneuten Bewährungsstrafe verurteilt. Mit Hilfe seines Bewährungshelfers Manfred Fink gelang es ihm, ein positives Bild von sich zu zeichnen. Zwar pflege er weiterhin Kontakt zur rechtsextremen Szene, sei aber immerhin seit Dezember 1995 nicht mehr straffällig geworden. In seinem Bericht sprach Fink von einer *»positiven Lebensgestaltung«* seines Schützlings und plädierte dafür, daß *»das Experiment weitergeführt werden muß«*. Der soziale Freilandversuch Christian Hehl geht damit in die nächste Phase. ■

»Den Göttern sei dank...«



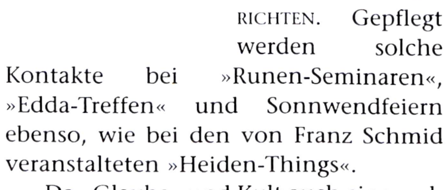
Franz Schmid mit seiner Lieblingslektüre: »Runen-Magie«

Das muß Franz Schmid alias Freki gedacht haben, als er am 7. Oktober vor dem Landgericht Ulm vom Vorwurf der *»Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen«* freigesprochen wurde. Grundlage des jahrelangen Verfahrens, in dem Schmid vom bekannten Nazi-Anwalt Ludwig Bock aus Mannheim verteidigt wurde, war die Tatsache, daß er von 1991 bis 1994 mit einem Autoaufkleber mit Odalsrune sowie der Aufschrift *»Nation of Odin«* herumgekarrt war. Die Odalsrune gilt als Zeichen des Bund Nationaler Studenten, der 1961 als NS-Nachfolgeorganisation verboten worden war. Schmid und sein Anwalt dagegen behaupteten, daß besagte Rune, die auch häufig bei der Wiking Jugend und anderen historischen wie aktuellen Nazi-Organisationen verwandt wurde und wird, nur Ausdruck der religiösen Gesinnung des Angeklagten als bekennender *»Heide«* sei.



Indem sie vor dem Gerichtsgebäude Wein verschütteten, dankten Schmids heidnische GesinnungsgenossInnen den Göttern für den Freispruch

Tatsächlich ist der selbständige Versicherungskaufmann Schmid, der mit dem Werbeslogan *»Heiden versichern sich bei Heiden«* in einschlägigen Nazi-Publikationen inseriert, Schatzmeister bei der Deutschgläubigen Gemeinschaft e.V. (DGG) sowie Funktionär der Arbeitsgemeinschaft Naturreligiöser Stammesverbände Europas (ANSE). Beide Gruppen pflegen eine Mischung aus heidnischer Germanentümelei und esoterischen Elementen, hinter deren Ideologie sich eine Mischung aus Rassismus, Homophobie und Antisemitismus mehr oder weniger schlecht verbirgt. So bestehen auch enge Kontakte zur Artgemeinschaft des Nazi-Anwalts Jürgen Rieger, dem Armanen-Orden sowie zu den Unabhängigen Nachrichten. Gepflegt werden solche Kontakte bei »Runen-Seminaren«, »Edda-Treffen« und Sonnwendfeiern ebenso, wie bei den von Franz Schmid veranstalteten »Heiden-Things«.



Da »Glaube« und Kult auch eine realpolitische Umsetzung verlangen, vor allem wenn Volkstum und »Rasse« bedroht sind, ist es nicht verwunderlich, daß Schmid neben seinen »religiösen« Ämtern auch noch sehr engagiert im Freundeskreis Ein Herz für Deutschland aktiv ist. Dieser trifft sich monatlich in Stuttgart und Ludwigsburg und stellt eine Sammlungsbewegung dar, in der Mitglieder der Republikaner, der NPD/JN sowie Kader der verbotenen Heimattreuen Vereinigung Deutschlands (HVD) die Zersplitterung der extremen Rechten zumindest auf lokaler und regionaler Ebene zu überwinden versuchen. Diese Aktivitäten, die dem polizeilichen Staatsschutz wohlbekannt sind, waren vor Gericht jedoch nie Gegenstand der Erörterung der Frage, ob der Franz denn nun ein »Heiliger«, ein Religiöser oder etwa ein Nazi sei. So war dann auch nicht Thors Hammer, sondern das ganz banale »in dubio pro reo« – im Zweifel für den Angeklagten – für den Richter ausschlaggebend dafür, Franz Schmid nach vier Prozeßjahren freizusprechen: Ihm sei nicht mit Sicherheit nachzuweisen, daß er nicht lediglich ein *»gläubiger«* Mensch sei. Als Dank an Odin opferten die teils im »Germanen-Look« angereisten GlaubenskameradInnen nach der Verhandlung ein Kuhhorn voller Wein (oder Met?) vor dem Ulmer Landgericht. ■

Neonazi in Mannheim verurteilt

Am 15. Oktober 1997 wurde der 22jährige Stefan Michael Bar vom Amtsgericht Mannheim wegen Volkshetzung zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und vier Monaten verurteilt. In das Urteil wurde eine frühere Verurteilung wegen Eigentumsdelikten miteinbezogen.

Stefan Michael Bar aus Neustadt an der Weinstraße (bei Ludwigshafen) hatte seit 1995 in acht Anrufen die Jüdische Gemeinde in Mannheim bedroht und konnte im Sommer 1997 durch eine Fangschaltung überführt werden.

Bar bewegt sich seit seinem 15. Lebensjahr in der rechten Szene, bekam seinen »Schliff« durch den Ludwigshafener Neonazi Ernst Tag und trat mit 17 Jahren in die FAP ein. Er war Mitherausgeber des Neonazi-Schmierblattes Der Reichsruf und zählte zum Führungskreis der Nationalen Volksfront (NVF) in Neustadt an der Weinstraße. Seine hauptsächliche Politisierung fand während seiner Unterbringung in einer »Betreuungsmaßnahme« des Jugendamtes im Stile der »akzeptierenden Jugendarbeit« statt. Gegen seinen damaligen Betreuer und Mitbewohner sind deswegen z.Zt. Vorermittlungen anhängig, zumal ein Teil der Drohanrufe aus der gemeinsamen Wohnung erfolgte.

Bar sitzt seit seiner Verhaftung in Untersuchungshaft und wird dort u.a. von der HNG unterstützt. Wegen der Bedrohung durch ausländische Mitgefangene, denen seine Hakenkreuztätowierung auffiel, befindet er sich in strikter Einzelhaft und wollte deshalb durch einen »Hungerstreik« seine Verlegung erzwingen.

Vor Gericht zeigte er sich weitgehend geständig, eine Distanzierung vom Neonazismus und von seinen Taten lehnte er jedoch grundweg ab. Als Motiv für die Drohanrufe gab er an, die Jüdische Gemeinde sollte *»unter Druck gesetzt werden«* und er habe zeigen wollen, *»daß es noch Nationalsozialisten in Deutschland gibt«*. Weitere Einlassungen lehnte er ab, denn *»sonst hätte ich ein weiteres Ermittlungsverfahren am Hals.«*

Er erklärte sich bereit, die Haftstrafe abzusitzen und kündigte an, danach wieder politisch aktiv zu werden. Ein Prozeß gegen ihn wegen der Schändung eines jüdischen Friedhofes steht noch aus. ■

»Familie gründen, Techno hören« – und das wars?

Einige Eckpunkte zum Umgang mit Aussteigern aus neofaschistischen Organisationen in Erinnerung gerufen

»Mein Leben mit den Neonazis«, »Ein Hitler-Enkel auf dem Absprung« oder ganz schlicht: »Der Aussteiger«. Wir kennen sie alle, die reißerischen Überschriften der Journale und Tageszeitungen, wenn wieder einmal ein Neofaschist erklärt hat, in Zukunft nicht mehr tätig zu werden oder gar »auszusteigen«. Auch auf dem Büchermarkt hat sich spätestens seit Ingo Hasselbach ein regelrechter kleiner Markt an »Aussteigerlektüre« entwickelt, der dem geneigten Leser die Psychogramme der ehemaligen Täter, ihre Entwicklung und ihren Entschluß, mit ihrer Vergangenheit zu brechen, näherzubringen versucht. So erzählen munter ehemalige MitstreiterInnen von Franz Schönhuber wie auch von Meinolf Schönborn aus ihren früheren Parteileben. Als jüngstes unangenehmes Beispiel fand Michael Wobbe aus Quakenbrück, Ex-NFler und V-Mann, seinen Journalisten, der ihm half, sein bisheriges Leben mit einem Buch zu vermarkten. Doch hier soll es nicht um die Frage gehen, ob dieser Journalismus etwas bringt und ob jeder Neofaschist interessant genug ist, daß man sich mit ihm ausführlich in Buchform beschäftigt. Spannender ist für uns die Frage, wie wir Antifas mit der wachsenden Zahl von Aussteigern umgehen und welche Kriterien wir uns hierfür setzen.

Gründe für einen Ausstieg gibt es auf alle Fälle genügend. Zumindest scheint es aus der Sicht der Antifas eine Selbstverständlichkeit zu sein, daß jemand früher oder später mit einer menschenverachtenden Weltsicht brechen muß.

Ingo Hasselbach sitzt demnächst für mehrere Taten – darunter ein Überfall auf einen Kontaktladen eines Jugendvereins im Oktober 1992 – neben seinen alten Kameraden auf der Anklagebank. Die Morde von Mölln ereigneten sich damals im gleichen Monat und brachten ihn moralisch aus dem Gleichgewicht. Vier Monate später stieg er schließlich aus der neofaschistischen Szene aus und machte dies im März 1993 öffentlich bekannt. Das heißt, er erzählte in einem kleinen Beitrag für das SAT.1-Politikmagazin Akut Internas über die Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front. Hasselbach ist Co-Autor mehrerer Bücher, die Internas der Neofaschisten offenlegen, über Wehrsportlager berichten und ihn als Täter und »moralischen Bombenwerfer« darstellen. Aktuell schreibt Hasselbach Artikel, in denen er sich auch kritisch an der Ideologie der Neofaschisten in der Ex-DDR vesucht, oder er tourt als Buchautor durch die USA. Der entscheidende Punkt war, daß Hasselbach mit seiner Vergangenheit brach, indem er eine komplette »Lebensbeichte« ablegte, sein Wissen öffentlich machte und zumindest versucht, gegen seine früher vertretenen Einstellungen zu wirken. Schließlich will er u.a. einer der Ausbilder des Attentäters Kay Diesner gewesen sein.

Auch Jörg Fischer, heute 27 Jahre alt und vormals Funktionsträger der Jungen Nationaldemokraten (JN), schreibt: *»Ich habe eingesehen, daß ich Fehler gemacht und mit meinen Artikeln Menschen aufgehetzt und angestiftet habe. Aus dieser Erkenntnis heraus gehe ich an die Öffentlichkeit, um Jugendliche zu warnen, denselben Rattenfängern auf den Leim zu gehen.«* Fischer war bereits als 13jähriger von einem NPDler agitiert worden. 1986 war er verantwortlich für die JN-Schülerzeitung Frontal. Das Schreiben liegt ihm, und er lieferte unter Pseudonym u.a. Artikel für Gerhard Freys Deutsche Nationalzeitung. 1991 organisierte er für die sich gründende Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH) Veranstaltungen mit Harald Neubauer, Jürgen Schützinger und Peter Dehoust und schrieb für ihre Zeitung Deutsche Rundschau. Für Fischer seien es nach eigener Aussage Ende 1991 die sich häufenden Brandanschläge und die scheinheilige Doppelmoral der neofaschistischen Saubermänner gewesen, die ihn zum Austritt aus der DLVH veranlaßten. Erst vier Jahre später meldete er sich bei der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA). Auch er soll sein Wissen über die neofaschistischen Zusammenhänge, in denen er wirkte, offengelegt haben. Als Referent auf Veranstaltungen und als Diskussionsteilnehmer von Sendungen will er *»andere ermuntern, es ihm nachzutun«*.

Zum Jahresanfang 1996 wurde Fischers Aufnahmeantrag in die VVN/BdV zugestimmt. Und das ist der Unterschied zu Ingo Hasselbach: Fischer ist nun Mitglied einer antifaschistischen Organisation und nimmt an ihrem Innenleben und Kontakten teil. Niemandem soll ein derartiger Sinneswandel, vom Faschisten zum Antifaschisten abgesprochen werden, und es benötigt auf alle Fälle ein gehöriges Maß an Selbstreflektion und Zeit dazu. Doch muß in diesem Fall seitens der AntifaschistInnen doppelt genau nach der Glaubwürdigkeit des Ausstiegs und der offengelegten Legende geschaut werden. Aus der Ferne stellen sich bei Jörg Fischer zumindest noch einige Fragen.

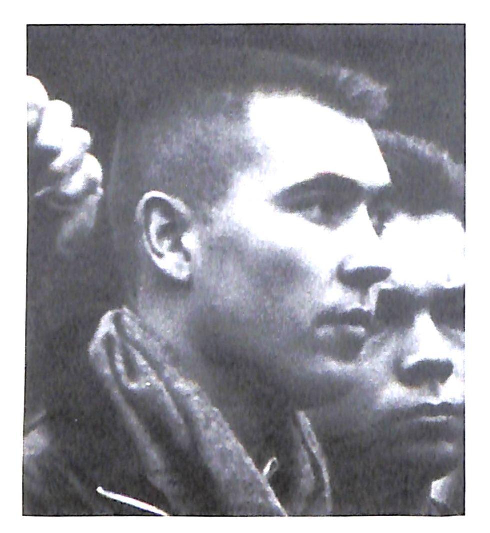
Rückzug?

Über die »Ausstiegswellen« jeweils kurz vor Prozessen, wie beim Stuttgarter Bewegungsverfahren oder dem Einblickprozeß, brauchen wir keine großen Worte verlieren: Die Aussteiger Jürgen Mosler, Christian Malcocci, Michael Swierczek, Andreas Rossiar oder Stephane Cumic tauchten alle wieder auf. Sei es, daß sie sich infolge ihres Alters eher der Logistik zuwandten, andere Arbeitsfelder fanden oder sich neue Gruppen suchten. Hier handelte es sich lediglich um ein taktisches Abtauchen, um hohen Haftstrafen zu entgehen. Und sie fuhren gut damit. Die am Stuttgarter Bewegungsverfahren Beteiligten erhielten alle lediglich eine Bewährungsstrafe.

Auch angebliche AussteigerInnen wie Inger Preßmar, die im Auftrag der Anti-Antifa 1993 Kontakt zu Antifa-Strukturen suchte, scheinen für unsere

Strukturen keine große Gefahr darzustellen. Zu durchsichtig sind die Legenden und der Informationsgehalt. Sie genügten im Fall von Inger Preßmar lediglich für einen kurzzeitigen Stern-Aufmacher.

Schwieriger wird es schon eher bei »Rückziehern« wie Norbert Weidner. Explizit erklärte der Ex-Funktionär der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) aus Bonn und Mitinitiator der Anti-Antifa-Kampagne im Mai 1995 in der taz: *»Ich steige nicht aus, ich ziehe mich zurück. (...) Ich will raus, ohne jemanden zu verraten oder mich politisch zu prostituieren wie etwa Hasselbach.«* So sind seine Angaben in den gegebenen Interviews nichts als heiße Luft. Er wiegelt ab, kocht runter und leistet seinen (ehemaligen?) Kameraden so noch einen Dienst. Ideologisch versteht er sich nicht mehr als Rassist, sondern eher als *»Ethnopluralist in der Tradition der neuen Rechten«*. Die Argumentation mit *»jeder einzelne Ausländer muß raus aus Deutschland, am besten mit Waggons«* scheint ihm deshalb nicht mehr akzeptabel, weil *»es sich nicht mehr realisieren läßt«*! Das war bislang alles, was man von ihm hörte, bevor er sich dann ins Privatleben und auf die Techno-Tanzfläche zurückzog. Kein Offenlegen von Strukturen, interne FAP-Unterlagen führte er dem Reißwolf zu, kein Bereuen darüber, was er mit seiner menschenverachtenden Ideologie und seinen Taten alles initiiert hatte. Erinnert sei lediglich an seine »Postkarte« aus Rostock, welche er in den Tagen der Pogrome an die Antifa Jugendfront Bonn schickte. Heute entwirft er ein weltfremdes Szenario, das stark von Ehrenkodex und Männerbündelei trieft: *»Solange sich Rechts und Links bekriegen, kann der Staat und seine Behörden sich das von Ferne anschauen. Ich hätte mich gefreut, wenn es eine inoffizielle Regel gegeben hätte, die Linken lassen uns in Ruhe, wir lassen die Linken in Ruhe. Die sollen gegen den Staat agieren, und wir agieren auch gegen den Staat.«* (taz, 13. Mai 1995)



»Rückzieher« Norbert Weidner

Unserer Einschätzung nach bedarf es mehr, als sich – wie Weidner – lediglich ins Privatleben zurückzuziehen. Man kann es Schläfer, Rückzug mit der Möglichkeit des jederzeitigen Wiedereinstiegs oder sonstwie nennen. Denn Weidner hat es sich in der neofaschistischen Szene unseren Wissens nach nicht verdorben, außer daß er mal Friedhelm Busse verbal rund gemacht hat (und wer hat das bei ihnen noch nicht?). Er könnte jederzeit zurück.

Beim Umgang mit Aussteigern sollten zumindest einige Standards beachtet werden: Zunächst sollte immer genau geguckt werden, welche Motive für einen Ausstieg vorliegen: Hat der Nazi/die Nazifrau Angst vor staatlicher Repression? Gibt es gerade ein laufendes Strafverfahren gegen ihn oder sie? Will er oder sie den Absprung ins Privatleben und zur Familiengründung machen und kann dabei keinen »Streß« mehr mit Antifas und/oder Repressionsorganen gebrauchen? Hat er oder sie Ärger mit den Kameraden in der Naziszene? Es sollte davon ausgegangen werden, daß Aussteiger nicht von heute auf morgen ihre gesamte Überzeugung über Bord werfen, sondern sich in einem langsamen Prozeß mit ihren Naziaktivitäten, mit Brüchen mit Nazikamderaden etc. auseinandersetzen.

Mißtrauen ist in jedem Fall angebracht, wenn ein Aussteiger/eine Aussteigerin sich von einem Moment zum nächsten als »geläuterter« Antifa präsentiert. Wichtig ist dabei auch, zwischen Mitläufern und Funktionären aus der Naziführungsebene zu unterscheiden. Mitläufern fällt »der Weg zurück in die Mitte der Gesellschaft« oft wesentlich leichter; bei Funktionsträgern muß noch mehr als bei Mitläufern darauf geachtet werden, daß sie sich irgendwann im Laufe ihres Ausstiegsprozesses den Weg zurück zu ihren alten Nazistrukturen und -kameraden verbauen. Sie müssen ein eigenes Interesse daran haben. Nicht immer bedeutet das, daß alles, was ein Aussteiger/eine Aussteigerin berichtet, öffentlich gemacht werden muß – es gibt auch andere Mittel und Wege, mit denen ein Aussteiger/eine Aussteigerin ihre Ernsthaftigkeit unter Beweis stellen und sich einen Rückweg in die Naziszene nachweisbar verbauen kann.

Bei einer Anfrage nach einer direkten Aufnahme in antifaschistische Zusammenhänge ist auf jeden Fall allergrößte Sorgfalt geboten. Eine längere Wartezeit empfiehlt sich von selbst. Zu überregionalen Kontakten, Adressen etc. sollte es lange Zeit keinen Zugang geben. Bedacht werden sollte auch, daß scheinbar »einfache« Wechsel von Rechts nach Links bzw. umgekehrt eine fatale Außenwirkung haben können, z.B. bei anpolitisierten Jugendlichen, die mit allem unzufrieden sind und sich Versatzstücke linker und rechter Ideologien zusammensuchen, weil es ihnen oft schwer fällt Unterschiede zu sehen bzw. sie Unterschiede auch gar nicht interessieren und sie sich im Zweifel den »Stärkeren« anschließen. Außerdem bieten derartige Übertritte natürlich auch den Vertretern der Totalitarismustheorie ein gefundenes Fressen, à la daran könnte man ja sehen, daß es doch eigentlich gar keine Unterschiede gäbe zwischen Nazis und Linken.

Die Person(en), die einen Aussteiger direkt betreuen, müssen bereit sein, sich dabei kontrollieren zu lassen; sie sollten sich mit einem größeren Zusammenhang koordinieren und kurzschließen und sich dabei auch zugestehen können, daß über einen persönlichen Kontakt zu dem Aussteiger/der Aussteigerin die notwendige Distanz verlorengeht. Das gilt insbesondere, wenn der Kontakt den Charakter einer Freundschaft annimmt. Solange ein Aussteiger/eine Aussteigerin nicht öffentlich und unumkehrbar mit seinen/ihren Nazizusammenhängen und mit der entsprechenden Ideologie gebrochen hat, kann es keine Gründe für persönliche Freundschaften geben. Sicherlich, nicht alle Nazis sind doof und unsympathisch – es gibt auch unter Nazis Männer bzw. Frauen, die im persönlichen Umgang »nett« sind, deren angebliche oder reale Probleme an HelferInneninstinkte und Mitleid appellieren, oder die einfach – wie einige angebliche Naziausteigerinnen – »schöne blaue Augen haben«. Erinnert sei da noch mal an unsere Haltung zur »akzeptierenden Sozialarbeit« und daran, daß zumindest im Fall von Funktionsträgern diese Form der Sozialarbeit keineswegs zum Ausstieg führt.

Wie in allen anderen Bereichen gilt auch für den Umgang mit Aussteigern/Aussteigerinnen: Wenn Unsicherheit über den richtigen Umgang mit einem Aussteiger/einer Aussteigerin besteht, ist es in jedem Fall besser, sich an Menschen und Zusammenhänge mit Erfahrungen in diesem Bereich zu wenden, als spontan und unüberlegt draufloszumachen.

In diesem Sinne: Je mehr Aussteiger – desto besser. Doch wir sollten immer vorsichtig damit umgehen. Besonders bei ehemaligen neofaschistischen Führungskadern. ■

Von Provinzpossen und polizeilichen Großeinsätzen

Obwohl Saalfeld aktiven Antifaschismus nötig hätte, wurde die Antifa-Demo in der thüringischen Kreisstadt verboten. Die Stadt hatte Angst um ihr öffentliches Ansehen und ihr Arrangement mit den Rechten, denen alle Freiheiten gelassen werden

Thüringen war im vergangenen Jahr das Bundesland mit den meisten rechtsextremen Straftaten pro Kopf der Bevölkerung. Das sagt zumindest die Statistik des Verfassungsschutzes. Im Süden dieses Landes, in den landschaftlich schönen Ausläufern des Mittelgebirges, liegt die Kreisstadt Saalfeld und wirkt, als hätte sie der Aufschwung Ost noch nicht ganz erreicht. Eingeschlossen von A9, A4 und der ehemaligen innerdeutschen Grenze liegt der Landkreis ziemlich weit ab vom Geschehen. Doch Provinz ist der Landkreis Saalfeld nicht nur geographisch gesehen. Auch politisch Verantwortliche, Sozialarbeiter und andere Würdenträger scheinen einiges noch nicht begriffen zu haben und marschieren in einer Reihe mit anderen ostdeutschen Kleinstädten, wie Wurzen und Schwedt. Ganz im Gegensatz zur regionalen Nazi-Szene, die in diesem Klima wächst und gedeiht. Ein Bündnis aus Antifas, Gewerkschaften und Teilen von PDS und Grünen wollte am 11. Oktober dagegen demonstrieren, doch sie durften nicht. Die Stadt Saalfeld hatte nicht nur um die öffentliche Sicherheit und Ordnung, sondern auch um ihr Ansehen Angst. Saalfeld in einer Reihe mit Hoyerswerda und Rostock, mit Schwedt und Wurzen, das durfte nicht sein. Und so verbot das Landratsamt die Demonstration kurzerhand. Ob die Stadt ihrem Ruf damit einen Gefallen getan hat, ist eine andere Frage.

Das Landratsamt Saalfeld und die Gerichte, die die Verbotsverfügung gegen die Antifa-Demo bestätigt haben, können sich damit rühmen, daß sie zum ersten Mal in der Geschichte der BRD auf Druck von Nazis eine antifaschistische Bündnis-Demo verboten haben. Nachdem das Bündnis Ende Juli die Demonstration bekanntgegeben hatte, meldete der Thüringer NPD-Vorsitzende Frank Golkowski zur gleichen Zeit für Saalfeld eine Gegenveranstaltung an. Nach ewigem Hin und Her und zahlreichen Kooperationsgesprächen mit Polizei und Landratsamt zog die NPD schließlich ihre Anmeldung zurück, und dafür meldete der Bundesvorstand der Jungen Nationaldemokraten (JN) einen Aufmarsch im zehn Kilometer entfernten Rudolstadt an, zu dem bundesweit mobilisiert wurde.

Die Stimmungen in Saalfeld waren mittlerweile hochgekocht worden. Stadt und Landratsamt prophezeiten ein Schutt-und-Asche-Szenario für den 11. Oktober. Unterstützt wurden sie bei ihrer Panik-Mache von der Regionalpresse, die die Bündnis-Demo und insbesondere den Anmelder und Gewerkschafter Angelo Lucifero fortlaufend öffentlich diffamierte. Die Folge waren Morddrohungen gegen Lucifero und sichtliche Genugtuung bei den örtlichen Nazis, die sich in ihrer Hetze bestätigt sahen. Schließlich wurden sowohl die Antifa-Demo als auch der Aufmarsch der Nazis verboten und dies von zwei Gerichten bestätigt. Die Nazis hatten auf diesem Wege mit Unterstützung der Stadt Saalfeld ihr Ziel erreicht: In Saalfeld fand am 11. Oktober keine antifaschistische Bündnis-Demo statt, und auch alle Ersatzveranstaltungen wurden verboten.



Daraufhin ließen die anreisenden Antifas, die zum Teil noch gar nichts von dem Verbot wußten, das von der Polizei hermetisch abgeriegelte Saalfeld Saalfeld sein. Mehr oder weniger spontan formierten sich in Jena, Erfurt, Dessau und Leipzig Demos, an denen sich zusammen um die 1.000 Leute beteiligten. Auf der Autobahn A9 an der Landesgrenze zu Thüringen blockierten etwa 350 Antifas, die hauptsächlich aus Berlin kamen und denen die Weiterfahrt nach Thüringen verwehrt wurde, für mehrere Stunden beide Fahrtrichtungen und verursachten ein Verkehrschaos. Dafür wurden sie dann wie zahlreiche andere Antifas auch nahezu komplett verhaftet und mußten die nächsten 24 Stunden in einem alten Gefängnis ohne Heizung und unter miesester Verpflegung verbringen; teilweise wurden sie noch in Schnellverfahren abgeurteilt. Einige Antifas wurden bewußt in Zellen gesteckt, die voll mit Nazis waren, und ihre Namen von den Beamten laut vorgelesen.

Die Bilanz des Tages: Über 400 festgenommene Antifas, die teilweise noch bis zum Montag in Unterbindungsgewahrsam blieben, ungezählte Platzverweise, zahlreiche Anzeigen und Schnellverurteilungen. Bereits am Morgen war ein Privathaus, in dem sich Antifas aufhielten, in einem skandalösen Polizeieinsatz gestürmt worden. Nach versuchter Sprengung der Haustür wurde diese aufgeflext, und ein USK stürmte das Haus. Der angeblich vermutete Sprengstoff wurde nicht gefunden; die Polizei konnte lediglich ein Reizgas und in der

Küche ein Messer sicherstellen. Dennoch wurden alle Anwesenden in Unterbindungsgewahrsam verbracht.

Ob es sich bei dem unverhältnismäßigen Polizeieinsatz an diesem Wochenende um eine dauerhafte, neue Qualität staatlicher Repression gegen Antifas handelt oder das Geschehen am 11. Oktober vorerst ein Einzelfall bleibt, ist abzuwarten. Daß mit derartigen Mitteln gegen Links vorgegangen wird, ist eigentlich nichts Neues. Antifa-Aktionen gegen die Heß-Märsche Anfang der 90er Jahre waren stets von massiven Polizeiaufgeboten begleitet, und entsprechende Demonstrationsverbote wurden auf diesem Wege durchgesetzt. Neu scheint allerdings, daß im Fall Saalfeld diese Mittel gegen eine Bündnis-Demo unter Beteiligung von Gewerkschaften und Parteien angewendet wurden und daß die antifaschistische Demo vor der Naziaktion angemeldet war. Daß letzteres kaum eine Rolle spielt, ist vor allem dem Wiederaufleben der Totalitarismustheorie in breiteren Kreisen zu verdanken. Und obwohl dies nicht nur in Saalfeld und anderen ostdeutschen Kleinstädten der Fall ist, wäre das Vorgefallene in Hamburg, Frankfurt oder Bielefeld vermutlich nicht geschehen. Dort hätte man wahrscheinlich kurzerhand die Nazi-Veranstaltung verboten und die Sache hätte sich erledigt. Der Saalfelder Stadtrat forderte stattdessen das antifaschistische Bündnis auf, seine Demo abzusagen, um *»noch größeren Schaden von der Stadt Saalfeld (...) abzuwenden«*. Als das Bündnis dem nicht nachkam, wurde die Demo eben verboten.

Ihr Ziel, das Ansehen der Stadt zu schonen, haben Stadtrat und Landratsamt dennoch nicht vollständig erreicht. Mit der Panikmache, dem Verbot und dem gigantischen Polizeieinsatz hat die Demo letztendlich eine Bedeutung erhalten, die sie allein wahrscheinlich nicht bekommen hätte. Sie wurde in den Medien zumindest erwähnt. Auch wenn die Saalfelder Zustände und antifaschistische Inhalte dabei in der Regel nicht beachtet wurden, scheint zumindest ein Weg eingeschlagen, der Saalfeld als rechte Hochburg ins Gespräch bringen kann.

Mit ihrer Mär von dem marodierenden Krawallmob der Linken, die auch für das Demo-Verbot herhalten mußte, haben sich die örtlichen Politiker, der thüringische Innenminister Richard Dewes (SPD) und die Regionalpresse in die Nesseln gesetzt. *»Im Augenblick machen uns die sogenannten Rechten weniger Sorgen«*, die Linken wären das Problem, hatte der Saalfelder Polizeichef Kick in Vorbereitung auf das Demo-Verbot gesagt. Die Fakten des 11. Oktober sprechen eine andere Sprache: Während die Antifa-Demos allesamt friedlich verliefen, fand die Polizei bei den Nazis die bisher größte Waffenansammlung Thüringens. Nicht weniger als 60 Knüppel, 60 Stoßwaffen, sechs Äxte, 300 Feuerwerkskörper und vier Schreckschußwaffen stellte die Polizei in der »Gaststätte Heilsberg« in dem gleichnamigen Ort bei Saalfeld sicher. Zusätzlich fand sie zehn Funkscanner zum Abhören des Polizeifunks, Gasmasken, Wehrmachtshelme und eine stationäre Funkanlage und nahm etwa 60 Nazis fest. Die Gaststätte in Heilsberg gilt bereits seit längerem als Treffpunkt der Nazis und wurde von dem Rudolstädter Anti-Antifa-Aktivisten Mario Brehme angemietet.



Antifas blockieren die A9, um gegen das Demonstrationsverbot zu protestieren

In Erfurt waren am Samstag immer wieder kleine Gruppen von Nazis aus dem ganzen Bundesgebiet anzutreffen. 40 von den »Helden« versammelten sich in der Nacht vor dem Erfurter AJZ; ein Angriff auf das linke Zentrum war im Vorfeld für diesen Abend angekündigt worden. Sie zogen allerdings nach kurzer Zeit unverrichteter Dinge wieder ab.

Die Saalfelder Nazi-Szene

Der Landkreis Saalfeld geriet im Zusammenhang mit Nazis zum erstenmal 1992 in die Schlagzeilen. Am 15. August des Jahres marschierten in Rudolstadt, nur wenige Kilometer von Saalfeld entfernt, über 2.000 Alt- und Neonazis zum Todestag des Hitlerstellvertreters Rudolf Heß auf. Nach Informationen von örtlichen Antifas wählten im Juni 1993 gar das österreichische Deutsche Kulturwerk Europäisachen Geistes, die Deutsche Kulturgemeinschaft und deren Führungsgremium Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V. die Region als Tagungsort aus. Die drei Gruppierungen gehören zu den wichtigsten Kaderorganisationen des deutschen Neofaschismus; sie schulen junge Kader, stellen den Kontakt zu den Altnazis her, und ihre Zusammenkünfte dienen als überparteiliche Führungstreffen.

In den folgenden Jahren kam es immer wieder zu kleineren und größeren Aktionen der regionalen Nazi-Szene in dem Landkreis, die zum Teil unter Beteiligung auswärtiger »Kameraden« stattfanden. Daß hinter diesen Aktivitäten ein Netz regionaler Neonazi-Strukturen steht, das sich eines breiten Umfeldes freuen kann, liegt auf der Hand. Zentrale Figur und Multifunktionär in der Region ist der langjährige Neonazi Tino Brandt aus Rudolstadt, der vermutlich hinter dem Thule-Netz-Pseudonym Eulenspiegel steckt. Brandt war an der Organisierung des Heß-Marsches 1992 beteiligt und meldete 1994 ein Faschokonzert in Rudolstadt an. Die organisierten Neonazis der Region treten unter den Namen Thüringer Heimatschutz und Anti-Antifa Ostthüringen auf, Brandt hat dort die Führungspositionen inne. An den wöchentlichen Treffen sollen sich mittlerweile mehr als 80 Faschos beteiligen. Brandt zeichnet darüber hinaus verantwortlich für die Neue Thüringer Zeitung (NTZ) des »nationalen Medienverbandes«, die nach eigenen Angaben mit einer Auflage von mehreren tausend Exemplaren erscheinen soll, bürgernah gestaltet ist und teilweise kostenlos verteilt wird, um die Meinungen der Neonazis unter die Leute zu bringen.

Bei der NTZ handelt es sich um die Regionalausgabe der Berlin-Brandenburger Zeitung des Berliner Neonazi-Vereins Die Nationalen e.V.. Chef der Nationalen und Herausgeber beim »nationalen Medienverband« ist der Berliner Mittfünfziger Frank Schwerdt, der seit

kurzem wieder Mitglied der NPD ist. Schwerdt und seine rechte Hand Christian Wendt, der das Gefängnis wieder verlassen durfte, sind neben der Zeitungsproduktion vor allem mit dem Reisen beschäftigt. In den vergangenen Jahren hatten sie eine zentrale Funktion beim Aufbau von Neonazi-Strukturen in Ostdeutschland. Sie schulen und unterstützen dabei sowohl »unabhängige« Kameradschaften, als auch Kreis- und Ortsverbände der Nationalen. Neben zahlreichen Kameradschaften, der Anti-Antifa Thüringen u.a. gibt es in Thüringen auch einen Kreisverband der Nationalen in Gera.

Seit 1996 treten die organisierten Nazis im Landkreis Saalfeld, allen voran – wie könnte es anders sein – Tino Brandt, auch unter dem Namen Deutscher Freundeskreis (DFK) auf. Der DFK dient nach Angaben örtlicher Antifas vorrangig zur Anpolitisierung und Rekrutierung innerhalb der rechten Subkultur.

Die Nazis und ihr Jugendzentrum

Im September 1996 besetzten etwa 40 Faschos ein altes Fabrikgebäude in Saalfeld. Sie wurden zwar von der Polizei geräumt, aber die Aktion bildete den Anfangspunkt der Kampagne für ein *»nationales Jugendzentrum«*, in dem die Nazis bestimmen können und wo sie Rekrutierung und Anbindung der Subkultur an die organisierte Szene noch effektiver gestalten können. Der Aktion vorausgegangen war die Konstituierung des Aktionskomitees Deutsches Jugendhaus Saalfeld, dessen Sprecher Tino Brandt ist. Nicht nur Teile der Regionalpresse finden das Anliegen der *»vernachlässigten Jugendlichen«* legitim. Die Stadt begab sich in ihrer grenzenlosen Naivität und gemäß der Strategie des Totschweigens, und wo das nicht mehr geht, zu verharmlosen, in Verhandlungen mit den Nazis. Nachdem den Rechten zunächst ein fahruntüchtiger Bus als Treffpunkt zur Verfügung gestellt wurde, den diese in Eigenarbeit zu Schrott verarbeiteten, sollen die Verhandlungen mittlerweile angeblich abgebrochen worden sein.

Aber das braucht die Nazis nicht zu stören. Sie haben inzwischen ihr eigenes Jugendzentrum, wenn auch mit Sozialarbeitern. Im Juli diesen Jahres eröffnete im Saalfelder Stadtteil Gorndorf – eine Plattenbausiedlung, die als rechte Hochburg Saalfelds gilt – das 4,5 Millionen Mark teure Jugend- und Stadtteilzentrum der Diakonie. Das Veranstaltungsangebot des Zentrums gleicht dem anderer Jugendzentren und natürlich dürfen dort auch alle Jugendlichen rein. Daß sich kaum noch andere Jugendliche in den Stadtteil und schon gar nicht in das Jugendzentrum trauen, in dem rechte Jugendliche und Neonazis den allergrößten Teil der Besucher ausmachen, scheint weder die Stadt, noch die Diakonie zu stören. Genauso locker wird es genommen, daß Neonazi-Kader wie Tino Brandt in dem Zentrum ein- und ausgehen und Jugendliche rekrutieren. Solange sie nicht gegen die Regeln verstoßen, dürfen sie bleiben. Naivität und Verharmlosung, wie sie bei der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen fast schon zwanghaft ist.

Eine ostdeutsche Kleinstadt und der rechte Konsens

Aber der Umgang mit organisierten Neonazis ist im Landkreis Saalfeld nicht nur von Naivität und Verharmlosung geprägt. Während die am 11. Oktober festgenommenen Antifas wegen einem zerschlagenen Hakenkreuz auf einem Aufnäher eine Anzeige wegen Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen bekommen, dürfen sich die festgenommenen Nazis mit Sieg Heil begrüßen und Ku-Klux-Klan-Shirts tragen. Während vor dem Knast wartende Antifas Platzverweise erhalten, dürfen die Mütter der Nazis in trauter Eintracht mit Kadern wie Frank Schwerdt und Tino Brandt und anderen »Kameraden« auf ihre festgenommenen Söhne und Gesinnungsgenossen warten, Nazilieder grölen, AntifaschistInnen bedrohen und erhalten von den Polizisten teilweise offene Symphatie. Während die örtlichen Antifas kriminalisiert, mit Hausdurchsuchungen überzogen und als Chaoten stigmatisiert werden, gelten die Neonazis in weiten Teilen von Polizei, Stadt und Regionalpresse als vernachlässigte Jugendliche. Rechte Strukturen werden gefördert und die Gewalt der Nazis



Stolz präsentieren Polizeibeamte die in Heilsberg gefundenen Waffen.

verharmlost. Die Folgen dieses rechten Konsens und der Gleichgültigkeit der Bevölkerung sind bereits aus Städten wie Wurzen und Schwedt bekannt: Die Faschos gewinnen immer mehr die Vorherrschaft auf der Straße und die Meinungsführerschaft unter den Jugendlichen, organisieren sich straffer und rekrutieren besser und betätigen sich teilweise im Rotlicht- und Dealermilieu.

Daß der Landkreis Saalfeld noch nicht bei Zuständen wie in Wurzen oder Schwedt angekommen ist, kann man nur der aktiven und relativ starken örtlichen Antifa-Szene verdanken, die den rechten Konsens angreift. Daß die Antifas mit der Bündnis-Demo das richtige Wespennest getroffen haben, beweisen die große Aufruhr und die Verbote. An diesem Punkt gilt es weiterzumachen: Die Saalfelder Zustände müssen an die Öffentlichkeit gezerrt werden, um die Stadt unter Druck zu setzen und die örtlichen Antifas zu unterstützen. Die an der Demo am 11. Oktober beteiligten Gruppen wollen als ersten Schritt in diese Richtung nachträglich vom Oberverwaltungsgericht bestätigen lassen, daß das Verbot rechtswidrig war. Damit soll verhindert werden, daß die Verbotsverfügung mit ihren haarsträubenden Begründungen für künftige staatliche Maßnahmen herhalten muß und somit zum Präzedenzfall wird. Die Demo selbst soll nachgeholt werden. ■



Das AJZ Dessau

»Alternative Kultur war unser Schwerpunkt«



mit Antifas aus Dessau

AIB: Was waren die Gründe für Euch, Euch antifaschistisch zu organisieren?

Christopher: Die ersten Versuche , eine Antifagruppe zu gründen, kamen von Leuten aus den verschiedensten Spektren. Die Versuche scheiterten jeweils nach ein paar Wochen, diese Leute sind heute auch nicht mehr dabei. Es ging ihnen auch nur darum, daß sie selber nicht mehr auf´s Maul kriegen, alles andere war ihnen aber egal. Die noch bestehende Gruppe wurde im Dezember 1991 gegründet. Zu den Treffen kamen immer ca. 40 Leute, von denen sind aber heute nur noch wenige aktiv.

AIB: Entsprach das auch dem zahlenmäßigen Verhältnis zwischen Euch und den Nazis?

Christopher: Ja, wir waren deutlich mehr.

AIB: Wie hat sich das ausgewirkt?

Christopher: Es gab ´nen paar Aktionen, wo die Nazis ordentlich aufs Maul gekriegt haben und danach waren sie eigentlich ziemlich ruhig und haben sich jahrelang nicht getraut, irgendwas zu machen.

AIB: Habt Ihr damals auch andere Sachen außer »Anti-Nazi«-Aktionen gemacht, z.B. in Richtung Antiimperialismus?

Christopher: Eine richtige Strategie hatten wir eigentlich nie, bis heute nicht. Unsere Aktionen haben sich wie so oft nur an konkreten Kampagnen festgemacht. Die meisten thematisch anderen Sachen kamen dann erst später dazu.

Valerian: Das AJZ »Schlachthof« stand eigentlich meistens im Vordergrund. Da haben viele Leute ihre Energie reingesteckt. Den Infoladen gibt es z.B. schon von Anfang an, ebenso das Cafe und das ganze Drumherum. Wir veranstalteten damals viele große Open Airs, und darauf hat sich eigentlich fast alles konzentriert.

Christopher: Alternative Kultur war eigentlich unser Schwerpunkt.

AIB: Welche Geschichte hat denn das AJZ?

Christopher: Es gab mehrere Hausbesetzungen in Dessau, zum Teil um Räumlichkeiten für Partys zu haben, aber auch politische. Nach einer Räumung am 23. April 1992 hatten wir ziemlichen Zulauf von Leuten. Einzelpersonen aus der PDS und den Grünen haben uns unterstützt. Die Stadt hat auf Zeit gespielt. Sie haben uns eine Liste mit Häusern gegeben und gesagt »sucht Euch eins aus – das kriegt Ihr dann«. So ist das natürlich nicht gelaufen, das wurde ständig rausgezögert, und vieles war nicht akzeptabel. Das jetzige AJZ stand auch auf der Liste. Irgendwann hat es uns dann gereicht, und wir haben am 7. April 1993 das Haus einfach besetzt. An diesem Status hat sich bis jetzt nichts verändert.

AIB: Welche Rolle spielt das AJZ für Euch?

Robert: Eine ziemlich zentrale Rolle. Es ist Anlaufpunkt für viele jüngere Leute, die über das Haus, den Infoladen, die Konzerte Kontakt zu uns kriegen. Sie kommen wegen des kulturellen Angebots und werden dann mit dem politischen Anspruch konfrontiert.

AIB: Oft ziehen sich Leute aus Antifa-Gruppen zurück, wenn es keine akute Bedrohung durch Nazis mehr gibt. War das bei Euch auch so?

Valerian: Ganz im Gegenteil. In dieser Zeit kamen bei uns die meisten Leute dazu. Der »harte Kern« der Gruppe besteht schon ziemlich lange, und das AJZ hat immer wieder viele Leute politisiert.

Sebastian: Das liegt ja nicht zuletzt an den vielen verschiedenen Projekten im Haus. Das geht los bei einem Fotolabor, einer Radiogruppe, der Jugendetage und eben auch der Antifa. Die einzelnen Projekte haben natürlich alle ein linkes Grundverständnis, aber andere politische Stoßrichtungen. Die Antifa ist ja eher aktionistisch; inhaltlich wird nur von einzelnen Menschen gearbeitet und daraus sind dann Projekte wie die Zyklon B Forschungsgruppe entstanden, die zur Geschichte von Zyklon B in Dessau arbeitet, oder eine Gruppe, die sich mit anarchistischen Theorien befaßt.

AIB: Wie sieht es mit Eurer Gruppe denn im Moment aus?

Roman: Die verschiedenen Ansätze haben zu einer Spezialisierung geführt. Mit Themen wie Militarismus und Flüchtlingspolitik wird sich intensiver befaßt. Es haben sich aber auch versteckte Hirachien gebildet. Das beginnt mit dem Informationsfluß und geht dahin, daß z.B. im Plenum nicht der Raum ist, darüber zu reden, warum z.B. Frauen sich wenig an der gemeinsamen Arbeit beteiligen.

AIB: Worauf führst Du das zurück, daß es dafür keinen Raum gibt?

Roman: Naja, beim Plenum werden Aktionen und Termine besprochen. Wenn es aber zu inhaltlichen Diskussionen kommt, beteiligen sich nur noch wenige. Oft endet es dann in Zwiegesprächen zwischen einzelnen



Demonstration am 1.Mai 1996 in Dessau

Leuten. Wenn wir den Leuten keinen Raum lassen, dann ist das schon ziemlich gefährlich.

Robert: Oft genug sind die Leute beim Plenum aufgefordert worden sich zu äußern und sich einzubringen. Die Reaktionen waren gering. Viele trauen sich vielleicht nicht oder haben einfach keine Lust.

Roman: Ich habe ja auch nicht gesagt, daß das bewußt abläuft. Aber die Fakten sind eindeutig. Heute ist z.B. keine einzige Frau hier, und mit dieser Situation sind sie ja sicherlich nicht zufrieden. Es fällt schon auf, daß sich Frauen z.B. in der Jugendetage stark angagieren, in der Antifa aber nicht.

AIB: Das liegt doch an den Antifastrukturen an sich bzw. an den Männern in diesen Strukturen. Das durchaus weit verbreitete Mackergehabe wirkt auf Frauen sicher nicht anziehend.

Sebastian: Es existiert schon ein starker Widerspruch zwischen dem Auftreten von vielen Antifas gerade bei Aktionen und dem, was politisch eigentlich dahintersteckt. In unserer Gruppe ist es schon auch so, daß viele Menschen das Problem auch sehen, beim Plenum aber dafür kein Raum bleibt bzw. diese Diskussion in organisatorischen Sachen einfach untergeht.

Valerian: Viele Leute in der Antifa haben eben auch dieses patriarchale Frauenbild und glauben immer noch, daß Frauen z.B. aufgrund ihrer Konstitution nicht in der Lage seien, sich an Aktionen im gleichen Maße zu beteiligen wie Männer.

Roman: Antifaschismus bedeutet ja auch viel mehr, als Demos organisieren oder militant gegen Nazis zu kämpfen. Da steckt doch viel mehr dahinter und das geht auch weit ins Private hinein; wie will ich leben, und wie setze ich mich mit Hierarchien auseinander. Faschismus ist für mich der Inbegriff von Hierarchie, und vor diesem Hintergrund finde ich es sehr problematisch, wenn sich Hierarchien auch in der Antifa zeigen. Dann kann es eben nicht so weitergehen, daß beim Plenum nur Organisatorisches beredet wird und inhaltliche Diskussionen hinten runterfallen und alle denken, es wird schon irgendwie weitergehen.

AIB: Was wird Eure Gruppe denn perspektivisch so alles machen? Habt Ihr da konkrete Vorstellungen?

Christopher: Wir haben z.B. überlegt, eine antifaschistische Schülerzeitung zu machen, um unabhängig vom kulturellen Engagement im AJZ auch andere Jugendliche an Schulen anzusprechen. Das ist zwar noch nicht konkret, aber durchaus machbar.

Roman: Uns ist es besonders wichtig, in den Köpfen der Menschen etwas zu verändern. Dazu müssen wir natürlich in verschiedenster Art und Weise in die Öffentlichkeit gehen, immer wieder, und den Menschen zeigen, daß wir etwas zu sagen haben und daß das verdammt wichtig ist. Wenn wir etwas verändern wollen, müssen wir überall, wo Unzufriedenheit herrscht da, sein und unsere Position klarmachen.

AIB: Welche Rolle spielt für Euch dabei Bündnispolitik?

Christopher: Bündnisse sind auch für uns ziemlich wichtig. Bei unseren Demos zum 1. Mai haben wir auch immer Gewerkschaften, Parteien und andere Gruppen angesprochen. Vor allem aber ehrenamtliche Vereine, die oftmals ehrlicher sind als irgendwelche Parteimenschen. Bei denen genießen wir durchaus große Akzeptanz, weil die merken, daß sie von dem Thema im Gegensatz zu uns relativ wenig Ahnung haben.

Sebastian: In dem Zusammenhang hoffe ich, daß mit den ganzen Erfahrungen, die man mit Bündnissen macht - oft wiederholen dabei wir unsere Fehler - kritisch umgegangen und daraus gelernt wird. Daß daraus dann auch klar wird, mit wem wir was zusammen machen können und mit wem nicht. Oftmals ist es ja so, daß es eben auch darauf ankommt, was wir von den einzelnen BündnispartnerInnen wollen. Dazu gehört natürlich auch eine gewisse Kontinuität, die Antifastrukturen manchmal fehlt, die aber nötig ist damit die Menschen, die nicht direkt mit uns zu tun haben, nicht mehr so einfach über uns hinweg sehen können.

Valerian: Ein guter Ansatz dafür sind z.B. unsere Straßenfeste vor dem AJZ. Anlaß in diesem Jahr war einjähriges Jubiläum vom neuen Infoladen »Volk und Wissen« und die Eröffnung der Jugendetage. Die Bevölkerung hat erstaunlich positiv auf uns reagiert. Für Kinder gab´s ein Indianerfest, und die Kinder haben ihre Eltern auf diesem Weg ins AJZ und zu uns gelockt.

Christopher: Kritisch zu unserer Arbeit ist jedoch anzumerken, daß wir uns viel zu wenig um die »weißen Flecken« in unserer Umgebung gekümmert haben. In vielen kleinen Städten in der Umgebung sind die Nazis ziemlich stark vertreten und gut organisiert. Wir wissen darüber total wenig, und die Vernetzung mit den Antifas vor Ort funktioniert auch nicht besonders gut. Da gibt es noch eine ganze Menge zu tun.

AIB: Danke für das Gespräch. ■

Allianz der Geschichtsleugner - Teil 3

Die Wanderausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944« des Hamburger Instituts für Sozialforschung bleibt für die Rechte Reizthema und Stolperstein auf dem Marsch in die ihrer Vergangenheit entledigte, »selbstbewußte« Nation. Auf ihrer 18. Station gastiert die Ausstellung im hessischen Marburg, einer Stadt mit ausgeprägter militärischer und völkischer Tradition und den entsprechenden Seilschaften. Mensch durfte also gespannt sein, wer diesmal mit wem paktieren würde, was sie zu bieten hatten und wie die antifaschistische Bewegung dagegenhalten würde.



Der Universitätsstadt Marburg eilt gemeinhin ein linker Ruf voraus: eine »rote Uni«, Wahlerfolge der DKP bis in die 80er Jahre und seit März 1997 sogar ein Stadtratsmandat für die PDS. Doch dies ist allenfalls die halbe Wahrheit, denn demgegenüber steht eine einflußreiche politische Kaste aus deutschnationalen Studentenverbindungen und militaristischen Traditionsverbänden, die der städtischen Politik seit jeher einen reaktionären Stempel aufgedrückt hat und nun mit lautem Gezeter Front gegen den »*Wanderzirkus Reemtsma/Heer*« macht.

Für sie kam die Ausstellung zu einem Zeitpunkt politischer Turbulenzen. Einerseits mußte sie feststellen, daß einige ihrer sorgsam gehüteten Traditionen von vielen Menschen in der Stadt als unzeitgemäß angesehen werden, andererseits konnte sie im Januar den Einzug des Republikanischen Hochschulverbandes (RHV) in das Studentenparlament als politischen Erfolg verbuchen. So geriet der inszenierte Streit um die Wehrmachtsausstellung vor allem auch regional zur politischen Kraftprobe und Standortbestimmung.

Die Politik in der alten Garnisonsstadt wurde über viele Jahrzehnte von den Militärs geprägt. Das Hindenburg-Zitat »*Da wo meine Marburger Jäger stehen, da weiß ich, steht meine Front*«, ist Zeugnis dafür, welchen Stellenwert die Marburger Truppen in der damaligen Kriegsmaschinerie genossen. Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg schlossen sich diese zumeist den Freikorpsverbänden an, um gegen die Arbeiterbewegung zu Felde zu ziehen. Die Morde von Mechterstädt (Thüringen), wo eine Marburger Studentenkompanie nach dem mißlungenen Kapp-Putsch 15 gefangene Arbeiter erschoß, sind einer der zahlreichen dunklen Flecken in der Stadtgeschichte. In der Folgezeit wurde Marburg zur Hochburg der NSDAP, die 1932 bei den Reichstagswahlen 53,3% (landesweit 37,2%) erreichte. Die Marburger SA bestand fast ausschließlich aus Studenten und hatte 1933 1.000 Mitglieder (bei einer Stadtbevölkerung von 20.000).

Die nach dem Krieg erlassenen Verbote der studentischen Verbindungen wurden 1950, 1951 aufgehoben und vor dem Hintergrund des Kalten Krieges konnte sich das gesamte militaristische Lager wieder in Traditionsverbänden sammeln und alte Seilschaften reaktivieren.

Aus diesen Kreisen – erwähnt seien die Kameradschaft Marburger Jäger, der Verband Deutscher Soldaten und der Kyffhäuserbund – gründete sich 1989 quasi als politischer Dachverband die Arbeitsgemeinschaft der Soldatenverbände, später in Fördergemeinschaft für Soldatenverbände (FfS) umbenannt.

Mit der Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung hatte die FfS natürlich IHR Thema gefunden und schickte sich an, alle Kräfte zu mobilisieren und in einem eigens geschaffenen »AK Anti-Wehrmachtsausstellung« zu bündeln. Starken Zulauf bekam die FfS aus den Reihen der Republikaner, der NPD und der offen rechtsextremen Burschenschaften, was auf die Interessensüberschneidungen, z.B. bei der »*Pflege soldatischer Traditionen*« und beim »*geistigen Gegenangriff gegen alle diejenigen Personen und Mächtegruppen (...), die unsere Identität als Deutsche auslöschen wollen*«(FfS)[1], zurückzuführen ist.

So stellt die FfS für die ansonsten recht isolierten Rechtsaußengruppen eine innerstädtische Lobby dar und scheint als »Trojanisches Pferd« geradezu prädestiniert zu sein – lassen sich doch darüber politische Einflußbereiche öffnen, Kontakte vertiefen und eigene Inhalte unters Volk bringen.

Gegen die Wehrmachtsausstellung sind Mitglieder
aller Soldatenverbände
aller soldatischen Sozialverbände
aller Vertriebenenverbände
studentischer Verbindungen und
Bürgerinnen u. Bürger des Landkreises Marburg-Biedenkopf
z.B.
Kameradschaft Marburger Jäger - 2. PzGrenDiv
Jägerkameradschaft Infanterie Regiment 15/57
Deutscher Jägerbund
Fördergemeinschaft für Soldatenverbände
Verband deutscher Soldaten
Kyffhäuserbund
Ring deutscher Soldatenverbände
Kameradschaft Beobachtungsabteilung 9
Verband der Reservisten der deutschen Bundeswehr
Bundeswehrverband
Marinebund
Kameradschaft PzBrig 14/6
Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer usw.
Reichsbund der Kriegs- und Wehrdienstopfer usw.
Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge
Verband der Heimkehrer
Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik
Landsmannschaft der Westpreußen
Landsmannschaft der Ostpreußen
Landsmannschaft der Pommern
Landsmannschaft der Sudetendeutschen
Landsmannschaft der Schlesier
Landsmannschaft der Oberschlesier
Burschenschaft Normannia-Leipzig zu Marburg
Burschenschaft Rheinfranken
Burschenschaft Germania
Burschenschaft Teutonia Königsberg zu Marburg
Burschenschaft Germania Greifswald zu Marburg
Burschenschaft Alemannia
Landsmannschaft Chattia
Landsmannschaft Nibelungia
Corps Teutonia
Corps Hasso-Nassovia
Corps Sueve Straßburg zu Marburg

Unsere Unterschriftensammlung gegen die Wehrmachtsausstellung erbrachte
5000 Unterschriften

Angeblich 5.000 Unterschriften will die Fördergemeinschaft für Soldatenverbände gegen die Wehrmachtsausstellung gesammelt haben. Das Spektrum der UnterzeichnerInnen wird dominiert von milotaristischen Organisationen, Studentenverbindungen und Vertriebenenverbänden.

Die Konstellation im FfS ist wahrlich kein Novum, aber dennoch bemerkenswert: CDU-Lokalpolitiker, Republikaner, NPDler, Vertriebenenfunktionäre, Burschen und Korporierte, diverse GroßbürgerInnen und Geschäftsleute sowie ein stadtbekannter Schläger,

Antifa-Nachrichten-Doku

Nr. 21

November/Dezember '97



Impressum:
Was Geht Ab? Nr. 21,
November/Dezember '97
Herausgeber und V.i.S.d.P.:
Kai Mara
Gneisenaustr.2a
10961 Berlin
Die »Was geht ab?« erscheint seit der Nr. 19 als ständige Beilage im Antifaschistischen Info-Blatt. Für Abo, Nachdruck und alles weitere gelten dessen Bedingungen.

Bundesweit

Parteigründungen

AN 21.8. '97, N&E #7/8 '97 - In München gründete sich eine neue überparteiliche Gruppe ***»Stimme der Mehrheit« (SdM)***, die in Zusammenarbeit mit dem ***Bund der Selbständigen*** ins Leben gerufen wurde. Die SdM schreibt sich neurechte Kampfbegriffe wie *»geistig-moralische Erneuerung«*, *»Förderung Leistungswilliger«* und *»Vertretung der Interessen des eigenen Volkes«* auf die Fahnen. Zu den Gründungsmitgliedern gehören unter anderem die Ultrarechten **Herbert Fleissner** und **Hans-Helmuth Knütter** sowie der ***FDP***-Rechtsaußen **Alexander von Stahl**. Der Gründungsparteitag der in der Tradition des ***»Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten«*** stehenden ***»Wählergemeinschaft Deutscher Heimatvertriebener und Entrechteter« (WHDE)*** fand am 21. Juni 1997 in Zwickau statt. Als Kontaktadresse wird das Gothaer Kreisbüro des ***Bundes der Vertriebenen*** angegeben. Geworben wird für die Partei auch in der Zeitschrift ***»Glauben und Wirken«*** der neofaschistischen Sekte ***»Bund Deutscher Unitarier«***. Mitglieder der revanchistischen Kleinpartei ***»Bund für Gesamtdeutschland« (BGD)*** und d[illegible]n Umfeld haben am 29. Juni 1997 in Kassel die Partei ***»Bündnis für Deutschland«*** gegründet. Das »Bündnis« hat sich die *»Überwindung der Zersplitterung«* rechter Gruppierungen auf die Fahnen geschrieben.

Deckert als Vize abgesetzt

Presse 28.8.'97, NIT, bnr 1.10. '97 - **Günter Deckert** ist mit sofortiger Wirkung seines Amtes als stellvertretender Parteivorsitzender der ***NPD*** enthoben worden. Die NPD in Stuttgart teilte mit, der zur Zeit noch in Haft befindliche Deckert sei in einer Sitzung am 17. August 1997 in Hamburg wegen *»fortwährender und schwerwiegender Verletzung der Treuepflicht gegenüber der NPD«* als Partei-Vize abgesetzt worden. Deckert bleibe allerdings weiterhin Parteimitglied. In einem Rundschreiben wirft der NPD-Bundesschatzmeister **Erwin Kemna** Deckert vor, er habe Spenden nicht an den Parteivorstand weitergeleitet, Gelder, die die NPD zum Kauf einer Immobilie verwenden wollte, zwar gezeichnet, aber nicht ausgegeben und sich für Spenden an ihn in seiner ***Deckert-Depesche*** nicht bedankt. Außerdem besitze er über 100.000 DM an Guthaben und weitere Konten mit 5-stelligen Beträgen. Der NPD-Kreisverband Heidelberg Rhein-Neckar protestierte in einer Pressemitteilung gegen die Absetzung. Am 24. September 1997 wurde bekannt, daß die Stuttgarter Staatsanwaltschaft gegen Deckert wegen Verdachts der Untreue ermittelt. Deckert sitzt seit November 1995 eine zweijährige Haftstrafe wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß ab.

Neues Nazi-Fanzine

NIT Rheinl. 12.9. '97, Unsere Welt #1 - Ein neues Nazi-Fanzine ***»Unsere Welt«*** sieht sich laut NIT als *»Alternative zur »Kommerzzeitung«* ***Rock Nord*** des Nazirock-Managers **Torsten Lemmer**. Die Macher orientierten sich an den Nazifanzines ***»Resistance«*** (USA) und ***»Nordland«*** (Schweden). Die Zeitung mischt Plattenrezensionen von Nazibands mit Konzertberichten, unter anderem von ***Blood & Honour***- und ***Hammerskin***konzerten, und politischen Artikeln zur ***HNG*** und zu den Naziaktionen am 1.Mai 1997. Verantwortlich im Sinne des Presserechts zeichnet **Bernd Stehmann**, Postfach 102706, 33527 Bielefeld. Zu bestellen gibt es das Blatt unter Unsere Welt, Pf. 102988, 33529 Bielefeld.



Bernd Stehmann 1995 beim Heß-Marsch in Roskilde

Chronologie

★ Laut Homepage der »Nationalen« fand in der Hauptstadt des Oberlausitzkreises ein Gautreffen mit über 100 Teilnehmern aus Görlitz, Hoyerswerda und Niesky statt. Redner war Frank Schwerdt, Vorsitzender der »Nationalen«. Die Musik kam von der Cottbuser Naziband Frontalkraft. Udo Hempel von den »Jungnationalen« und Jürgen Krumpholz von der NPD bekräftigten ihren Willen zur Zusammenarbeit. Bei den nächsten Wahlen in Sachsen werde es nur eine nationale Liste geben.

2. August - 11 Jungnazis überfielen in Berliner-Hellersdorf die Fahrgäste eines Busses. Sie waren unter »Sieg Heil«- Rufen in den Bus gestürmt und schlugen auf die Fahrgäste ein.
★ Am späten Abend griffen vier Skins zwischen den Berliner S-Bahnstationen Pankow und Ostkreuz (Linie S8) einen 26jährigen Mann an. Er wurde mit einer Pistole bedroht, geschlagen und beraubt.
★ Eine Feier auf dem Grundstück des Ex-DDR-Bürgerrechtlers Reinhard Schult in Fredersdorf in der Uckermark (Brandenburg) wurde von rund 25 Nazis überfallen. Bei dem Angriff wurden einige BesucherInnen verletzt, außerdem wurden Scheiben eingeworfen.

3. August - Das rechte »Christlich-Konservative-Deutschland-Forum« gründete in Lörrach ein Bezirks-Forum Südbaden. Zum Sprecher wurde Sebastian Nieder, zu seinem Stellvertreter Heiko Reznicek gewählt. Zuvor hatte sich der Geschäftsführer des rechtslastigen »Studienzentrum Weikersheim«, Albrecht Jebens, über die »Hintergründe und Macher der Anti-Wehrmachtsausstellung« ausgelassen.

4. August - Mehrere Jungnazis aus Bautzen (Sachsen) feierten auf einem Zeltplatz, hörten Nazi-Musik und gröhlten »Sieg Heil«. Die anrückende Polizei nahm zwei 18jährige vorläufig fest.

6. August - Sieben Jugendliche haben in Frakfurt / Oder einen 22jährigen Asylbewerber krankenhausreif geschlagen
★ In Halle hat die Polizei bei der Razzia in der Wohnung eines rechten Bombenbastlers ein umfangreiches Waffenlager sichergestellt. Es wurden u. a. Waffen, Munition und selbstgebaute Bomben gefunden. →

★ Wegen eines Überfalls auf einen 40jährigen Mann im Januar 1997 in Ramsdorf bei Borna (Sachsen) wurden jetzt vier Nazis festgenommen. Nach einem Fünften wird gefahndet. Sie hatten am »Führer-Geburtstag« den Mann in seinem Haus zusammengeschlagen

★ Im Rahmen einer bundesweiten Aktion gegen Anbieter faschistischer Skin-Musik wurden Wohnungen, Geschäftsräume und Postfächer durchsucht. In Berlin wurden sieben Objekte durchsucht, wobei die Polizei gegen vier Beschuldigte ermittelte - drei Personen wurden vorläufig festgenommen und u.a. 130 Tonträger beschlagnahmt. In Bayern wurden vier Objekte durchsucht und Geschäftsunterlagen sowie 500 Tonträger sichergestellt. In Brandenburg fanden zwei Wohnungsdurchsuchungen statt.

★ Jeweils am ersten Mittwoch im Monat findet ein »Stammtisch« der DVU in der Südpfalz bzw. im Kreis Lippe-Höxter statt. Aufrufer ist der DVU-KV Lippe-Höxter (Postfach 11 32, 32818 Blomberg), Info-Tel. 063 45 / 76 34.

7. August - Zeltlager der »Junge Nationaldemokraten« (JN) im Landkreis Parchim (Meck-Pomm).

8. August - Eine bewaffnete Gruppe Nazi-Skins hatte einen Zeltplatz bei Hagenau am Bodensee überfallen und dabei zwei Männer krankenhausreif geschlagen. Wenige Tage später wurden sieben Skins aus dem Kreis Ludwigsburg festgenommen

9. August - In Anklam (Meck-Pomm) versammelten sich rechte Jugendliche und zogen durch die Stadt. Sie folgten mit dem »Marsch« einem Aufruf aus dem Internet.

★ Im brandenburgischen Fürstenwalde schlugen 15 Jugendliche zwei liberianische Asylbewerberkrankenhausreif.

10. August - In Ahlbeck auf Usedom (Meck-Pomm) wurden linke Jugendliche von einer Gruppe Rechtsradikaler angegriffen. Drei Jugendliche wurden bei dem Angriff schwer verletzt.

13. August - Für jeden zweiten Mittwoch im Monat lädt der DVU-LV Hessen zu seinem »Stammtisch« im Raum Hersfeld-Rotenburg (Fulda, Melsungen, Lauterbach, Hünfeld, Schlitz und Eschwege). Kontaktadresse: Postfach 12 16, 36251 Bad Hersfeld oder Info-Telefon 066 21 / 654 70.

15. August - Die SoKo Rechtsextremismus verhinderte einen Angriff von 20 Neonazis auf ein Ferienhaus polnischer und französischer Jugendlicher in Borna (Sachsen). Elf Nazis wurden festgenommen, sieben kamen in polizeilichen Gewahrsam.

★ In Radeberg (Sachsen) hörten vier Jugendliche Nazi- Musik und beschossen einen anrückenden Polizisten mit einem Luftgewehr. Sie wurden festgenommen.

★ Die »Junge Freiheit« (JF) meldete, daß bei einer Versammlung des »Bund der Vertriebenden« KV Kassel ein neuer Vorstandsvorsitzen- →

NPD schuldenfrei

Zündstoff 3/97 - Die ***NPD*** hat laut Berliner Parteiorgan »Zündstoff« ihre seit 1972 bestehenden Schulden in Millionenhöhe an die Bundestagsverwaltung abgezahlt. Eine 1969 ausgezahlte Wahlkampfkostenrückerstattung war 1972 in Teilen zurückgefordert worden, weil die NPD bei einer vorgezogenen Bundestagswahl auf 0,6% abrutschte. Hinzu kamen auch noch Forderungen einzelner Landtage mit einem ähnlichen Hintergrund. Anfang 1997 seien noch Forderungen des Bundestages und des Baden-Württembergischen Landtags in Höhe von ca. 800.000 DM offen gewesen. Durch Spenden und den Gewinn aus dem Verkauf von Immobilien seien die Schulden getilgt worden. Dies wird vor allem als Leistung des Bundesschatzmeisters **Erwin Kemna** und des Parteivorsitzenden **Udo Voigt** dargestellt.

Hausarrest für Nazis

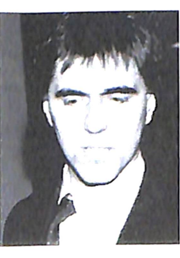
Zündstoff #3/97, N&E #10/97 - Auch **Holger Apfel**, der Bundesvorsitzende der ***JN***, wurde vom 16. bis zum 18. August 1997 vom Baden-Württembergischen Innenministerium mit Hausarrest belegt. Desweiteren wurden in Baden-Württemberg am Wochenende des Rudolf-Hess-Aufmarsches ca. 100 andere Neonazis mit der Auflage, sich täglich bei der Polizei zu melden, festgehalten. Laut ***Nation & Europa*** klagten acht Nazis gegen die Meldeauflage, von denen einer Recht bekam.



Holger Apfel

JF bettelt

AN #18/97, JF #18/97 - Die ***Junge Freiheit*** ist wieder mal auf Abonnentensuche und hat sich vorgenommen, bis Ende November 1997 1500 neue Abonnenten zu werben. Chefredakteur **Dieter Stein** behauptet, der Kioskverkauf sei für die Zeitung entscheidend, obwohl wohl jeder wissen dürfte, daß der Abonnentenstamm das Wichtigste für den Erhalt einer Zeitung ist. Jedoch ist der Kioskverkauf für den Einfluß auf die öffentliche Meinung natürlich sehr wichtig. Die JF ruft ihre Leser auf, an einer Kampagne zur Erschließung des Kioskmarktes mitzuwirken und bis dahin dem Kioskbesitzer die Bestellung der JF abzunehmen. Ob der JF-Leser auch die Kosten für die Bestellung tragen soll, ist unklar.



Dieter Stein

Altnazi Remer tot

BeZe 6.10. '97 - Der Altnazi, Holocaustleugner und umtriebige Geschichtsrevisionist **Ernst Otto Remer** ist am 8. Oktober 1997 im Alter von 85 Jahren in Südspanien, wo die Justiz 1996 ein deutsches Auslieferungsgesuch ablehnte, gestorben.

»Ehrenretter« am Werk

AN 4.9.97 - Ein Buch zur Ehrenrettung der deutschen Wehrmacht will ein jüngst gegründeter Arbeitskreis ***»Wahrheit für die Soldaten der Wehrmacht«*** erstellen. Der im ***»Verein zur Aufarbeitung der jüngeren Geschichte e.V.«*** mit Sitz in Wachtberg gegründete »Arbeitskreis« will das Buch bereits im nächsten Jahr herausgeben. Er beabsichtigt, in Anspielung auf die von Faschisten immer wieder angegriffene Wehrmachtsausstellung *»der nachfolgenden Generation eine seriöse Grundlage für ein eigenes Urteil (zu) hinterlassen«*. Das Buch soll im ***Langen-Müller/Herbig-Verlag*** des ***»Witiko-Bund«***-Mitgliedes **Herbert Fleissner** erscheinen. Die elf Autoren wurden namentlich noch nicht genannt.

Nazis als Grenzer

BeZe 24.9. '97 - Vom 19. bis zum 21. August 1997 patrouillierten circa 20 Neonazis der ***Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung (DNSB)*** an unbewachten Grenzübergängen der dänisch-deutschen Landesgrenze. In einer Pressemitteilung ließ der DNSB-Vorsitzende **Jonni Hansen** verlautbaren, man wolle *»helfen, die Landesgrenzen nach Deutschland für rassenfremde Überläufer zu sperren«*. Weiter erklärte er, man werde *»präventiv auf Flüchtlinge einwirken«* und sie nur verbal zurückweisen und eventuell die Polizei hinzurufen. Obwohl sie bei ihren Patrouillen bisher keine Flüchtlinge trafen, kündigte Jonni Hansen an, man werde auch in Zukunft regelmäßig die Grenze bewachen. Die antieuropäische ***Juni-Bewegung*** und die ***Fortschrittspartei*** benutzen die Aktion, um für die Beibehaltung der Grenzkontrollen zu argumentieren. Der Vorfall müsse ein Lehrstück für die Regierung sein, die nicht die notwendigen Mittel zur Grenzüberwachung bereitstelle. Die sozialdemokratische Innenministerin beschuldigte im Gegenzug die bürgerlichen Parteien, mit ihrer populistischen Flüchtlingspolitik solche Vorfälle erst zu provozieren.



DNSB-Chef Jonni Hansen

Thüringen, Bayern, Sachsen, Ba-Wü

Geldstrafe für Leipziger NPD-Chef

BeZe 2.8.'97 - Der Leipziger *NPD*-Kreisvorsitzende **Joachim Hößler** ist am 29. August 1997 vom Landgericht Dresden wegen Nazi-Propaganda und Aufstachelung zum Rassenhaß zu einer Geldstrafe in Höhe von 2.700 Mark verurteilt worden. Hößler war 1994 Fördermitglied der ***NSDAP/AO*** und hatte deren Propagandamaterial bestellt, um es in Sachsen zu verbreiten. Der NSDAP/AO-Chef **Gary Lauck** (USA) war als Zeuge geladen.

Brandanschlag von Nazi-Soldaten

taz 11.8.'97 - Am 8. August 1997 verübten zwei Soldaten (18 und 20 Jahre) der Bundeswehr einen Brandanschlag auf eine Ausländerunterkunft in Dresden. Zuvor stahlen sie Büromaschinen aus dem Gebäude und sprühten Hakenkreuze an die Wände. Die Baracke, in der italienische Bauarbeiter wohnten, brannte vollkommen aus. Die Italiener waren nach Angaben der Polizei kurz zuvor in den Urlaub gefahren. Die beiden Panzergrenadiere gaben bei ihrer Vernehmung an, aus Ausländerhaß gehandelt zu haben, da sie öfter »Zoff« mit den Italienern hatten.

Ein Sprecher des LKA erklärte, die beiden »gehörten zu einer Gruppe von Rechtsorientierten, die sich öfter in der Nähe des Tatorts aufhielt«. Vor dem Brand beobachteten Zeugen eine 20köpfige Gruppe, die mit »Sieg Heil«-Rufen durch die Straße zog. Der 18jährige Nazi-Soldat hatte sich bereits mit rechtsextremistischen Propagandadelikten polizeilich bekannt gemacht.

Nazi-Kundgebung geplant

DESG-inform 6/97 - Am 2. November 1997 wollen u.a. ***die Nation Europa Freunde e.V.***, der ***Schönhuber-Freundeskreis*** und die ***Deutsche Liga*** in »einer großen Versammlungshalle in Mittelbayern« eine »machtvolle Kundgebung des patriotischen Europas« durchführen. Als Redner werden u.a. **Franz Schönhuber**, **Harald Neubauer** und der ***Front National***-Europaabgeordnete **Yvan Blot** aus Straßburg vorgesehen. Yvan Blot ist Vertrauter von **Le Pen** und Deutschlandreferent der Front National. Diese Veranstaltung war ursprünglich für den 6. Juli 1997 im Nürnberger Gesellschaftshaus Gartenstadt angesetzt. Nachdem »politische Gegner den Wirt zum Vertragsbruch angestiftet« hatten, mußte die Veranstaltung in letzter Minute allerdings abgesagt werden.

Die Veranstalter erklärten daraufhin: »Jetzt erst recht! Wir werden die Veranstaltung, zu der bereits Hunderte von Anmeldungen vorlagen, in noch größerem Maßstab nachholen. Diemal hieb- und stichfest abgesichert«.

Mit der Veranstaltung soll die Forderung des französischen FN-Vorsitzenden Jean-Marie Le Pen nach Schaffung einer grenzüberschreitenden Europäischen Rechten aufgegriffen werden.

Nazi-Demo in Leipzig

DESG-inform 6/97 - Am 13. Oktober 1997 sollte in Leipzig eine bundesweite Demo gegen den Euro stattfinden, da in diesem Zeitraum der *CDU*-Bundesparteitag stattfand und man »im Angesicht des Bundeskanzlers und der gesamten nationalen und internationalen Presse gegen den Euro protestieren kann«. Organisiert wurde diese Demo von der ***Aktion 99 - Deutsche Mark***, einer Initiative, die im Dunstkreis von **Alfred Mechtersheimers** ***Friedenskomitee 2000*** im Rahmen der ***Deutschland-Bewegung*** entstanden ist. Diese Initiative führte, unterstützt durch die ***Dresdener Freitagsgespräche***, bereits am 16. Juni 1997 ungestört eine 100-Leute-Demo in Dresden durch. Hier traten unter anderem der Initiator dieser »Montagsdemo«, der 23jährige Student **Hans-Holger Malcomeß**, der Kreisvorsitzender der ***Republikaner*** **Wolfgang Schwarz** und die ***DSU***-Stadträte **Peter Berauer** und **Jürgen Schwarz** auf. Als Kontaktadresse für die Aktion 99 - Deutsche Mark werden die Dresdener Freitagsgespräche (Postfach 530127 in 01291 Dresden) angegeben.



Jürgen Distler

Nationale expandieren

Im April dieses Jahres gründete sich in Niesky auf Initiative der ***Jung-Nationalen (JNS)*** der »nationale Fußballverein« ***SV Schwarz-Weiß-Rot Adler Niesky***. Dieser Verein soll jetzt beim Amtsgericht Görlitz eingetragen werden. In Weißwasser planen

der gewählt wurde. Gerd-Jürgen Kowallik löste Hans Knödl ab.

★ Der Presseamtschef von Nürnberg, Wolfgang Hübner (CDU), wurde »mit sofortiger Wirkung seines Amtes« enthoben. Der 36jährige hatte die Memoiren des 82jährigen Alfred Bersch redigiert, worin Bersch u.a. Hitlers Buch »Mein Kampf« lobend erwähnte.

★ Nach rund 2 1/2 jähriger Mitarbeit scheidet Jens Falk aus dem Verlag der »JF« aus. Er war u.a. zwei Jahre als »Chef vom Dienst« tätig.

16. August - In Bergisch Gladbach (NRW) eine Antifa-Demo statt, die sich gegen das örtliche Nazizentrum der »Jungen Nationaldemokraten« (JN) richtete, das sich im Haus von Achim Ezer befindet.

★ Am Abend versammelten sich rund 60 AntifaschistInnen in Spremberg (Brandenburg), um einen Nazi-Überfall auf ein Punk-Konzert zu verhindern. Einem von Nazis dominierten Jugendclub im Ort wurden am gleichen Abend die Scheiben eingeworfen.

18. August - In Görlitz (Sachsen) wurden zwei polnische Jugendliche von Deutschen rassistisch angepöbelt und verprügelt.

★ Vor dem Landgericht Frankfurt / Oder begann der Prozeß gegen zwei Deutsche wegen Mord an einem vietnamesischen Mann Anfang diesen Jahres. Im Januar 1997 hatten die zwei Rassisten den Mann vor dem S-Bahnhof des brandenburgischen Fredersdorf so brutal zusammengeschlagen, daß er wenig später an seinen Verletzungen starb.

20. August - In einem Zug von Hamburg nach Berlin bedrohten zehn Nazis Fahrgäste und beleidigten sie u.a. als »Judenlümmel«. Das sog. Begleit-Team der Bahn schaute weg und ließ die Täter in Berlin aussteigen.

21. August - Sieben Nazis wurden in Eberswalde (Brandenburg) von der Polizei festgenommen, weil sie Nazi-Lieder gesungen hatten. Die Polizei stellte bei ihnen u.a. rechte Aufkleber und Flugblätter sicher.

★ Der »Bund Freier Bürger« (BFB) aus Hamburg lud zu einer Veranstaltung zum Thema »Freiheit braucht Sicherheit« ein. Sie fand im Bürgerbüro (Börsenbrücke 2) statt. Einen Vortrag hielt Kristof Berkling.

★ Im Raum Ludwigshafen / Rhein, Speyer und Frankenthal findet ein DVU »Stammtisch« an jedem 3. Donnerstag im Monat statt. Kontakt: DVU-KV Ludwigshafen / Rhein, Postfach 109, 67122 Altrip.

★ In Friedberg (Hessen) verstarb der Altnazi Ernst Wilhelm Wreden (Jahrgang 1926). Er war Mitglied der »Waffen-SS«, danach langjähriger Schriftleiter (1959 - 1992) der »Burschendschaftlichen Blätter« und bis zu seinem Tod »Alter Herr« der »Burschenschaft Alemannia« aus Heidelberg.

23. August - In Linthe (Brandenburg) schlugen drei Skins einen Tunesier auf dem Parkplatz eines →

Supermarktes zusammen und verletzten ihn schwer. Sie flohen unerkannt mit ihrem Auto.
★ In Angermünde (Brandenburg) nahm die Polizei 34 von ca. 50 Nazi-Skins fest die bei einer Nazi-Geburtstagsparty Parolen skandierten.
★ Auf einem Straßenfest in München fotografierte die NPD/JN-Kaderfrau Renate Werlberger mehrere AntifaschistInnen und genoss danach Polizeischutz. Werlberger (Friedrich-List-Str. 107 in München) gab den Film und die Kamera einer Freundin, die beides wiederum an aktive AntifaschistInnen abgeben mußte.

24. August - Rund 150 Nazis feierten im sächsischen Schildau bei Torgau, riefen Nazi-Parolen, hörten Nazi-Musik und zeigten den »Hitler-Gruß«. 77 Polizisten lösten die Feier gegen den Widerstand der Nazis daraufhin auf und nahmen 81 Teilnehmer fest.
★ Im Pforzheim (Ba-Wü) wurde das Auto eines türkischen Mannes mit einem Molotowcocktail beworfen. Bei einem der drei Tatverdächtigen wurden Gasflaschen, Lunten und Nazi-Propaganda gefunden.
★ Am Mahnmal der KZ-Gedenkstätte Buchenwald wurde die Asche von mehr als 700 Urnen beigesetzt. Die Urnen waren im Mai 1997 im Krematorium des ehem. KZ auf einem Dachboden nach 52 Jahren zufällig von einem Dachdecker entdeckt worden.
★ Bei einem Strandfest in Friedland (Meck-Pomm) kam es zu Auseinandersetzungen zwischen deutschen und nichtdeutschen Besuchern.

26. August - In der Nähe eines Schwulentreffs im Berliner Tiergarten wurden zwei Männer zusammengeschlagen, niedergestochen und anschließend ausgeraubt. Die Täter waren Skins.

28. August - Das Landgericht Cottbus lehnte die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen den Nazi-Kader Frank Hübner ab. Gegen den 31jährigen ehem. Chef der »Deutschen Alternative« wurde wegen versuchter Anstiftung zum Mord ermittelt.

29. August - Im Rathaus des Berliner Bezirks Tempelhof fand eine Vortragsveranstaltung der »Republikaner« statt. Infos 030 / 606 86 14.
★ In Dresden fand ein Vortrag über »Hitlers rechte Gegner« statt. Den Vortrag hielt Claus-M. Wolfschlag. Info-Tel. war 0351 / 549 207.

30. August - Laut dem »NIT-Mitteldeutschland« fand ein Sonderparteitag der NPD Thüringen im Raum Arnstadt statt. Am Abend konnten rund 200 Jungnazis an einem Konzert teilnehmen.
★ In Altenberg (Sachsen) begann die einwöchige »21. Gästewoche« der »Deutschen Kulturgemeinschaft Österreich« (DKG). Die »Gästewoche« ist ein Treffen deutscher und österreichischer Alt- und Neonazis, das sei 1994 regelmäßig stattfindet.
★ Am Abend überfielen fünf junge Männer im Wittstock (Brandenburg) ein Heim für Wohnungslose,

die Jung-Nationalen unter Vorsitz von **Mike Nowka** »mittels einer Volksinitiative und gezielter Öffentlichkeitsarbeit« gegen den linken Treffpunkt »Keksdose« vorzugehen, nachdem auf einer städtischen Veranstaltung zum Thema »Jugendkriminalität« keiner die JNSler so richtig ernstgenommen hatte.

Weil in Gera die Wohnung des dortigen Nationalen-Vorsitzenden **Gordon Richter** durchsucht worden war, wittert der ***Nationalen***-Rechtsbeistand **Dr. Walter Menz** gleich alte ***SED***-Seilschaften und erstattete Anzeige gegen eine »Geraer Juristenclique ***PDS***-naher Juristen«. In Döbeln wurde der Nationalen-Kreisverband Döbeln/Mittweida unter Aufsicht der Berliner Nationalen-Kader **Frank Schwerdt** und **Richard Miosga** gegründet. Als Vorsitzender wurde **Enrico Michaelis** gewählt. Mit dem örtlichen *NPD*-Kreisvorsitzenden **Peter Söffner** wurde eine enge Zusammenarbeit vereinbart.

Eine neue Kameradschaft der Nationalen gibt es auch in Hoyerswerda, die sich an einer Veranstaltung in Niesky beteiligte. Der ehemalige Bundesführer der Jung-Nationalen, **Udo Hempel**, wurde nach neun Monaten Untersuchungshaft wieder freigelassen und nimmt seine Autorentätigkeit in der ***Mitteldeutschen Rundschau*** der Nationalen wieder auf.

6. Weikersheimer Woche

JF 8.8.'97 - Vom 21. bis zum 26. September 1997 fand die 6. Weikersheimer Hochschulwoche des braunen ***Studienzentrum Weikersheim*** statt. Eröffnet wurde die Tagung zum Thema »Die Zukunftsfähigkeit geistig-politischer Ideenbewegung in Europa« von dem ***CDU***- Abgeordneten **Wolfgang Freiherr von Stetten**, der als Nachfolger des ehemaligen NS- Marinerichters **Hans Filbinger** seit Ende Mai das Studienzentrum leitet.

Die »wissenschaftliche Leitung« übernahmen die beiden Weikersheimer **Lothar Bossle** (Würzburg) und **Klaus Hornung** (Stuttgart). **Vittorio Ferraris** aus Rom hielt einen Vortrag über »Europas Wurzeln im Christentum«. Zu den weiteren Referenten zählten der Anti-Antifa-Theoretiker **Hans-Helmut Knütter**, **Heinz Magenheimer** und der Weikersheimer **Heinz Karst**.

NPD-Kongreß

DS - Am 7. Februar 1998 will die NPD mit ihrem Bundeswahlkongreß und einem großem Parteifest den Auftakt zum Bundeswahlkampf 1998 in der Passauer Nibelunghalle einläuten. Die ***NPD*** rechnet mit mehreren tausend Teilnehmern und will bundesweit »im großen Stil« für die Veranstaltung werben.

Prozeß gegen Nazis

BgR Leipzig - Am 16. September 1997 begann vor dem Leipziger Landgericht der Prozeß gegen drei Leipziger Nazi-Skins, die am 8. Mai 1996 den 43jährigen **Bernd Grigol** aufgrund seiner Homosexualität ermordeten. Am 7. Mai 1996 hatten sich die Jung-Nazis **Andre Kukilka**, **Michael Langbein**, **Rainer Schmidt** und **David Dräbitz** in der Wohnung von **Rene Lehr** in der Gottlaßstr. 5 im Leipziger Stadteil Wahren versammelt, um hier saufend den Abend zu verbringen. Im Nachbarhaus, in der Gottlaßstr.5 wohnt zufälligerweise **Jürgen Schön**, stellvertretender Bundesvorsitzender der **NPD** und Geschäftsführer des Kreisverbandes Leipzig. Nachdem Langbein, Schmidt und Dräbritz einen kleinen Abstecher in die Stadt unternommen hatten, trafen sie Bernd Grigol vor seiner Haustür und gingen mit den Worten »Hau ab, du schwule Ratte« auf ihn los. Sie schlugen ihn zu Boden, warfen ihm einen Bordstein auf den Kopf, traten mit Springerstiefeln auf ihn ein, drückten ihm Sand in den Mund und stachen ihm die Augen mit Holzstöcken aus.

Als Bernd Grigol nur noch röchelte, zog Däbritz sein Springmesser und stach mehrmals zu. Er verletzte Grigol am Hals und an der Brust. Anschließend schleiften die Jung-Nazis ihr Opfer in ein Gebüsch und gingen zu Kukilka. Er sollte ein Auto aufknacken und die Leiche wegschaffen. Kukilka hatte aber keine Lust, und so riefen die drei ihren Kumpel **Markus Wendt** an, der mit seinem Trabant kam, seine Kumpels abholte, den Schwerverletzten in den Kofferraum lud und ihn zu einem Steinbruch in Ammelshain (Muldentalkreis) fuhr, wo er ihn ins Wasser warf. Laut Gerichtsmediziner starb Bernd Grigol dann durch Genickbruch. Nachdem die Jung-Nazis wieder in Leipzig-Wahren angekommen waren, griff einer von ihnen vor der dortigen Kaufhalle einen malaysischen Flüchtling an, der aber nach einigen Schlägen flüchten konnte. Lehr, der sich am nächsten Morgen über die blutverschmierten Klamotten seiner Freunde wunderte, bekam ein »Wir hatten ein bißchen Spaß in der Stadt« zu hören. Kukilka, der das »bißchen Spaß« verpennt hatte, nahm sich die Geldkarte und einen PIN-Code-Zettel des Toten und hob damit mehrmals Geld ab. Genauso sorglos gingen auch die anderen mit dem Mord um. Sie erzählten ihren Freunden und Freundinnen, ihren Geschwistern und ihren Verlobten von dem Mord. Däbritz wurde von seiner Freundin (Justizangestellte) getröstet, weil er wegen des Mordes manchmal schlecht träumte.

Irgendwann wurde das Konto des Toten gesperrt, und eine Bankkamera machte automatisch ein Foto von Kukilka, als er wiedermal Geld abhob. Nach und nach wurden schließlich die Jungnazis verhaftet.

Berlin

Angriff auf BesetzerInnen

taz 8.9. '97 - In der Nacht zum 6. September 1997 griff eine Gruppe Nazi-Hooligans die ehemals besetzten Häuser in der Brunnenstraße 6/7 an. Mehrere BesetzerInnen wurden dabei verletzt, mindestens vier so schwer, daß sie im Krankenhaus behandelt werden mußten. Bereits gegen 21.15 Uhr sammelten sich an die zwanzig Hools vor der einschlägig bekannten Kneipe Halifax in der Brunnenstraße 4 und pöbelten Passanten an. Eine Stunde später wurden zwei junge PunkerInnen angegriffen und am Kopf verletzt. Anschließend kam es zu einer Auseinandersetzungen zwischen den BesetzerInnen und den Angreifern, an deren Ende etwa vierzig Personen mit Nazi- und Fußballparolen (»Berlin bleibt deutsch«, »BFC Dynamo«) die Häuser mit Steinen und Flaschen attackierten und vom Dach des danebenliegenden REWE - Marktes mit Steinen auf den Innenhof warfen. Dabei wurden mehrere Läden, unter ihnen der Fußballaden Anstoß, einTreffpunkt linker und unpolitischer Fußballfans in der Brunnenstraße 7, entglast. Ein bereits verletzter junger Punk, welcher dabei in eine Baugrube stürzte, wurde mit Gehwegplatten beworfen. Als die Polizei eintraf, (die nächste Wache ist ca. 200 Meter entfernt) konnten sich die meisten Angreifer noch austoben und anschließend problemlos vom Tatort entfernen. Nur von einigen Hools, die da-




Einige Nazi-Hools nach ihrem Angriff

nach wieder ins Halifax verschwanden, wurden die Personalien aufgenommen. Doch trotz der anwesenden Polizeikräfte sammelten sich rund um die Brunnenstraße noch größere Gruppen von rechten Hools und Deutschprolls, welche Parolen wie: »Hools und Skins gegen links« skandierten und weiter prügelten.

Strafen verkürzt

taz 4.9.'97 - Vom Berliner Landgericht wurden die einjährige Haftstrafe für **Frank Schwerdt** und die eineinhalbjährige Haftstrafe für **Lutz Gießen** wegen Verwendung von Nazi-Symbolen und Volksverhetzung auf neun Monate für Schwerdt und 14 Monate für Gießen gemildert. Das erstinstanzliche Urteil hatte der Bundesgerichtshof aufgehoben.

Polizei stoppt Treffen

jW, taz 2.9.'97 - Zu ihrem ersten Treffen am 31. August 1997 hatte die ***Antifa Süd-Ost (ASO)*** interessierte Jugendliche mittels Flugblättern eingeladen. Doch bevor das Treffen überhaupt beginnen konnte, stürmte ein Dutzend Polizisten die Räumlichkeiten und hielt etwa 20 Jugendliche mehr als zwei Stunden im Keller der ***PDS***-Bezirkstelle in Treptow fest. Vorwand der Polizeiaktion war die Aussage eines Skinheads, »von sechs bis acht Vermummten mit Holzknüppeln« angegriffen worden zu sein, seine zwei Kameraden seien den Antifas entkommen. Aber selbst nachdem der stämmige Skinhead beim besten Willen keinen der Jugendlichen als Täter ausmachen konnte - sich aber die Gesichter der AntifaschistInnen einprägen durfte -, ließ es sich die Polizei nicht nehmen, die Personali-



Die Polizei läßt interessierte Jugendliche nicht zum Treffen der Antifa Süd-Ost (ASO).

en aller Anwesenden aufzunehmen und sie anschließend zu durchsuchen. Als auch das nicht den erwünschten Erfolg brachte, stellte die Polizei die PDS-Räumlichkeiten solange auf den Kopf, bis sie »typisches Vermummungsmaterial« und einige Knüppel fand. Nachdem die Polizisten gegen einige aufmüpfige Jugendliche Anzeigen wegen Widerstandes verteilten, nahm die Kripo einen 16jährigen vorläufig fest, da er blaue Schuhe trug, an die sich der Skinhead wieder erinnert haben wollte. Polizei und Nazis können sich ins Fäustchen lachen, denn der ASO wurden von der PDS die Räume gekündigt, Interessenten wurden abgeschreckt und die Jugend-Antifas sind jetzt wider Willen polizeibekannt.

Rechte Bündnissträume

Christian Sydow/Internet - Die ***NPD***, die ***Nationalen*** und die div. Kameradschaften wollen zur nächsten Abgeordnetenhauswahl auf einer Liste antreten. Wahrscheinlich ist es eine offene NPD-Liste. Nicht dabei sind die »zu etablierten« ***Republikaner*** und Teile der ehem. ***FAP***, da sich diese mit der »rein kriminellen Szene« und den Sicherheitsbehörden zusammengetan habe.

verprügelten und beraubten einige der HeimgbewohnerInnen.
★ In Rostock fand eine PDS-Kundgebung mit 500 Personen anläßlich des 5. Jahrestages der dortigen Pogrome im Herbst 1992 statt.
★ In Naumburg / Saale fand eine antifaschistische/antimilitaristische Demonstraion statt.

31. August - In Eichfeld wurden 35 Jungnazis festgenommen, die einen Zeltplatz überfallen wollten.
★ In Gera wurde ein Treff linker Jugendlicher von Nazis überfallen.
★ In der Stadt Brandenburg schlug ein Passant einen 20jährigen zusammen, der mit anderen Nazis vor einem indischen Imbiß rassistische Parolen und »Heil Hitler« gerufen hatte.

4. September - Sieben indische Flüchtlinge in Pirna (Sachsen) wurden von vier Nazis überfallen, wobei ein Inder leicht verletzt wurde. Drei (jw) oder fünf (taz) Tatverdächtige wurden festgenommen.
★ Veranstalttung der »ENiD« (»Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland e.V.« - äußerster rechten Rand der Kirche) in Frankfurt/Main, in der Spohrstr. 49. Einen Vortrag hielt Eugen Steiger. Info-Tel : 069 / 561 935

6. September - Insgesamt 175 Nazis wurden in Thüringen in Gewahrsam genommen, um sie am Besuch eines untersagten Nazi-Konzertes in Triptis zu hindern. 14 von 15 vorläufig festgenommenen Nazis wurden bereits am darauffolgenden Tag (!) von einem Schnellgericht zu Haft- oder Geldstrafen verurteilt. Der 15. Nazi kam aus England und mußte eine »Sicherheitsleistung« erbringen. Die Männer trugen Nazi-Zeichen bei sich.
★ »Ab sofort findet jeden zweiten Samstag im Monat (17 Uhr)« ein sog. Stammtisch des DVU-KV Bremerhaven statt. Info-Line: 04 71 / 347 70 oder Fax. 04 71 / 305 152.
★ Es begann das »21. Südafrika Seminar« des rechtsextremen »Hilfskomitee Südliches Afrika« (HSA) in Coburg (Bayern). ReferentInnen waren u. a.: Dr. Walter Kreul, Dr. Martin Pabst, Dorothea Scarborough, Dr. Klaus Nordbruch und Prof. Dr. Werner Pfeifenberger. Kontaktmann war Peter Dehoust, Kontakt-Tel. 09 561 / 959 66.
★ Laut »JF« fand vom 6. bis 8. September 1997 das Bundestreffen der »Heimatkreise Bromberg« (ehemals Westpreussen) in der Patenstadt Wilhelmshaven statt.
★ In Berlin fand ein linker Kongreß »Tag ohne Heimat« gegen die revanchistischen Vertriebenenverbände statt.

7. September - In Berlin fand der »47. Tag der Heimat« des »Bund der Vertriebenen« (BdV) unter dem Motto »Gerechtigkeit schafft Frieden« statt. Konservative Politiker und Rechtsradikale gaben sich die Ehre und stellten die Gültigkeit bestehenden Grenzen in Frage. Der rechte Völkerrechtler Alfred Maurice de Zayas

(USA) wurde vom BdV mit einer Plakette geehrt.

9. September - In Berlin Pankow wurden zwei Molotowcocktails auf ein Heim für Flüchtlinge aus Jugoslawien geworfen, diese trafen zum Glück nur die Betonwand. Die beiden Täter konnten mit Motorrädern flüchten.
★ Mehrere Nazis griffen am 2. Gymnasium in Berlin Prenzlauer Berg vermeintlich linke SchülerInnen an, einige Nazis wurden festgenommen. In den nächsten Tagen und Wochen kam es im Bezirk zu Auseinandersetzungen zwischen Antifaschist/innen und Nazis, wobei letztere auch schwer verletzt wurden, aber trotzdem gingen die Angriffe auf Linke weiter.
★ In Erfurt begann der Prozeß gegen mehrere Nazis, die bei Angriffen auf das Autonome Jugendzentrum in Erfurt am 15. und 30. März 1997 beteiligt gewesen waren. Beide Male konnte das Haus verteidigt und einige der Angreifer von der Polizei gestellt werden. Etwa 30 Nazis befanden sich im Gerichtsaal. Aus diesem Grund wollen Antifas sich am nächsten Prozeßtag (am 4. November) um 8.00 Uhr vor dem Amtsgericht Erfurt (Johannestor 23) einfinden. Der Prozeß soll um 8.30 Uhr im Raum 21 beginnen. (Infoladen Erfurt, c/o Korax e.V., Peter-Cornelius-Str.13, 99096 Erfurt).
★ In Dresden wurde ein Portugiese, welcher mit einem Landsmann auf dem Weg zum Asylbewerberheim war, von drei Männern angegriffen, niedergestochen und schwer verletzt.

11. September - Festnahme von zwei Naziskins, die einen Briten in Herzogenaurach (Mittelfranken) angriffen.
★ Ein junges Pärchen hatte in Floß (Oberpfalz) einen jüdischen Friedhof geschändet und dabei 44 Grabsteine umgeworfen.

12. September - Das Prager Justizministerium verlangte von der deutschen Justiz, daß sie den Alt-Nazi Anton Malloth vor Gericht stellt. Er war Mitglied der »SS« und an der Ermordung zahlreicher Insassen des KZ Theresienstaat beteiligt.
★ Die »DNZ« berichtete, daß gegen den Kreisvorsitzenden der »Jungen Union« in Regensburg wegen Verwenden von Nazi-Symbolen ermittelt wird. Auf einer Party hatte er u. a. das »Horst-Wessel-Lied« gesungen und eine Hakenkreuzfahne aufgehangen.

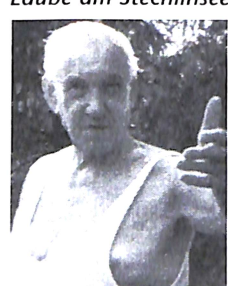
13. September - Weil an diesem Wochenende die Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht« in Marburg eröffnet wurde, zog es die »Fördergemeinschaft der Soldatenverbände Marburg-Biedenkopf« ebenfalls in die Stadt, mit einem »Begleitpogramm« wollten sie über die Bilderschau »informieren«. Unter Leitung Alfred Zips´ (Oberstleutnant a. D.) wurde ein Arbeitskreis gegründet. Konktakt über: Alfred Zips, Am Mühlengraben, 63263 Neu-Isenburg.
★ Polizeirazzia gegen Nazis in Klein-Bünzow (Meck.-Pomm). Es wurden ahlreiche Waffen und viel Propagandamaterial sicherge- →

Berlin/Brandenburg

Zusatzrente für Kriegsverbrecher

BZ 4.10.97 - Der Kriegsverbrecher **Heinz Barth** erhält weiterhin eine Kriegsbeschädigtenrente in Höhe von 800 Mark pro Monat, weil er im Krieg das rechte Bein verlor. 1996 strich das ***Brandenburger Bundesversorgungsamt*** Barth die »Opferrente«. Dieser legte jedoch Klage ein und bekam vor dem ***Potsdamer Sozialgericht*** Recht. Das Gericht beruft sich bei dieser Entscheidung auf das Bundesversorgungsgesetz, das Kriegsverbrecher von der Entschädigung nicht ausschließt. Heinz Barth war Angehöriger der ***Waffen-SS*** und hat als Obersturmbannführer die Ermordung von 734 Menschen auf dem Gewissen. Er wurde als Mörder von Oradour (Frankreich) bekannt. Nach Kriegsende versteckte er sich in Gransee und kassierte 40.000 Mark, bis er 1983 in der DDR zu lebenslanger Haft verurteilt wurde. Seit seiner Entlassung am 10. Juli dieses Jahres lebt er in seiner Laube am Stechlinsee.

Heinz Barth in seiner Laube am Stechlinsee



Nach Grevesmühlen und Dolgenbrodt jetzt Gollwitz

taz 5.9.97, JuWo 2.10.97 - Mit »Empörung und Widerstand« haben die Bürger/innen und die Lokalpolitiker/innen des brandenburgischen Dorfes Gollwitz (Kreis Potsdam-Mittelmark) auf den geplanten Einzug von rund 50 jüdischen AussiedlerInnen in ihre Gemeinde ragiert. Die Gemeinderatsversammlung beschloß einstimmig, keine Jüdinnen und Juden aufzunehmen. Zu Recht werden ihnen Antisemitismus und Rassismus vorgeworfen.

Gollwitz' Bürgermeister **Andreas Held**, der den Ablehnungsbeschluß formuliert hatte, meinte dazu, der Einzug der Menschen *»greife erheblich in das dörfliche Gemeinschaftsleben ein«*. Gegenüber der Lokalpresse gab er sogar zu, daß er *»vielleicht ausländerfeindlich«* sei, aber *»nicht braun«*. Er sei sogar schon selbst drei Wochen in Israel gewesen. Er stellte fest, daß »sie dort auch nicht gut auf Deutsche zu sprechen« seien. Auch andere Gollwitzer/innen aus dem öffentlichen Leben äußerten sich gegenüber der Presse rassistisch. So **Helga Neumann** (Mitglied im Gemeindekirchenrat) gegenüber der »Märkischen Allgemeinen Zeitung« (MAZ): *»Alle Leute aus dem Ostblock haben einen überdimensionalen Hang zur Kriminalität«*. Kommunalabgeordneter **Horst Wegerer** sagte, *»es ist doch allgemein bekannt, daß Ausländer nicht gerade friedensbringend sind«*. Er will sowieso einen *»Meter hohen Zaun«* um sein Grundstück ziehen, *»wenn die kommen«*. Der Ausländerbeauftragte des Kreises, **Valerie Tschechowski**, bestritt, daß die Gollwitzer *»Antisemiten und Rassisten«* sind, schließlich hätten sie das Herrenhaus nicht *»angezündet«*.

Wie es mit dem Herrenhaus und den meist antisemitischen Gollwitzer/innen weiter gehen soll, ist nicht ganz klar. Das Haus gehört nicht der Gemeinde, sondern dem Landkreis. Die Lokalpresse tietelte bereits: *»Ein zweites Dolgenbrodt?«*. Das Sozialministerium von Brandenburg will jetzt eine für alle annehmbare Lösung finden und einen Runden Tisch ins Leben rufen, an dem neben Dorfbewohner/innen, Gemeindepolitiker-Innen auch Vertreter/innen jüdischer Gemeinden teilnehmen sollen. Der Vorsitzender der jüdischen Gemeinde zu Berlin, **Andreas Nachama**, sagte, daß mit der Haltung von Gollwitz, keine jüdischen Menschen aufzunehmen, der 1945 besiegt geglaubte Antisemitismus in der BRD einen neuen Höhepunkt gefunden hat. Inzwischen hat die Gemeinderatsversammlung die antisemitische Entscheidung zurückgezogen. Es laufen vorrangig Gespräche, wie der Ruf der Gemeinde wieder glatt gebügelt werden kann, und zweitrangig, wie mit antisemitischen Bevölkerungsteilen umgegangen werden soll. Wo die jüdischen Aussiedler in Zukunft untergebracht werden, ist ebenso unklar, wie es in Zukunft werden wird, wenn sich nach Dolgenbrodt und Gollwitz die Menschen ganzer Dörfer und Gemeinden gegen Ausländer/innen, Flüchtlinge und Andersdenkende stellen.

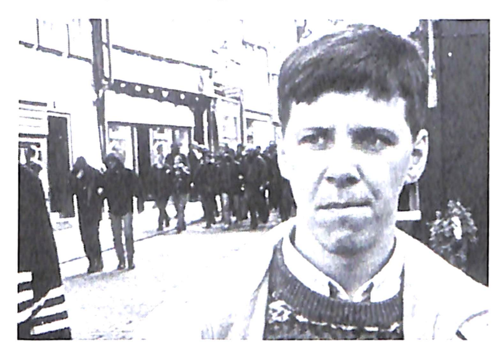
Punks überfallen

BeZe 20.9.'97 - Am 18. September 1997 überfielen etwa 20 Nazis die Punk-Band »Beer Death« in ihrem Proberaum im Kulturzentrum »Volkshaus« in Pritzwalk. Acht Bandmitglieder wurden dabei schwer verletzt. Obwohl mehrere Anwohner die Polizei im Vorfeld über die Anwesenheit der Nazi-Truppe informiert hatten, erschien diese erst, als einige Jugendliche persönlich zum Polizeirevier kamen und die ersten Opfer schon im Krankenhaus behandelt wurden. Nachdem 24 Kriminalisten mit der Täter-Fahndung beauftragt worden waren, wurden 18 Täter aus Prignitz, Potsdam und dem Teltow-Fläming-Kreis ermittelt. Neun von ihnen landeten in Untersuchungshaft, gegen vier wurde Haftbefehl erlassen und einer von ihnen ist noch flüchtig.

Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Bremen, Meck-Pom, Hamburg, Schleswig-Holstein

Aufmarsch in Ludwigslust

jW 28.8.`97 - In der Nacht auf den 23. August 1997 sind in Ludwigslust ca. 150 Neonazis im Alter von 17 - bis 22 Jahren aufmarschiert, die zum größten Teil extra aus Norddeutschland angereist waren. Die Polizei will nach eigener Auskunft den Aufmarsch sofort gewaltlos verhindert haben. Aber nach Angaben eines Augenzeugen konnten die Nazis eine ganze halbe Stunde ungehindert mit Fackeln und Transparenten durch die Ludwigsluster Innenstadt maschieren und lösten sich dann von alleine auf ohne jegliches Eingreifen der Polizei.



vorne: Frank Rennicke
hinten: autonome Antifas

Zuvor hatten sich etwa 60 Neonazis in Elden nahe Ludwigslust getroffen, um dort ein Konzert des rechten Liedermachers **Frank Rennicke** zu besuchen, das aber ausfiel.

Erfolg gegen die Landsmannschaft Ostpreußen

jW 8./ 11.9.`97 - Nachdem eine Bündnis-Demonstration gegen die Ehrenmalfeier der ***Landsmannschaft Ostpreußen*** in Göttingen verboten wurde, formierten sich am 7. September 1997 trotzdem spontan etwa 250 Antifas zu einer Demonstration zum Ehrendenkmal. Dabei kam es zu »Rangeleien« mit der Polizei, was zur Folge hatte, daß die Polizei Transparente, Sonnenbrillen und Filme beschlagnahmte. Die Reaktion der Landsmannschaft auf diese Gegendemo war, daß sie in Zukunft auf ihre Ehrenmalfeier in Göttingen verzichten werden. Dazu erklärte der Vorsitzende der Göttinger Gruppe des Vertriebenenverbands, **Alfred Wermeke**, daß dies keinesfalls erfolgte, weil man sich dem Druck der »Chaoten« beugen wolle. Er erklärte weiter, man sei sich einfach zu schade, diesen »Vereinigungen« Gelegenheit zu »Randale und Gewalt« zu geben - auf Kosten der Steuerzahler. Die *CDU* und die ***Junge Union*** bedauerten diese Entscheidung, während die Bündnisgrünen den Rückzug der Landsmannschaft als Erfolg werteten.

Anschlag auf BdV Haus

INTERIM 18.9.`97 - In der Nacht auf den 4.September 1997 haben »einige Autonome« einen Brandanschlag auf das Haus der dortigen ***Bund der Vertriebenen (BdV)*** - Kreisgruppen verübt. Sie begünden ihr Vorgehen mit einer Erklärung, in der es u.a. heißt, der BdV sei eng verbunden mit der ***CDU/CSU*** und erhalte Unterstützung von der Bundsregierung in Millionenhöhe. Dazu gebe es eine enge Zusammenarbeit mit faschistischen Gruppierungen, und es komme oft vor, daß Mitglieder Artikel für faschistische Zeitungen schreiben, wie z. B. für die ***Junge Freiheit***.

Nazi-Flugblattaktion

taz 11.8.`97 - 20 Nazis, u.a. **Thekla Kosche**, verteilten am 9. August 1997 in der Lübecker Innenstadt Flugblätter. Während des Verteilens beleidigten sie noch die paar Passanten, die sich negativ über ihr Flugblatt äußerten. Als dann die Polizei anrückte, konnten 13 Nazis fliehen und der Rest wurde in Gewahrsam genommen. In dem Flugblatt wurde der ehemalige **Hitler** Stellvertreter **Rudolf Hess** als »Märtyrer des Friedens« dargestellt. Verantwortlich für dieses Flugblatt zeichnete das ***Komitee Rudolf Hess 1997***.

BdV im Rundfunkrat

JF 26.9.`97 - **Elfriede Hofmann**, die Landesvorsitende des ***Bundes der Vertriebenen (BdV)*** von Sachsen - Anhalt, wurde in den Rundfunkrat des Landes gewählt.

Demo gegen Nazi-Aktivisten

AN 18/97 - Am 23. August 1997 demonstrierten etwa 100 Antifas in Lübeck-Moisling gegen den langjährigen Nazi-Kader **Ulrich Schwetasch** (u.a. ***NPD***). Schwetasch hatte zeitgleich eine Gegendemo des ***Bündnis Rechts für Lübeck*** angemeldet, welche aber nicht stattfand.

Ulrich Schwetasch



stellt. Unter den Verhafteten befand sich eine 22jährige Berlinerin, die Nazi-CDs verkaufen wollte.
★ In Northeim (Niedersachsen) fand ein »Antifa-Kulturspektakel« mit einem »Rock gegen Rechts« statt.

14. September - In Berlin fand zum achten Mal der »Aktionstag gegen Rassismus und Faschismus« statt. In der Gedenkstätte Plötzensee gedachten rund 200 Menschen den Opfern des Faschismus.

15. September - In Frankfurt / Oder stiegen zwei Deutsche auf ein Baugerüst und riefen Nazi-Parolen. Beide wurden vorläufig festgenommen.

17. September - Vier Polizisten wurden in Berlin-Marzahn verletzt, als sie gegen parolenbrüllende Jungnazis in einer Wohnung in der Rabensteiner Straße vorgingen. Von sieben Personen wurden die Personalien aufgenommen.
★ Am späten Abend wurde der jüdischer Friedhof in Berlin-Prenzlauer Berg geschändet. Die Täter warfen 28 Grabsteine um.
★ Der 35jährige Maurer Stefan S. wurde zu drei Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt. Er hatte von seinem Balkon in der Moabiter Waldstraße ausländische Kinder rassistisch beschimpft und dann mit seiner scharfen Waffe beschossen. In seiner Wohnung fand die Polizei u. a. Naziorden.

18. September - In Berlin-Treptow wurde im PDS-Haus in der Kiefholzstraße 275 eine Ausstellung zu den NS-Jugendkonzentrationslagern eröffnet. Am nahegelegenden S-Bahnhof Baumschulenweg verteilten Nazis aus dem Bezirk Flugblätter. Ob es einen Zusammhang mit der Ausstellungseröffnung und den Nazis am S-Bahnhof gab, ist nicht klar.

19. September - Sechs Nazis prügelten in Halle/Saale einen Iraker mit Knüppeln krankenhausreif. Zwei von ihnen wurden festgenommen.
★ Im Raum Leipzig fand ein Stammtisch der DVU statt. Infos 0911-261258.

20. September - In Reichenbach griffen zwei Deutsche zwei Asylbewerber mit Flaschen an und verletzen sie schwer.
★ Bereits am 22. Januar 1997 wurde in Frankfurt / Oder ein polnischer Jugendlicher von fünf Nazis schwer mißhandelt. Nun erhielten vier Rassisten Haftstrafen zwischen sechs und zehn Monaten auf Bewährung und Strafarbeit. Die fünfte Täterin wurde »verwarnt« und muß 80 Stunden gemeinnützig arbeiten.

21. September - In einer Wohnung in Erkner riefen fünf Nazis Parolen und verletzten bei ihrer Festnahme vier Polizisten und beschädigten einen Polizeiwagen.
★ In Hoyerswerda griffen drei Jugendliche zwei Obdachlose an und schlugen sie zusammen.
★ In Kaufbeuren (Bayern) fand ein DVU Stammtisch statt, Infos: 038 341 / 83 11.

★ Bei einer erneuten Kundgebung gegen die Wehrmachtsausstellung in Marburg (Südhessen) erschienen neben Rechtsterrorist Manfred Roeder nur weitere 15 Neonazis. An einer antifaschistischen Gegenkundgebung nahmen etwa 200 Menschen teil.

22. September - In Neubrandenburg begann die Antirassistische Woche 1997.

25. September - Über 100 Menschen beteiligten sich an einer antirassitischen Kundgebung vor dem Hotel der Konzern-Kette »SORAT« in der Berliner Joachimstaler Str. 29, um u.a. gegen die rassistischen Chip-Kartensysteme zu protestieren, an denen sich SORAT maßgeblich beteiligt. Die Flüchtlinge in Berlin können derzeit nur in zwei (!) Supermärkten in ganz Berlin mit Lebensmittelkarten einkaufen. SORAT und die Zuliefererfirma SPAR machen mit überzogenen Preisen und mit dem Verkauf von verdorbener Ware riesige Geschäfte. Auf ein Zentrallager der Handelskette SPAR gab es in Brandenburg im August 1997 einen Brandanschlag, bei dem auf die Verstrickung von SPAR mit dem rassistischen System aufmerksam gemacht wurde. Am 3. Oktober 1997 zündeten Autonome Gruppen in Berlin ein Supermarkt der Kaisers Kette an, welche ebenfalls plant, sich an dem System zu beteiligen.

26. September - Die »antifaschistische Nadelstichgruppe« bewarf die DVU-Zentrale in München mit 12 Farbeiern und sprühte Parolen an das Haus
★ Der Kreisverband der DVU von Mönchen-Gladbach / Viersen (NRW) will einen DVU Stammtisch gründen: DVU, c/o Postfach 13 53, 50142 Kerpen-Horrem.
★ Die Gedenkstätte in Sachsenhausen (Brandenburg) verfällt zunehmend, wegen Einsturzgefahr mußten weitere Gebäude geschlossen werden.

Termine 97/98

(Achtet auf aktuelle Ankündigungen)

9. November 1997
★ geplant: Demo in Gollwitz (s. Seite VI der Chronik).
★ »Traditionelle« antifaschistische Demo in Berlin-Moabit.

22. November 1997
★ Demo in Berlin, da vor 5 Jahren Silvio Meier von Nazis getötet wurde.

6. Dezember 1997
★ Antifa-Demo in Frankfurt / Oder gegen JN-Funktionär, Jörg Hähnel.

★ 19. Dezember 1997
»Rock gegen rechts« in Nürnberg. Im »KOMM«, vom 19. - 21. November 1997

Januar 1998
★ LL-Demo in Berlin, mit Antifa-Block

7. Februar 1998
★ NPD-Kongreß in Passau (Bayern).

NRW, Rheinland-Pfalz, Hessen, Saarland

Keiner will I.G. Farben

taz 13.8.'97 - Frankfurter Hotels weigerten sich, die Hauptversammlung des Unternehmens auszurichten, und die ***I.G. Farben*** hatten so keinen Veranstaltungsort für ihre Hauptversammlung am 22. August 1997 gefunden. Das Arabella Congress Hotel stellte seine Räume aufgrund von Widerstand nicht zur Verfügung, u.a. hatten Gewerkschaften und Firmen, die diese Räume häufig nutzten, mit Boykott gedroht. Andere Gaststätten und Kongreßzentren hatten der I.G. Farben i.A. schon vorher abgesagt. Die Kampagne »Nie Wieder!« wertete die Vertragskündigung als Beleg für die zunehmende Ächtung des Unternehmens.

JN angegriffen

Interim, NIT 18./23.9. '97 - Der von **Sascha Wagner** genutzte Pkw (Halterin **Nicole Raddaz**, ***JN*** Funktionärin), wurde von AntifaschistInnen stillgelegt. Ihnen fielen größere Mengen an Nazipropaganda (u.a. CDs, Zeitschriften, T-Shirts und Aufkleber) in die Hände. Außerdem wurden am 6. September 1997 sieben Nazis, unter ihnen der stellv. hessische JN-Landesvorsitzende, von AntifaschistInnen mit Knüppeln angegriffen. Die Antifas konnten unerkannt verschwinden.

Onkelz Konzert



Onkelz-Fans in Essen

AN 18.9. '97 - Trotz erheblicher antifaschistischen Proteste, fand am 7. September 1997 in Essen im Georg-Melches-Stadion ein Konzert der ***Böhsen Onkelz*** statt. Unter den Zuschauern waren mehrere hundert Hooligans und Skinheads, rund 150 davon allein von der ***Ruhrfront***. Im Vorfeld des Konzerts fand öffentlich eine inhaltliche Auseinandersetzung, deren Höhepunkt eine Podiumsdiskussion mit 250 Zuschauern (50% Onkelz Fans) war, statt.

Repression gegen Antifa

Antifa 31.8.'97- Am 29.August '97 fand bei einer Antifaschistin aus dem Raum Saarlouis ab 8.0 0Uhr morgens eine Hausdurchsuchung statt. Der richterliche Durchsuchungsbeschluß bezog sich auf eine Sachbeschädigung. Mit dabei waren die zwei Staatsschützer des ***LKA*** Saarbrücken ***Raber*** und ***Weiland***. Seit Jahren ist KOK Weiland dafür bekannt, mit besonderem Eifer linken Widerstand in der Region zu bekämpfen, z.B. belastete er vor mehreren Jahren eine Frau bei einem Prozeß mit einer Falschaussage, die aber aufflog. Pech, auch diesmal wurde weder in der Wohnung, noch in einem PKW von die Polizei irgendwas sichergestellt. Bereits in der Woche davor wurden drei BesucherInnen des Infoladens »Bambule« wegen angeblicher Steinwürfe auf das Fahrzeug des Faschisten **Frank Mailänder** zum Saarbrücker Staatsschutz vorgeladen.

Berichtigung

Der Rechte Rand #48 - In der letzten ***WGA*** wurde **Irina Beikert** in dem Artikel *»Repression gegen Antifa-Veranstaltung«* als Mitglied im ***JN***-Bundesvorstand bezeichnet. Das ist falsch. Im Mai fand der 26. Bundeskongreß der JN im oberpfälzischen Roding statt. Hier der aktuelle Bundesvorstand: **Holger Apfel** bleibt Bundesvorsitzender, Stellvertreter sind **Jürgen Distler** und **Achim Ezer**, Bergisch Gladbach. Der bayerische Landesvorsitzende und ehemalige Aktivist des 1993 verbotenen ***»Nationalen Block«***, **Sascha Roßmüller**, Landau, wurde weiterer Vize anstelle von **Andreas Storr**, Berlin.

Storr, Vorsitzender des Landesverbandes Berlin-Brandenburg, der ehemalige Hamburger Landesvorsitzende **Jan Zobel** und **André Goertz** sind mit ihrem in Gegnerschaft zur straighten NS-Linie entstandenen Konzept des *»progressiven Nationalismus«* endgültig gescheitert. Ihr Konzept ist weder im Bundesvorstand, noch in der Redaktion der ***»Einheit & Kampf«*** länger vertreten. Beisitzer sind Bundesgeschäftsführer **Frank Amberg**, Burscheid, Bundesschatzmeister **Andreas Weber**, Wuppertal, **Sascha Wagner**, Herzogenrath, **Jens Pühse**, Freising, Bundespressesprecher **Klaus Beier**, Miltenberg, der Liedermacher **Jörg Hähnel**, Frankfurt/Oder, **Steffen Hupka**, Quedlinburg, und **Oliver Händel**, Köln. Neu hinzugekommen ist **Alexander Delle**, Schatzmeister des ***NPD***-Landesverbandes Baden-Württemberg. Ausgeschieden ist neben Andreas Storr die Oberstufenschülerin Irina Beikert aus Laudenbach. Als Gastredner sprach der 53jährige Berliner **Frank Schwerdt**, Vorsitzender der neonazistischen Regionalorganisation ***»Die Nationalen e.V.«***, Herausgeber der ***»Berlin-Brandenburger Zeitung«*** und Koordinator des fünf weitere Zeitungen umfassenden ***»nationalen Medienverbundes«***. Schwerdt ist seit kurzem auch wieder Mitglied der NPD.

die sich ansonsten vehement voneinander abgrenzen, sitzen dort in trauter Eintracht und sammeln gemeinschaftlich Unterschriften gegen die Ausstellung. Als Multiplikatoren und überregionaler Unterstützerkreis fungieren die ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR KAMERADENWERKE UND TRADITIONSVERBÄNDE (Stuttgart), die AKTIONSGEMEINSCHAFT PAULSKIRCHE, die im Frühjahr die Hetze gegen die Ausstellung in Frankfurt angeführt hatte, die DEUTSCHLANDBEWEGUNG des Oberstleutnant a.D. ALFRED MECHTERSHEIMER sowie die einschlägigen rechten Gazetten von JUNGE FREIHEIT bis NATION UND EUROPA.

In seinen Schriften bedient sich der FfS u.a. bekannter nazistischer Klischees, bspw. durch die Behauptung, das »*deutsche Volk*« solle mit der »*Sühnekrankheit*« und dem »*singularen Schuldkomplex infiziert*« werden, wogegen »*der herbeigerufene Dr. Sibub*« (gemeint ist Ignaz Bubis) »*als Gegenmittel die Wiedergutmachung durch Geldzahlungen*« verschreiben würde.[2]

Um den Mythos der anständigen Wehrmacht am Leben zu erhalten, greift der FfS gerne auf die Argumentation halbseidener Historiker und rechtsextremer Gruppen zurück. In einem Artikel in der Zeitschrift STIMME DES GEWISSENS (herausgegeben vom WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS), der vom FfS weiterverbreitet wurde, heißt es bezüglich der angeblich 500.000 Wehrmachtssoldaten, die von »*Ostpartisanen*« getötet worden sein sollen: »*...aber diese Zahl hätte die Deutschen bei einem Verhältnis 1:10 berechtigt, dafür 5 Millionen Zivilisten als Geiseln zu erschießen*« und weiter »*was die Geiselerschießungen betrifft, so haben die Amerikaner in einigen Regionen ein Verhältnis von 1:25 angedroht, die Italiener in Albanien gar 1:200*«. Im Klartext: Da war die Zivilbevölkerung ja noch gut bedient und müßte sich eigentlich bei der Wehrmacht bedanken.

Daß die Propaganda und die Bündnisbemühungen der FfS, sowie deren Ankündigung einer »*Demonstration in Würde*« für den 14. September vor dem Ausstellungsgebäude, verschiedenen Neonazigruppen den Weg ebnen würden, war vorprogrammiert. Die Neonazis aus der Umgegend hatten die Ausstellung schon frühzeitig zur Chefsache erklärt und zu weiteren Aktionen aufgerufen. Allen voran MANFRED ROEDER, seit Jahren schon reisender Provokateur in Sachen Wehrmachtsausstellung und ROY GODENAU, ein antisemitischer Verschwörungstheoretiker mit psychopathischen Zügen und besten Verbindungen zur internationalen High-Society der Revisionisten (siehe AIB Nr. 25). Organisatorisch war er in den letzten Jahren in Kreisen der FAP und der Republikaner zu finden.

Um negative Schlagzeilen zu vermeiden verbot CDU-Oberbürgermeister Möller mit der Universalbegründung »Gefährdung der öffentlichen Sicherheit« kurzerhand die für den 14. September angemeldeten Für- und Gegenveranstaltungen: Die »Demonstration in Würde« der FfS, eine »Mahnwache« von Roeder sowie eine Kundgebung antifaschistischer Gruppen. Daraufhin sprang EIKE ERDEL, Mitglied des FfS und Vorsitzender des Marbuger RHV, in die Bresche und ließ sich vom Verwaltungsgericht eine vom RHV ausgerichtete »Kranzniederlegung« genehmigen. Auch eine Kundgebung des DGB konnte nach Gerichtsbeschluß vom 12. September zur selben Zeit am selben Ort stattfinden.

Bei der Eröffnungsveranstaltung der Ausstellung am 12. September vor 900 geladenen Gästen, bezogen Godenau und ca. 15 Neonazis, u.a. aus den Reihen der SAUERLÄNDER AKTIONSFRONT (SAF), vor der Ausstellung Position, um Pappschilder in die Luft zu halten und Flugblätter zu verteilen, in denen sie die Macher und UnterstützerInnen der Ausstellung als »*rote Berufshetzer*«, »*geisteskranke Stalin-Fans*« und »*moralisch schwachsinnige Kriminelle*« beschimpften. Die Gäste der Veranstaltung liefen ohne hörbaren Protest durch ein Spalier flugblattverteilender Neonazis und wurden am Eingang vom SAF-Möchtegernführer und Anti-Antifa-Aktivisten ANDREE ZIMMERMANN fotografiert.

Die sonntägliche Kranzniederlegung des RHV, an der ca. 50 Personen teilnahmen, konnte nur unter dem Schutz von insgesamt ca. 500 Polizisten stattfinden und war nach wenigen Minuten beendet. Nur 100 Meter entfernt, vor dem Ausstellungsgebäude, protestierten 300 AntifaschistInnen. Roeder und Godenau, die sich mal wieder im Pappschild-Hochhalten übten, wurden angegriffen und erlitten Kopfverletzungen, für Roeder endete der Tag im Krankenhaus.

Peinlich gestaltete sich ein Aufzug der SAF, die sich unbemerkt von der Polizei am Stadtrand sammelte und in Richtung Ausstellungsgebäude marschierte. Bevor sie dort von den Antifas in Empfang genommen werden konnten, ließen sich die 50 Neonazis, von einem einzelnen Polizisten bereitwillig den Weg in eine abseits gelegene Straße weisen, wo sie die nächsten zwei Stunden im Polizeikessel verbrachten. Nachdem sie über Umwege zu ihren Fahrzeugen geführt wurden, mußten sie laut klagend feststellen, daß einige ihrer Autos schwer beschädigt, z.T. auch ausgebrannt, waren.

Reaktionen und Nachwirkungen

Die zu Krawallen hochstilisierten Auseinandersetzungen vom 14. September riefen umgehend die breite Allianz der Anti-Extremisten auf den Plan, die sich gegenseitig die Stichworte in den Mund legten und betroffen über die »*unglaublichen Szenen*« von Marburg zeigten. Doch damit war weder der Auftritt von Andree Zimmermann gemeint, der gänzlich ungehindert die BesucherInnen der Eröffnungsveranstaltung für seine Kartei fotografieren durfte, noch die Provokationen von Godenau und Roeder, die die AusstellungsbesucherInnen wie auch die Opfer des Faschismus beleidigten und verhöhnten.



»Kulturschaffende« auf dem Aufmarsch der SAF am 14. September in Marburg: BERND STEHMANN aus Bielefeld, alter GdNF-Kader und heute Herausgeber des Skinzines UNSERE WELT (ganz links hinten); daneben JENS HESSLER aus Lingen, Betreiber des JENS-HESSLER-TONTRÄGERVERSANDES; ganz rechts STEPHAN HAASE, Mittbetreiber des DONNER-VERSANDES in Lüdenscheid.

Statt dessen entwickelte sich eine öffentliche Hetze gegen die »*angeblichen Antifaschisten*«, die einen »*Anlaß oder nur einen Vorwand*« für »*Randale*« gesucht und dadurch Märtyrer geschaffen hätten.[3] Roeder und Godenau, die zielgerichtet angegriffen worden waren, wurden so zu Opfern erklärt und die Realität wurde damit völlig auf den Kopf gestellt. Denn bei beiden handelt es sich um militante Hetzer, die aus ihrer menschenverachtenden Gesinnung keinen Hehl machen. Roy Godenau forderte z.B. in einem Leserbrief in der Neonazi-Postille DER SCHEINWERFER uneingeschränkte Solidarität mit Saddam Hussein, denn: »*Der Feind unserer Feinde ist unser Freund*« und





oben: *Anti-Antifa-Wichtigmacher Andree Zimmermann am 14. September*
unten: *Manfred Roeder und Roy Godenau spielen Märtyrer und freuen sich*



deswegen könne es *»ja Wurst sein«*, wieviel KurdInnen dieser durch Giftgasangriffe habe ermorden lassen.[4] Roeder betätigt sich seit beinahe zwei Jahrzehnten als nimmermüder Propagandist der Gewalt. Darüber, daß seine Handlanger 1980 ein von Vietnamesen bewohntes Haus in Hamburg anzündeten und zwei Menschen ermordeten, muß er auch als Vorreiter neonazistischer Mordbrennereien gesehen werden. Erst vor wenigen Monaten rief er dazu auf, *»die Ehre des Vaterlandes«* in Marburg *»notfalls mit der Faust«* zu verteidigen.[5]

Die Suche nach den Verantwortlichen der Auseinandersetzungen wurde indes ausgeweitet. SPD-Innenminister Bökel mochte auch das Gericht, welches die Demonstrationen genehmigt hatte, nicht aus der Verantwortung nehmen und äußerte die Hoffnung, daß *»diese Ereignisse«* die Gerichte *»animieren«* würden, bei künftigen Fällen den *»Verbotsverfügungen auch zu folgen«*.[6] Die Medien und OB Möller indes nahmen die Polizei, deren Aufgabe es gewesen wäre *»alle die demonstrieren, zu schützen«*[7] und die sich durch einen *»Überraschungsangriff«* überlistet sah, in die Kritik.

Die Vehemenz der Schuldzuweisungen überrascht nicht. Sie ist Ausdruck des immer schärfer werdenden innenpolitischen Klimas, in dem Grundrechte rasant abgebaut werden und polizeistaatliche »Null Toleranz«-Strategien zukunftsweisend sind. Das gerade diese Modelle, die mit dem staatlichen Rassismus einhergehen, den Ultrarechten politischen Background vermitteln, darüber wird ebenso hinweggetäuscht wie über die Allianzen, die den Rechten und Neonazis auch diesmal organisatorischen Rückhalt geboten haben. Die Thematisierung dieser Allianzen, geschehen durch die von Marburger AntifaschistInnen herausgegebene Broschüre »Wehrsportgruppe Marburg«, gelangte – trotz aller Brisanz und Fundiertheit des Inhaltes – bisher nur ansatzweise in die öffentliche Diskussion. Daran mißt sich auch die Schwäche fortschrittlicher Kreise, die sich angesichts der gebetsmühlenartig vorgetragenen Extremismus-Vorwürfe teils eingeschüchtert und teils opportunistisch zeigen, mit gegenseitiger Abgrenzung beschäftigt sind und es darüber hinaus versäumen, politisch relevante Inhalte zu plazieren.

Am 21. September bekam die vielgescholtene Polizei die Gelegenheit zur Rehabilitierung. Ein Großaufgebot von über 500 BeamtInnen geleitete insgesamt 15 (in Worten: fünfzehn) Neonazis unter Anführung von Roeder zum Ausstellungsgebäude, wobei die eingeforderte harte Linie wirkungsvoll umgesetzt wurde. 200 protestierende AntifaschistInnen sahen sich einer Rundumüberwachung durch die Polizei ausgesetzt, die auch keinen Zweifel daran ließ, gegen jede Störung vorzugehen.

Ein ähnliches Bild bot sich am 27. September im Marburger Vorort Cappel, wo die FfS zur Saalveranstaltung geladen hatte. Es sprachen Brigadegeneral a.D. Reinhard Uhle-Wettler, der rechtsextreme Multifunktionär Hans-Ulrich Kopp und Alfred Mechtersheimer. Unter den 80 Gästen befanden sich u.a. Götz Kubitschek aus Heidelberg, Wortführer der Aktionsgemeinschaft Paulskirche, sowie Roy Godenau und seine Frau Ingeborg Godenau, eine Kreistagsabgeordnete der Republikaner. Die antifaschistische Protestkundgebung hatte nur symbolischen Charakter und war vor Beginn der Veranstaltung bereits beendet.

Die Tatsache, daß den Aufrufen der FfS und des RHV am 14. September an die 100 Personen folgten, war zumindest für die Republikaner ein weiterer Schritt aus den Hinterzimmern auf die politische Bühne. In Anbetracht der breiten Mobilisierung zu den *»sehr gut und vielversprechend«* organisierten *»Gegenveranstaltungen«* (Kubitschek)[8] war die Resonanz jedoch mäßig. Über den tatsächlichen politischen Einfluß der schwarzbraunen Allianzen sagt dies allerdings wenig aus. Daß die SAF, trotz »Verstärkung« aus dem Ruhrgebiet, dem Emsland und aus Ostwestfalen, nicht mehr als 50 Personen auf die Beine brachte, mag Ausdruck einer momentanen Phase von Demotivation und daraus resultierenden Mobilisierungsschwächen sein. Daß der Aufruf des Manfred Roeder, der als Trotzreaktion auf die Antifa-Aktionen gedacht war, nur 15 Personen erreichte, zeigt, wie weit sich die Selbstdarsteller Roeder und Godenau von der Basis entfernt haben. Die Notwendigkeit antifaschistischer Gegenmobilisierung wird dadurch jedoch nicht geringer und das Beispiel Marburg unterstreicht, wie wichtig es nach wie vor ist, den Rechten und Neonazis nicht die Straße zu überlassen. ■

Leseempfehlungen:

»Wehrsportgruppe Marburg – Militaristen, Kameraden, Seilschaften und Traditionsverbände in Marburg«, erhältlich für 4 DM + Porto bei: Bürgerinitiative gegen Geschichtsrevisionismus c/o Infoladen, Metzgergasse 1b, 35037 Marburg.

Johannes Klotz: »Anständige Leute«, Zur Auseinandersetzung um die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944«. Beitrag aus Johannes Klotz / Ulrich Schneider: »Die selbstbewußte Nation und ihr Geschichtsbild – Geschichtslegenden der Neuen Rechten«, Papyrossa Verlag, Köln 1997

Anmerkungen:

1) aus einer Selbstdarstellung des FfS, vgl. Broschüre Wehrsportgruppe Marburg
2) Flugblatt »Protest 2« der FfS, Juli 1997
3) Hessenschau, 14.9.1997
4) Roy Godenau in: Der Scheinwerfer 15.9.1990
5) Manfred Roeder in: Deutsche Bürgerinitiative Nr.4, 1997
6) Innenminister Gerhard Bökel in: Hessenschau 14.9.1997
7) Oberbürgermeister Dietrich Möller in: Hessenschau, 14.9.1997
8) Brief der Aktionsgemeinschaft Paulskirche, September 1997



»Law and Order«-SPD im Dialog mit Nazis

Der Wahlkampf von Hamburg und wohin er führt

Kaum flimmerten die ersten Hochrechnungen der Hamburger Bürgerschaftswahl 1997 über den Fernsehschirm, waren die Medien aufgeschreckt, und die PolitikerInnen von SPD bis CDU zeigten scheinheilige Betroffenheit: Laut ersten ZDF-Hochrechnungen hätte die DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU) 5,4 Prozent der Stimmen erhalten, was acht Mandanten entsprochen hätte. Nach dem endgültigen amtlichen Wahlergebnis fehlten der DVU gerade 190 Stimmen, um in die Bürgerschaft einzuziehen, und die SPD fiel auf 36,2 Prozent. Das war ihr schlechtestes Wahlergebnis in Hamburg nach 1945. Neben der DVU zählen die CDU mit 30,7 Prozent und die GAL mit 13,9 Prozent zu den Gewinnerinnen der Hamburger Wahl. Noch am Wahlabend trat SPD-Bürgermeister Henning Voscherau zurück. Den Wahlerfolg der DVU bezeichnete er als Ausdruck einer *»brachialen Grundstimmung«*, die auch er im Wahlkampf zu spüren bekommen habe.

Daß die MacherInnen dieser »brachialen Grundstimmung« Namen und Anschriften haben, betonten RednerInnen der spontanen Demonstration, die sich nach der ersten Hochrechnung vor dem Kriegerdenkmal am Dammtor-Bahnhof versammelten. Freude kam bei den ca. 1000 DemonstrantInnen nur auf, als Voscheraus Rücktritt bekannt wurde.

Ein Sprecher der Demo meinte: *»Vor allem Henning Voscherau mit seiner unverantwortlichen Law & Order Kampagne hat den Wahlsieg der DVU ermöglicht.«*

Im Congreßcentrum Hamburg (CCH), dem von der Polizei geschützten Wahlzentrum, war von der SPD allerdings keine Selbstkritik zu hören. Voscheraus Nachfolger ORTWIN RUNDE versicherte, daß nicht das Thema Innere Sicherheit der SPD den Mißerfolg beschert habe und außerdem: *»Das Thema wurde doch nicht von uns hochgefahren. Das haben die Wähler, verstärkt von den bereitwillig darauf abfahrenden Medien, uns abgefordert.«*

D'accord mit der Hamburger SPD betonte der CDU-Spitzenkandidat OLE VON BEUST, daß die *»Sorgen und Ängste wegen der gestiegenen Kriminalität«* von der Politik zu spät ernst genommen worden seien, und der CDU-Bürgerschaftsabgeordnete JOHANNES MERTEN sagte: *»Wir haben vielleicht den Fehler gemacht, die Ängste vor der Kriminalität von unserer Seite aus nicht deutlich genug zu machen.«*

Im CCH ließ der Spitzenkandidat der DVU, HEINRICH GERLACH, den schnell eingeflogenen DVU-Bundesvorsitzenden GERHARD FREY das Wort führen. Frey betonte, daß *»die Wähler sich nicht täuschen lassen«* und *»lieber das Original wählen«*. Bevor Gerlach Spitzenkandidat der DVU in Hamburg wurde, profilierte sich der 49jährige Kaufmann und Maschinenbauer als Wahlkampfleiter und Landeschef der DVU in Schleswig-Holstein. Nicht ohne Erfolg: 1992 zog die DVU in das Kieler Landesparlament ein. Unter Gerlachs Leitung gelang es der DVU ebenso, in der Bremer Bürgerschaft Platz zu nehmen. Zu ihren Inhalten wie *»Hamburg den Deutschen, Istanbul den Türken«* und *»Deutsche zuerst«* meinte das einstige NPD-Bundesvorstandsmitglied Gerlach: *»Wir sind eine ganz normale Partei.«*

Die DVU-Stimmengewinne gingen vor allem auf Kosten der Reps, die 1993 noch 4,8 Prozent der Stimmen erhalten hatten und jetzt mit Spitzenkandidat und Landesvorsitzendem HANS FIEDLER auf 1,9 Prozent abfielen.

Mit Parolen zur Inneren Sicherheit und sozialen Frage wie *»Arbeit zuerst für Deutsche«* und *»Sicherheit durch Recht und Ordnung«* war auch die NPD angetreten. Von ihrer groß angekündigten Wahlkampfkundgebung am 13. September war allerdings nicht viel zu sehen. Unter der Parole *»Leistet Widerstand jetzt«* mobilisierte sie per Internet in die Hansestadt, wo jedoch an die 4.000 Menschen am Samstag unter dem Motto *»NPD-Aufmarsch verhindern«* und *»Die Koalition von Law & Order angreifen – Gegen reaktionäre und rassistische Politik vorgehen«*, gegen



Antifademo am 13. September '97 in Hamburg

den rechtspopulistischen Bürgerschaftswahlkampf demonstrierten. Statt dessen wichen die NPD und die JN in den Hamburger Stadtteil Hamm aus, wo sie eine Diskussionsveranstaltung mit Voscherau im Rahmen eines SPD-Stadtteilfestes störten. Geschützt von JN-Kader ACHIM EZER bestimmte JN-Funktionär ANDREAS STORR – unter zustimmenden Zurufen von »normalen« StraßenfestbesucherInnen für seine rechten Parolen – die Diskussion. STEFFEN HUPKA, Bundesvorstandsmitglied der JN, bewachte die Autos, und sein Vorstandskollege JENS PÜHSE sowie der JN-Pressesprecher KLAUS BEIER blieben im Hintergrund. Erst als die ca. 40 JNler, NPDler und Naziskins anfingen, Voscherau als *»Arbeiterverräter«* zu beschimpfen, brach dieser die Veranstaltung vorzeitig ab. Als die Polizei eine halbe Stunde später eintraf, waren die Überraschungsgäste bereits aus Angst vor den ankommenden AntifaschistInnen weggelaufen. In einer Presseerklärung verkaufte Beier den Tag als »Erfolg«, ganz im Gegensatz zu dem NPD-Wahlergebnis von 0,1 Prozent, das sowohl die JN als auch der Hamburger NPD-Landesvorsitzende totschwiegen.



Will das Wahlergebnis anfechten: DVU-Bundesvorsitzender Gerhard Frey

Auch der BUND FREIER BÜRGER mit Spitzenkandidat KRISTOF BERKLING blieb mit 0,3 Prozent hinter seinen Erwartungen zurück. Da halfen weder MANFRED BRUNNERS persönlicher Einsatz und Diskussionen mit Prominenten aus dem national-liberalen Spektrum wie HEINER KAPPEL, noch das Herumreiten auf der Anti-Euro-Kampagne .

Auch wenn alle rechtsextremen und neofaschistischen Parteien den Einzug in die Hamburger Bürgerschaft verpassten, so schaffte die DVU es, in vier der sieben Bezirksparlamente einzuziehen bzw. in Bergedorf sogar Sitze dazuzugewinnen. Außer in den rechten Wahlhochburgen Harburg, Bergedorf und Mitte, sprang die DVU auch in Wandsbek über die 5-Prozent Hürde. Die Reps verloren ihre Sitze in Mitte und Harburg. Hätten sich die rechten Parteien zusammengetan, wären sie in den Bezirken allerdings teilweise auf über 10 Prozent gekommen und wären mit 8,2 Prozent in die Bürgerschaft eingezogen.

Laut der Wahlanalyse des Wahlleiters stimmten vor allem Männer unter 25 Jahren für die DVU, das sind 15% in dieser Altersgruppe. Die Rechten hätten ihre Stimmen in den klassischen Arbeitervierteln erhalten. Bereits vor den Wahlen sorgten sich die Autoren der JUNGEN FREIHEIT wegen der Vielzahl der rechten Kandidaturen, der nur ALFRED MECHTERSHEIMER etwas Positives abgewinnen konnte: Die Partei, die sich durchsetze, sollte zur Bundestagswahl von allen unterstützt werden, da eine *»nationale Alternative bisher fehlt«*. Das Wahlkampfthema Innere Sicherheit ist gefunden, die »nationale Alternative« noch nicht.

Die gängige Analyse der Hamburg-Wahl, daß die rechten Parteien keinen Stimmengewinn verbuchen konnten, ist reine Augenwischerei. Zum einen, weil der Wahlkampf immer mehr von allen Parteien mit rechten Stammtischparolen geführt wird.

Dadurch verschiebt sich das gesamte gesellschaftliche Klima weiter nach Rechts. Zum anderen hat sich ein rechtes Wahlpotential weiter konsolidieren können.

Bisher ist es den etablierten Parteien gelungen, die rechten WählerInnen durch die Aufnahme von rechten Forderungen und Parolen in ihre Politik – wie beispielsweise beim Thema Innere Sicherheit und Asyl- und Ausländerrecht – an sich zu binden. Doch dieses »Patentrezept« hat sich in Hamburg nicht mehr bewährt. Dort erhielten die rechten Parteien zusammen mehr als acht Prozent der WählerInnenstimmen. Sollte sich dieser Trend fortsetzen, bei dem momentan eine Nord-Süd-Aufteilung zwischen DVU im Norden und Reps im Süden als den stärksten rechtsextremen Parteien beobachtet werden kann, muß bei den nächsten Bundestagswahlen mit ähnlichen Ergebnissen wie in Hamburg gerechnet werden. ■



oben: Neonazis stören die SPD-Veranstaltung mit Henning Voscherau. Im Hintergrund Achim Ezer (links) und Andreas Storr (rechts).
unten: Kein Problem für die SPD? JN-Kader Andreas Storr spricht neuerdings auf ihren Wahlveranstaltungen.





»Beschleunigte Verfahren«

Praktische Tips für den Umgang mit den neuen gerichtlichen Schnellverfahren

Da immer mehr AntifaschistInnen in den letzten Monaten von den neuen sogenannten Schnellverfahren betroffen waren und absehbar ist, daß die Zahl der Schnellverfahren in der nächsten Zeit noch zunehmen wird, hat sich das AIB mit dem Berliner Ermittlungsausschuß und einigen RechtsanwältInnen zusammengesetzt, um Möglichkeiten aufzuzeigen, wie man/frau sich vor dem Schnellgericht verhalten kann. Wenn Ihr das alles zu kompliziert findet, um Euch die einzelnen Schritte zu merken: Schneidet den Artikel einfach aus, kopiert ihn und nehmt ihn auf Demos, Aktionen etc. mit, diskutiert ihn gemeinsam mit Eurer Gruppe.





Schnell, einfach, billig und gut – so oder ähnlich werben derzeit Justiz und Staatsanwaltschaften quer durch alle Bundesländer für das sogenante »beschleunigte Verfahren«, das im Folgenden als »Schnellverfahren« bezeichnet wird. Jahrelang hatten die Schnellverfahren eigentlich ein Schattendasein geführt. 1994 wurde dann mit dem sog. »Verbrechensbekämpfungsgesetz« den Staatsanwaltschaften und Amtsgerichten wesentlich weitgreifendere Möglichkeiten eingeräumt bei einfachen Tatvorwürfen wie »Verstoß gegen das Versammlungsgesetz«, »Widerstand«, »Landfriedensbruch« und »Sachbeschädigung« Schnellverfahren durchzuführen. In Berlin, aber auch in den neuen Bundesländern wie Brandenburg, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt wird seit Mitte diesen Jahres verstärkt versucht, nach Demonstrationen, Haus- und Baumbesetzungen und kleineren Aktionen, Festgenommene durch das Schnellverfahren abzuurteilen. Betroffen sind – wie bei den Baumbesetzungen in Suhl, den Häuserräumungen in Potsdam, bei der verbotenen Antifademo in Saalfeld etc. – vor allem Punks, Autonome und Antifas. Daß die Schnellverfahren vereinzelt auch gegen Nazis angewendet worden sind, sollte für uns wirklich kein Grund sein, sich über die Existenz dieser merkwürdigen Form der Rechtsprechung zu freuen oder sich nicht damit auseinanderzusetzen.

Erklärtes Ziel der »Schnellgerichtsverfahren« ist die schnelle Abschreckung von »TäterInnen«, da Kriminologen und Justiz davon ausgehen, daß Strafen nur dann *»erzieherisch wirksam«* und *»abschreckend«* seien, wenn die Strafe unmittelbar der Tat folgt. Darüber hinaus wird die Möglichkeit, mit AnwältInnen gegen eventuelle Strafverfahren nach Demos etc. vorzugehen (und dabei oft eine Einstellung der Verfahren zu erreichen) erheblich eingeschränkt. De facto werden durch die Schnellverfahren massenhaft Leute kriminalisiert und ihnen wird oft jegliche Möglichkeit genommen, sich dagegen zu wehren. Schnellverfahren sind ein wichtiger Baustein im Projekt »Innere Sicherheit«.

Angesichts der massenhaften Anwendung der Schnellverfahren sollten sich Gruppen und Leute, die Demos, Aktionen etc. planen, noch verschärfter schon vor einer Aktion Gedanken über die zeitweilige Einrichtung eines Ermittlungsausschusses, die Bekanntgabe der Telefonnummer und eine gute Zusammenarbeit mit RechtsanwältInnen machen. Darüber hinaus können auch Infoveranstaltungen zu Schnellgerichtsverfahren sowie zu den Grundsätzen wie man/frau sich nach einer Festnahme verhält, keinesfalls schaden. Am besten ist es, Ihr hinterlaßt unterschriebene Vollmachten und habt die Telefonnummer des Ermittlungsausschusses bzw. einer Anwältin/eines Anwalts dabei, bevor Ihr zur nächsten Demo aufbrecht. Daß der Grundsatz bei einer Festnahme, »Anna und Artur halten das Maul«, nach wie vor gilt, sollte eigentlich jeder und jedem klar sein, doch es gibt eben immer wieder Situationen, in denen auch erfahrene AktivistInnen überrumpelt sind und Mühe haben, sich an Verhaltensstandards zu erinnern. Eine dieser Situationen ergibt sich, wenn man/frau sich völlig unvorbereitet vor dem Schnellgericht wiederfindet.

Wie kommt es überhaupt zu Schnellverfahren?

Die Staatsanwaltschaft beantragt bei den zuständigen Richtern am Amtsgericht die Durchführung des »beschleunigten Verfahrens«, das im § 419



II der Strafprozeßordnung geregelt wird. Wenn der Richter zustimmt, droht den Betroffenen die schnelle Aburteilung. Im beschleunigten Verfahren dürfen nur Straftaten behandelt werden, die höchstens eine Haftstrafe bis zu sechs Monaten nach sich ziehen können. Ist die angedrohte Strafe für eine angeblich begangene Straftat höher, darf das Schnellgerichtsverfahren nicht angewandt werden. Auch bei Personen, die noch nicht 21 Jahre alt sind, darf das Schnellverfahren wegen der besonderen Bestimmungen des Jugendstrafrechts nicht angewandt werden (daran müssen einige übereifrige Staatsanwälte manchmal erinnert werden).

Also, was tun, wenn man/frau älter als 21 ist und nach einer Festnahme plötzlich damit konfrontiert ist, daß er oder sie vor ein Schnellgericht kommt?

Prinzipiell gilt: Auf jeden Fall darauf bestehen, daß Ihr das Euch zustehende Telefonat nach draußen bekommt: Entweder Ihr ruft beim Ermittlungsausschuß an oder bei einem Anwalt/einer Anwältin oder zur Not bei einem/einer FreundIn. Dabei müßt Ihr darauf achten, Euren Vor- und Nachnamen zu nennen, was Euch vorgeworfen wird, wann das Schnellgerichtsverfahren stattfinden soll und ob noch andere Personen betroffen sind (die eventuell keine Möglichkeit haben, selber zu telefonieren). Eure Chancen, dem Schnellgerichtsverfahren zu entkommen, steigen erheblich, wenn ein Anwalt/eine Anwältin von draußen versucht, dagegen vorzugehen. In den meisten Fällen, in denen Betroffene eine Anwältin/einen Anwalt hatten, konnten Schnellgerichtsverfahren bisher abgewandt werden. Sobald Ihr davon erfahrt, daß Ihr vor ein Schnellgericht kommen sollt, solltet Ihr außerdem schriftlich klarstellen, daß Ihr den Tatvorwurf bestreitet und daß der Sachverhalt nicht den gesetzlichen Voraussetzungen entspricht, die für ein beschleunigtes Verfahren gelten. Ihr müßt dann einen schriftlichen Antrag mit folgendem Wortlaut schreiben:

» Das beschleunigte Verfahren ist jedenfalls nur zulässig, wenn dem Beschuldigten ausreichende Zeit und Gelegenheit zur Vorbereitung seiner Verteidigung gegeben wird (Artikel 6 Absatz 3b Menschenrechtskonvention). Es kommt nicht in Betracht, wenn dies den Beschuldigten in seiner Verteidigung beeinträchtigen würde. Durch das beschleunigte Verfahren werde ich in meiner Verteidigung beeinträchtigt und lehne es deshalb ab«. Zusätzlich zu dem schriftlichen Antrag sollte dann noch einmal schriftlich nach einer Anwältin/einem Anwalt verlangt werden, die/der am besten mit Namen, Telefonnummer und Anschrift angegeben werde sollte. Wenn das nichts hilft und Euch die Polizei nach wie vor einen Anruf verweigert, habt Ihr spätestens, wenn Ihr vor der Staatsanwaltschaft oder dem Richter steht, die Möglichkeit, nach draußen zu telefonieren. Darauf solltet Ihr unbedingt bestehen!

Die nachfolgenden Tips sind für den zugegeben schlechten Fall gedacht, daß Ihr keinen Anwalt/keine Anwältin habt oder erreichen konntet und Euch alleine vor dem Schnellgericht wiederfindet. Denn jetzt kommt Ihr in die Situation, daß Ihr natürlich an dem Grundsatz »Keine Aussagen« festhalten wollt, aber andererseits Anträge stellen müßt, um das Verfahren doch noch abzuwenden. Das Recht, Anträge zu stellen, hat jede/r Angeklagte!

Wenn Ihr vor dem Schnellrichter steht, müßt Ihr als allererstes darauf bestehen, daß alles, was Ihr sagt, protokolliert wird, damit Eure Anwältin/Euer Anwalt danach darauf zurückgreifen kann.Dann solltet Ihr zunächst noch einmal Eure grundsätzliche Ablehnung gegen eine Verhandlung im »beschleunigten Verfahren« sowie den Wunsch nach einem Verteidiger entweder mündlich oder schriftlich zu Protokoll geben. Es ist sehr wichtig, dem Gericht von Anfang an klarzumachen, daß man/frau alle Möglichkeiten der Verteidigung ausschöpfen will, um genau den Effekt zu vermeiden, den sich Staatsanwalt und das Gericht von den beschleunigten Verfahren erhoffen – nämlich Zeit-, Kosten- und Aufwandsersparnis. Der Phantasie bei der Stellung von schriftlichen Anträgen sind dann keine Grenzen mehr gesetzt. Zur Verteidigung sind alle denkbaren Anträge erlaubt:

Erst einmal könnt Ihr damit anfangen, zu beantragen und zu Protokoll bringen lassen:

»Ich beantrage die Unterbrechung des Verfahrens bis zu 10 Tagen, um die Gelegenheit zur Einschaltung einer Rechtsanwältin/eines Rechtsanwalts meines Vertrauens zu haben.«

Dann könnt Ihr einen Befangenheitsantrag gegen den Richter stellen. Der stützt sich darauf, daß man/frau schon aufgrund der Äußerungen, die das Gericht einem gegenüber gemacht hat, davon ausgehen muß, daß das Gericht nicht mehr neutral und unvoreingenommen über den Tatvorwurf verhandeln wird, sondern voreingenommen ist. Der Antrag sieht dann so aus:



»In der Strafsache ./. (Name, Aktenzeichen), lehne ich den/die Richterin (Name) wegen Besorgnis der Befangenheit ab.

Begründung: Hier sollte dann eine kurze Schilderung der Äußerungen kommen, aufgrund derer man/frau annimmt, daß das Gericht voreingenommen ist.

Glaubhaftmachung: Dienstliche Äußerung des abgelehnten Richters (Name) und der Staatsanwaltschaft.

Einen Befangenheitsantrag kann immer wieder im Laufe der Verhandlung neu gestellt werden, vor allem, wenn sich entsprechend einseitige Äußerungen des Richters während der Verhandlung wiederholen.

Sollten diese Anträge abgelehnt werden, könnt Ihr einen Antrag auf Unterbrechung der Hauptverhandlung stellen:

»Ich beantrage die Unterbrechung des Verfahrens bis zu 10 Tage, um die Gelegenheit zur Benennung von Zeugen, deren Nachnamen mir zum jetzigen Zeitpunkt nicht bekannt sind, zu haben, verbunden mit dem Antrag, die Entscheidung im beschleunigten Verfahren nach § 419 II StPO abzulehnen. Die von mir zu bennenenden Zeugen werden die Aussage der Belastungszeugen (das sind meistens Polizeibeamte) widerlegen und meine Unschuld bezeugen können.«

Und jetzt noch ein paar Beispiele, was solche Beweisanträge beinhalten könnten und wie sie aussehen sollten: Es könnte Bildmaterial in Form von Fotos, Videos oder Fernsehaufnahmen geben, das zu eurer Entlastung dienen könnte. Von Euch zu benennende ZeugInnen könnten aussagen, daß Ihr entweder gar nicht am sog. Tatort gewesen seid oder ohne ersichtliche Gründe von den Polizeibeamten – ob in Zivil oder in Uniform – zu Boden gerissen wurdet und weggeschleppt worden seid. Der Antrag lautet dann:

»In der Strafsache ./.(Name, Aktenzeichen) beantrage ich, die Ladung und Vernehmung des/der Zeugen/Zeugin (Name, Anschrift), und/oder die Hinzuziehung des Bildmaterials des Fernsehsenders XY.«

Begründung: Der Zeuge/die Zeugin war bei dem Vorfall am XY Tag zugegen und wird bestätigen, daß der Sachverhalt sich nicht so abgespielt hat, wie in der Anklageschrift angegeben wird (z.B. daß ich den Polizeibeamten nicht geschlagen habe, daß ich keinen Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet habe usw.)

Im »beschleunigten Verfahren« ist es nach § 420 der Strafprozeßordnung (StPO) möglich, daß die Vernehmung von ZeugInnen (z.B. Polizisten) verlesen werden kann. Das heißt, daß die Polizeizeugen nicht persönlich vor Gericht aussagen müssen, sondern einfach ihre Aussagen vorgelesen werden. Das darf nur mit Zustimmung des/der Angeklagten geschehen. Die Zustimmung dazu müßt Ihr natürlich verweigern. Denn, wenn die Polizeibeamten z.B. aus einem anderen Bundesland als Zeugen geladen werden müssen und so schnell nicht greifbar sind, steht die Staatsanwaltschaft unter Umständen auf einmal ohne Zeugen da – das ist dann ein eindeutiger Pluspunkt für Euch.

Wenn alle Stricke reißen, eine Verhandlung trotzdem durchgeführt wird und ein Urteil gefällt wurde, hat man/frau immer noch eine Woche Zeit, um Berufung einzulegen und in aller Ruhe eine Verhandlung vor dem Berufungsgericht – dann aber wirklich mit einer Anwältin/einem Anwalt – vorzubereiten. ■

Hausdurchsuchung und Festnahmen in Gießen

In der Nacht vom 4. zum 5. Oktober wurde das ehemals besetzte Haus Südanlage 20 in Gießen, auf dessen Gelände sich u.a. der Infoladen befindet, Ziel einer polizeilichen Durchsuchungsaktion. Nachdem es während eines dort stattfindenden Konzertes immer wieder zu Provokationen durch vorbeifahrende Neonazis gekommen war, eskalierte die Situation gegen zwei Uhr nachts, als ein Auto gezielt auf eine Gruppe von KonzertbesucherInnen zufuhr, die auf dem Nachhauseweg waren. Aus dem Beifahrerfenster wurde sechs Schüsse (Schreckschuß/Leuchtspur) auf die Leute abgegeben, die sich daraufhin zur Wehr setzten und die Neonazis in die Flucht schlugen.

Schon nach kurzer Zeit rückte die Polizei mit massiven Kräften an. Nachdem vereinzelte Leute auf dem Hof und vor dem Haus festgenommen wurden, drohte die Einsatzleitung, das Haus zu stürmen und zu durchsuchen. Nach vergeblichen Verhandlungsversuchen seitens der HausbewohnerInnen begann die inzwischen eingetroffene Feuerwehr mit der Öffnung der verbarrikadierten Haustür, woraufhin die im Haus anwesenden Leute beschlossen, gemeinsam das Haus zu verlassen.

Nach stundenlangen Warten in der nächtlichen Kälte wurden insgesamt 39 Personen festgenommen, ED-behandelt und bis zum Nachmittag des nächsten Tages ohne Angabe von Gründen festgehalten. Derweilen durchsuchten Dutzende Polizisten mehrmals das gesamte Haus und filmten jeden Winkel ab. Die politische Polizei verbrachte weitere zwei Stunden damit, private Unterlagen, Briefe und Tagebücher zu durchforsten. Die Polizeiaktion steht als vorläufiger Höhepunkt einer Reihe von Provokationen gegenüber der Südanlage 20, die sich seit einem Open-Air-Konzert im Juli dieses Jahres beständig zuspitzten. Damals hatte die Polizei ernsthaft überlegt, ob sie dem Haus (und damit der ganzen Häuserzeile) den Strom abdrehen sollte, verzichtete aus Angst vor möglichen Krawallen jedoch darauf. Seitdem zeigt die Polizei bei Veranstaltungen verstärkt Präsenz, provoziert und schikaniert BesucherInnen und BewohnerInnen z.B. dadurch, daß sie die Hofeinfahrt mit Mannschaftwägen zuparkt. Gleichzeitig nehmen auch die Provokationen von Neonazis zu, die gröhlend am Haus vorbeifahren, mit Leuchtspur schießen und Fenster einwerfen.

Verteidigungsmaßnahmen der BewohnerInnen werden im Polizeibericht, so auch am 5. Oktober geschehen, als scheinbar unmotivierte *»Angriffe gegen Autofahrer«* dargestellt. ■

Harte Bonner Linie: Ab ins Krisengebiet

Wer als Flüchtling überhaupt noch nach Deutschland gelangt, hat wenig Chancen auf ein menschenwürdiges Leben. Denn während sich in bundesrepublikanischen Wohnzimmern Entsetzen und Betroffenheit über die »Schreckenstaten auf dieser Welt« breit macht, wird zugleich bedenkenlos in Krisengebiete abgeschoben.

Thüringens Innenminister RICHARD DEWES ist beispielsweise Algerien-Spezialist. »Die Algerier« stellen nämlich, so erklärte der SPD-Mann dem Spiegel im April dieses Jahres[1], *»ein großes Risikopotential dar, ihre Bereitschaft gegen Regeln zu verstoßen ist überproportional«*. Irgendwie wollen algerische Flüchtlinge wohl nicht so gerne in das nordafrikanische Land zurück. Der Bundesgrenzschutz stand in der Vergangenheit oft vor dem Problem, daß erst nach mehreren Anläufen eine Abschiebung möglich wurde. Nicht selten hatten sich Piloten angesichts des Widerstands von Flüchtlingen geweigert, die unfreiwilligen Passagiere zu befördern. In anderen Fällen hatten Polizeibeamte die »Schüblinge« bis zur Bewegungsunfähigkeit gefesselt – als regelrechte Pakete verschnürt – auf den Weg ins krisengeschüttelte Algerien gebracht. Der Bürgerkrieg zwischen den islamischen Fundamentalisten und den regierenden Militärs kostet zahlreiche Menschenleben. Bei Bombenanschlägen sowie Massakern bewaffneter Gruppen an der Bevölkerung sind in den vergangenen Jahren über 180.000 ZivilistInnen umgekommen. Für das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) ein alarmierender Zustand. Am 3.Juni erklärte die Bonner Vertretung dieser weltweiten Institution, *»die gesamte Zivilbevölkerung«* des Landes sei potentiell bedroht. Erhöhter Gefahr seien insbesondere Frauen ausgesetzt, *»die durch ihren westlichen Lebensstil oder wegen ihres Berufes als Lehrerinnen, Journalistinnen oder Regierungsangestellte nicht dem radikal-islamistischen Gesellschaftsbild entsprechen«*.

Die Bundesrepublik schiebt dennoch nach Algerien ab. Im vergangenen Jahr wurden von 3.159 Anträgen auf politisches Asyl nur 37 anerkannt, knapp 60 Prozent hingegen als »unbegründet« abgelehnt und weitere 36 Prozent aus »formalen Gründen« zurückgewiesen. 778 Personen wurden 1996 in das nordafrikanische Land abgeschoben. Für die Bonner UNHCR-Vertretung nicht verwunderlich, bieten doch *»die Vorschriften, die im Asylverfahren geprüft werden, so gut wie keine Schutzgewährung für Algerier, die in ihrer Heimat Verfolgungsmaßnahmen befürchten müssen. Nach der obersten deutschen Rechtsprechung werden die Opfer nicht-staatlicher Verfolgung weder als politisch Verfolgte noch als Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention angesehen«*. Auch das nach dem Ausländergesetz mögliche Aussetzen einer Abschiebung fände *»kaum Anwendung«*. Nur 21 Personen aus Algerien konnten vergangenes Jahr eine solche Aufschiebung erwirken.

Während das UN-Flüchtlingskommissariat daher einen *»qualifizierten Abschiebestopp«* von den Bonner Verantwortlichen fordert, zeigt sich auch Dewes unzufrieden mit der aktuellen Situation: Zwar schiebe Thüringen *»permanent nach Algerien ab«*, aber *»in kleinen – zu kleinen – Kontingenten«*. Was nicht zuletzt am Widerstand der Flüchtlinge liegt. Doch das Bundesinnenministerium hat dagegen bereits ein Mittelchen gefunden. Am 14.Februar unterzeichneten Deutschland und die Demokratische Volksrepublik Algerien ein sogenanntes Rücknahmeprotokoll. Demnach sollen auf Bitte der Bundesregierung künftig algerische Polizeibeamte die Flüchtlinge auf deutschen Flughäfen in Empfang nehmen und nach Hause »geleiten«. Diese Regelung sei *»angesichts der stetig zunehmenden Zahl renitenter algerischer Schüblinge von enormer praktischer und medienöffentlicher Bedeutung«*[2]. Pro Asyl bezeichnet diese Vereinbarung als eine *»unverhohlene Kollaboration mit dem algerischen Terrorregime«*. Der Vorsitzende der algerischen Menschenrechtsliga, Abdenur Ali Jahia, sieht darin gar einen Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention. Im Interview mit der taz erklärte er, ihm seien mindestens zehn Fälle namentlich bekannt, in denen Abschiebehäftlinge nach Rückkehr hingerichtet worden seien. Der deutsche Botschafter in Algier kenne diese ebenfalls.

Algerien ist aber nicht das einzige Krisengebiet, in das die Bundesrepublik Flüchtlinge abschiebt und damit deren Leben aufs Spiel setzt.

Trotzdem sich die aktuelle Situation auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien weiterhin schwierig gestaltet, streben deutsche Behörden eine möglichst schnelle Abschiebung von Flüchtlingen in diese Region an. Um dies zu erreichen, wurde gar ein »Koordinator für die Rückführung bosnischer Kriegsflüchtlinge« benannt. Der CDU-Bundestagsabgeordnete DIETMAR SCHLEE, früher acht Jahre lang Innenminister in Baden-Württemberg, bekleidet diesen Posten. Immerhin 65.000 Flüchtlinge sollen laut MANFRED KANTHER bereits von Anfang 1996 bis August 1997 »freiwillig« zurück nach Bosnien-Herzegowina gegangen sein. 285.000 weitere würden sich, so der Bundesinnenminister, noch in Deutschland aufhalten und sind damit potentielle Abschiebungskandi-



Der algerische Ort Bentalha nach einem Massaker Ende September 1997. Die Bundesrepublik schiebt weiterhin in das nordafrikanische Land ab.



Kroatiens Hauptstadt Zagreb: Nationaler Wahn statt Friedensstimmung

datIn-nen[3]. Die Hamburger »Interessengemeinschaft der Flüchtlinge aus den Gebieten des ehemaligen Jugoslawien« geht gar von bis zu einer halben Million Menschen aus, die nach den Bonner Plänen abgeschoben werden sollen. Bereits von Beginn an hat die Bundesrepublik sich schließlich alle Mühe gegeben, die Flüchtlinge in Rechtsunsicherheit zu halten. Nur der kleinste Teil von ihnen (zwischen ein und zwei Prozent) hat eine Aufenthaltsbefugnis gemäß Ausländergesetz erhalten. Dabei handelt es sich ausschließlich um jene Menschen, die offiziell über das UNHCR als Kriegsflüchtlinge nach Deutschland gebracht wurden. Alle anderen wurden von bundesdeutscher Seite nicht als Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskommission anerkannt – meist unter Hinweis darauf, daß den Betroffenen in »ihrer Heimat« keine Gefahr von staatlicher Seite drohe. Eine Verfahrensweise, die von der UNHCR-Vertretung mit Unverständnis aufgenommen wurde: *»Relevante Urheber der Verfolgung«* könnten vielmehr *»auch irreguläre Milizen oder Teile der Bevölkerung sein, wenn die Behörden des Staates nicht willens oder in der Lage sind, ausreichenden Schutz zu gewähren«*[4].

Deutschlands Ausländerbehörden erteilten allerdings maximal »Duldungen«. Demnach sind die Flüchtlinge zwar zur Ausreise verpflichtet, durch einen befristeten Abschiebestopp kann sich diese jedoch etwas verzögern. Erfolgt nach Ablauf der »Duldung« dann keine »freiwillige Ausreise« bis zu einem festgesetzten Termin, so wird abgeschoben. Der Sinn dieser Regelung ist eindeutig: Ihr vom Gutdünken der Innenministerkonferenz abhängiger Status soll die Betroffenen verunsichern. Von institutioneller Seite gibt es Versuche, Angst und Panik noch zu verstärken. Ende 1996 erhielten in Bonn beispielsweise alle ca. 1.500 dort lebenden Flüchtlinge aus Bosnien pauschal eine Ausreiseaufforderung mit Abschiebungsandrohung, eine Frist wurde allerdings nicht gesetzt. Laut dem Leiter des Bonner Ausländeramtes ein versehentlicher Fehler. Eine Ausreiseaufforderung ging zudem an alle Beschäftigten der bosnischen Botschaft in Berlin. Aus der Hauptstadt schob man auch einen Flüchtling nach »Rest-Jugoslawien« ab, obwohl dieser per Gerichtsbeschluß eine *»Untersagung der Abschiebung bis die Entscheidung über den Rechtsschutzantrag gefällt ist«* erwirkt hatte.

Für Personen aus Serbien und Montenegro – den heute noch zur Bundesrepublik Jugoslawien gehörenden Gebieten – galt von Beginn an nur eine Einzelfallprüfung. Deserteure beispielsweise konnten hier unter Umständen eine »Duldung« ergattern. Das Innenministerium in Nordrhein-Westfalen befand dazu allerdings: *»Die strafrechtliche Sanktionierung (Androhung einer Haftstrafe) der Wehrdienstentziehung ist grundsätzlich zu respektieren«*. Auch lagen in den Düsseldorfer Amtsstuben

»Die niederträchtige Abschiebepolitik Deutschlands verurteilen«

Die »Interessengemeinschaft der Flüchtlinge aus den Gebieten des ehemaligen Jugoslawien« (izi) verabschiedete am 3.Dezember 1996 folgende Erklärung:

1. izi kämpft für das Recht der Menschen, die aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien geflohen sind, auf ein selbstbestimmtes und menschenwürdiges Leben.

2. izi ist keine national-orientierte Organisation, ihr Ziel ist die Unterstützung aller Menschen aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien unabhängig von ihrer Nationalität, Religionszugehörigkeit, Abstammung, Geschlecht, Hautfarbe, Alter etc., die vorläufig in Deutschland bleiben wollen. Wesentlich ist und bleibt, daß jede/r selbst über den Zeitpunkt ihrer/seiner Ausreise bestimmt.

3. izi distanziert sich von den herrschenden chauvnistisch-nationalistischen Regimen auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien.

4. izi bemüht sich um Kontakte und Zusammenarbeit mit antirassistischen und antifaschistischen Gruppen sowie fortschrittlichen humanitären Organisationen und Medien. izi distanziert sich von sog. humanitären Organisationen, die Abschiebung in das Gebiet des ehemaligen Jugoslawien von Jahreszeiten, Einzelfallprüfungen und Kopfgeldzahlungen abhängig machen.

5. izi wird das Abkommen von Dayton in Hinsicht auf seine Umsetzung in Deutschland und die sich daraus ergebenden Auswirkungen auf Flüchtlinge analysieren.

6. izi hat das Ziel, Nichtdeutsche und Deutsche über die gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland aufzuklären.

7. izi wird Resolutionen an die internationale Staatengemeinschaft richten, um die niederträchtige Abschiebepolitik des deutschen Staates zu verurteilen.

Stoppt die Gewaltherrschaft gegen Nichtdeutsche!
Für das Recht auf Selbstbestimmung!
Wer bleiben will, soll bleiben!

Kontaktadresse:
izi c/o BI Rudolfstraße
Rudolfstraße 5
21073 Hamburg

angeblich *»keine Erkenntnisse darüber vor«*, daß Wehrdienstverweigerern bzw. Deserteuren Folter oder Todesstrafe drohe[5]. Demgegenüber kam die deutsche Botschaft in Belgrad ein knappes Jahr zuvor noch zu dem Schluß, die Todesstrafe sei in der Verfassung Jugoslawiens zwar als Strafandrohung verboten, es bleibe *»letztlich aber möglich, trotzdem die Todesstrafe zu verhängen«*[6]. Für die Bundesrepublik ebensowenig ein Grund für Aufenthaltsbefugnis- oder Asylgewährung wie die aktuelle unklare Situation in Serbien und Bosnien-Herzegowina. Über die Hälfte aller Verfahren, die am 31.Dezember 1996 beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge anhängig waren, betrafen Bosnien-Herzegowina und die Bundesrepublik Jugoslawien. Aus letzterem Land kam im vergangenen Jahr jeder sechste Asylsuchende. Nur rund drei Prozent dieser Anträge wurden allerdings positiv beschieden, knapp drei Viertel (74,36 Prozent) abgelehnt. Mehr als 20 Prozent erledigten sich laut Bundesamt *»auf sonstige Weise«*[7], wurden also überwiegend aus formalen Gründen abgelehnt.

August 1996 am Hamburger Flughafen: Aktion gegen Abschiebepolitik

(Foto: Marily Stroux, off limits)

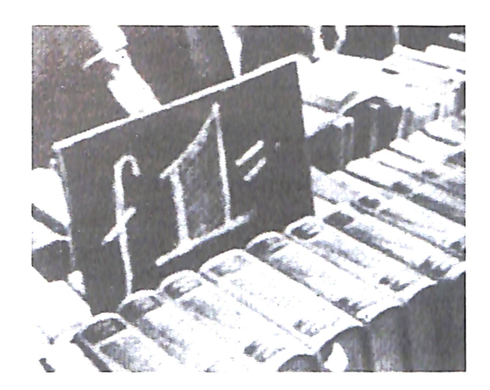


Auch die Situation in der Republik Kongo, dem früheren Zaire, vermag die abschiebewütige Bundesregierung nicht zu beeindrucken. Ein kurzfristiger Abschiebestopp ist des dort weitergehenden Bürgerkrieges zum Trotz längst wieder aufgehoben. Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen wies beispielsweise das Asylbegehren eines Oppositionspolitikers zurück, weil er sich ja nur »exilpolitisch« betätige, womit eine Verfolgung im Kongo selbst auszuschließen sei[8].

Neben anderen krisengeschüttelten Ländern wie Sudan, Sri Lanka oder die Türkei dürfte bald wieder in den Libanon abgeschoben werden. An die 14.000 Menschen sind bundesweit davon betroffen. In Berlin wurde bereits bekannt, daß die Behörden entgegen den Tatsachen behaupten, es würde ein Rückkehrabkommen mit Libanon existieren. Außerdem werden PalästinenserInnen und KurdInnen aus dem Nahoststaat gedrängt, sich Ausweise bei ihrer Botschaft zu beschaffen, oder ihnen werden deutsche »Fremdenpässe« mit einer Gültigkeit von zwei Wochen ausgestellt. Ohne ein Ausweisdokument ist eine Abschiebung nämlich nicht möglich. Und obzwar es bei der »Rückführung« von AusländerInnen aus Deutschland nicht immer rechtens – und menschenwürdig schon gar nicht – zugeht, so muß das Ganze doch wenigstens seine Ordnung haben... ■

Quellen und Anmerkungen:

1) Der Spiegel 18/1997, S. 93.
2) Schreiben des Bundesinnenministeriums an die Landesminister vom 19.Februar 1997, an die Öffentlichkeit gebracht von Pro Asyl, Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge. Kontaktadresse: Postfach 10 18 43, 60018 Frankfurt/M., Fax: 069-230650.
3) KLD-Brief Flüchtlinge Nr. 21, 18.August 1997.
4) Zitiert aus einem Brief der UNHCR-Zweigstelle in Zirndorf vom 15.Juli 1993. Das Schreiben ist dokumentiert in der Broschüre »Situation der Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien in Deutschland« (S.83-85), herausgegeben von der Kontakt- und Beratungsstelle für ausländische Flüchtlinge und dem Projekt Zentrale Beratungsstelle für Flüchtlingsarbeit. Bestelladresse: ZBF, Oranienstraße 159, 10969 Berlin, Fax: 030-6154534.
5) Schreiben des Innenministeriums Nordrhein-westfalen an die Bezirksregierungen vom 9.Juni 1994, dokumentiert in der Broschüre »Situation der Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien in Deutschland«, S.238-243.
6) Bericht der BRD-Botschaft in Belgrad vom 9.Juni 1993, dokumentiert in der Broschüre »Situation der Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien in Deutschland«, S.128f.
   Zur Situation von Deserteuren siehe auch: »Bericht des Antikriegszentrums in Belgrad«, abgedruckt in der Dokumentation »Kein Zug, kein Bus, kein Flug mit abgeschobenen Flüchtlingen nach Jugoslawien«, S. 34f. Bestelladresse: Aktionsbündnis für Bleiberecht c/o Antirassistische Initiative, Yorckstraße 59, 10965 Berlin, Fax: 030-7869984.
7) Regierungsdirektor Dr. Hans-Ingo von Pollern: »Die Entwicklung der Asylbewerberzahlen im Jahre 1996« in: ZAR 2/1997, S.90-95.
8) Gaby Hommel: »Urteile im Viertelstundentakt« in: Jungle World Nr.33, 14.August 1997, S. 10.



Bücher, Broschüren, Zeitungen, Filme

Butterwegge, Christoph (Hg.): NS-Vergangenheit, Antisemitismus und Nationalismus in Deutschland. Beiträge zur politischen Kultur der Bundesrepublik und zur politischen Bildung, Baden-Baden: Nomos 1997, 239 S.

Zum 8. Mai 1995, zum fünfzigsten Jahrestag des Kriegsendes, brachen Kreise der extremen Rechten eine Diskussion darüber vom Zaun, ob es sich um eine Befreiung oder eine deutsche Niederlage gehandelt habe. Die Empörung über diese Provokation war vergleichsweise groß, war doch das Nachwirken des Nationalsozialismus in den beiden deutschen Staaten gerade in jenem Jahr verstärkt ins Gesichtsfeld der Öffentlichkeit gerückt worden. WissenschaftlerInnen, PublizistInnen und PolitikerInnen beschäftigten sich mit dem Thema.

Die Fachhochschule Potsdam führte 1995/96 zwei Veranstaltungsreihen zum Nachwirken nationalsozialistischer Vergangenheit durch, bei denen sich, wie das Vorwort zum nun vorliegenden Sammelband erläutert, viele ReferentInnen den 8. Mai 1945 als »geistigen Anknüpfungspunkt« wählten.

Herausgekommen ist ein spannender Sammelband, in dem überwiegend fortschrittliche WissenschaftlerInnen veröffentlichen. Sie sind z.T., wie Jürgen Kuczynski (»Deutschland an der Jahrhundertwende - Sozialismus oder Barbarei?«) und Ludwig Elm (»DDR und 'Drittes Reich' im Vergleich. Kritische Anmerkungen zur Instrumentalisierung des Totalitarismustheorems«) aus der früheren DDR, zum größeren Teil aber aus der alten Bundesrepublik. Gerade daß der Band auch jene berücksichtigt, die durch die Veränderungen im wissenschaftlichen Mainstream seit den 80ern in Außenseiterpositionen gerückt sind, und deren Ergebnisse und Positionen quer zu den derzeit modischen Auffassungen liegen, macht das Buch so spannend.

Das überaus weit gefaßte Thema des Bandes ist in drei Themenbündel untergliedert: »Die deutsche NS-Vergangenheit und der Umgang damit«; »Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Flüchtlingselend«; schließlich »Die sog. Neue Rechte, Nationalismus und demokratische Alternativen«. In diesem Kapitel setzt sich u.a. Arno Klönne mit »Weltmachtpolitik« und damit mit den »Ambitionen des deutschen Nationalismus in Vergangenheit und Gegenwart« auseinander und benennt somit auf der Grundlage historischen Vergleichs die außenpolitischen Rahmenbedingung für einen Rechtsruck.

Kritisch wäre anzumerken, daß der Band insgesamt mit dem doch zu weit gefaßten Thema allzu Verschiedenes versammelt. Andererseits mag gerade hierin ein Vorteil liegen. »Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen«.

Langer, Bernd: Kunst als Widerstand. Plakate, Ölbilder, Aktionen, Texte der Initiative Kunst und Kampf, Bonn: Pahl-Rugenstein 1997, 240 S., DM 49,90.

Daß es der »Göttinger Linie« im Antifaschismus (wie man vielleicht geneigt ist, zu sagen) von Anfang an auch um Traditionsbildungen ging, war schon früh zu bemerken. Bereits in den 80er Jahren stellten Texte und Erklärungen aus Göttingen häufig direkt oder indirekt den Bezug zu verschiedenen Etappen des antifaschistischen Kampfes her. In diesen Rahmen gehörte auch die seit Mitte der 80er arbeitende Initiative »Kunst und Kampf« (KuK). Trotz einer gewissen Nähe zur Anfang der 90er gebildeten »Autonomen Antifa (M)« (AAM) können beide Initiativen nicht gleichgesetzt werden, obwohl eine Orientierung der AAM an KuK in ästhetischen Fragen unbestreitbar ist. So tragen denn auch zahlreiche Plakate der Göttinger Organisationsapostel das leicht esoterisch wirkende Symbol der Kunstinitiative.

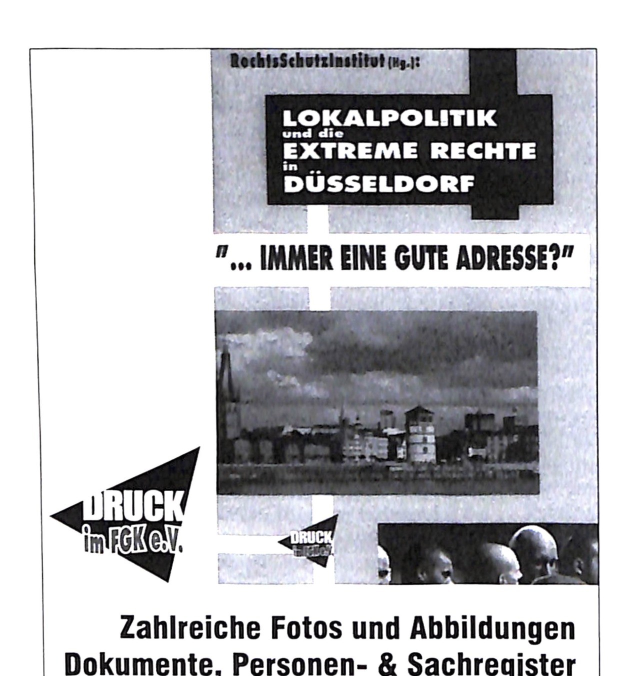
KuK lehnt sich bewußt an Vorbilder aus den 20er und 30er Jahren an - an die AgitProp-Kunst der KPD und anderer sozialistischer Gruppierungen, an die stilisierten Agitationskunstwerke des unübertroffenen Gerd Arntz oder den Konstruktivismus. Das Kunstverständnis ist ein engagiertes, Kunst wird verstanden als Form des Widerstandes und Waffe im Kampf. KuK formuliert dabei nicht ein rein instrumentelles Kunstverständnis, doch befindet sich die Initiative ständig in der Gefahr, Kunst zum Instrument zu degradieren. Der Wert von Kunst wird dabei leicht an ihrer »Nützlichkeit« im Sinne des »antifaschistischen, antagonistischen« Kampfes gemessen und sie wird damit ihres Lebenselementes, der freien Spontanität beraubt. Diese Gefahr ergibt sich insbesondere aus der engen Bindung der Künstler weniger an die »Praxis«, als vielmehr an eine bestimmte, tagespolitische Linie. Ein Plakat ist eben vor allem Propaganda, die freilich durchaus künstlerisch sein kann.

Trotzdem ist es richtig, daß KuK eine einmalige Initiative im autonomen Spektrum der Bundesrepublik ist. Zwar ist Bernd Langer nicht zuzustimmen, wenn er behauptet, der politische und künstlerische Ansatz bleibe eine Ausnahme in der autonomen Szene. Kunst spielte in der Autonomen Bewegungen ständig eine Rolle: im Layout von Plakaten und Flugblättern, der künstlerischen Gestaltungen von Fassaden besetzter Häuser, der Musikszene, »Kleinkunst«, Kabarett usw. Zu kurz kommt auch die eigenständige Tradition politischer Kunst in der DDR-Linken. Richtig ist dagegen, daß ein derartig geschlossener Ansatz, Kunst kontinuierlich zu organisieren, wie er durch KuK vertreten wird, einmalig ist. Schon daher ist die Zusammenfassung der verschiedenen Werke längst überfällig gewesen.

Dabei wird ein zweiter Aspekt der »Einmaligkeit« deutlich. Die Mischung von Traditionslinien, die sich in KuK zusammenfinden, sind in dieser Form nämlich für die autonome Szene überaus untypisch: KPD-Orientierung, (kritischer) Bezug zur Tradition der K-Gruppen der 70er statt prinzipieller Bruch mit diesem autoritären Ansatz, »Antiimperialismus« und intensive Auseinandersetzung mit den Positionen der RAF (mehr als mit RZ und Bewegung 2. Juni) usw. Zur traditionsbildenden Absicht der »Göttinger« gehört aber das Festhalten am Begriff der »autonomen Szene«, obgleich gerade die hier vertretene Position eher einen Sonderfall bildet, und obgleich man sich von den eigentlich konstitutiven Elementen der »Autonomie« - schroffe Ablehnung des Staatskommunismus, Abneigung gegenüber Organisationstrukturen, Politik in der ersten Person, Riot als zentrales Mittel der Politik, Spontanität usw. - längst weit entfernt hat. Übrig bleibt dann zumeist ein Fassade gewordener Begriff. Die »Haßmaske« wird insgesamt zur Maske, zur Verpackung.

KuK darauf zu reduzieren, als Marketing-Firma mißzuverstehen, würde ihrem Ansatz nicht gerecht werden. Dies dokumentiert der nun vorgelegte Band, der sich als Gesamtkatalog präsentiert. Dabei können trotz der großzügigen Aufmachung natürlich nicht alle Einzelwerke abgebildet werden, zumal Aktionskunst einen immer größeren Raum in den Aktivitäten von KuK einnimmt. Dafür gibt es ein Verzeichnis sämtlicher Werke.

Die Durchsicht der abgebildeten Kunstwerke bestärkt jene Kritik, die schon seit dem ersten spektakulären Bild »Die indirekte Perspektive« (1985/86) aufkam. Autonomer Militanz- und Männlichkeitsfetisch mischt sich mit der Absicht, komplexe gesellschaftliche Strukturen vereinfachend darzustellen. Abgebildet sind oft zwei Gruppen zumeist gleichstark erscheindender Kämpfer: Vom linken Rand her nähern sich die harten Burschen (neuerdings auch Mädel) der Antifa, ihnen gegnüber stehen gesichtslos die Büttel des Sy-



stems, dahinter verbirgt sich der Bonze und das System selbst, das in Form von großformatigen Symbolen (Hakenkreuze, Paragraphenzeichen, Labels der Konzerne und Banken usw.) dargestellt wird. Gelegentlich erscheint der antifaschistische Fighter auch als Einzelkämpfer.

Zu Beginn der 90er wird die Begeisterung einiger KuK-KünstlerInnen für Uniformen nahezu unerträglich. Dokumentiert ist beispielsweise der schaurige Aufzug verkleideter »Soldaten« und »Polizisten« anläßlich des 2. Oktober 1992, einige Monate darauf der widerliche Aufmarsch uniformierter, vermummter Fahnenträger vor der Synagoge in Adelebsen (20.3.1993). In diese Linie gehört auch ein seltsames Genre-Gemälde - KuK spricht von einer Anlehnung an den »proletarischen Realismus« -, das eine Straßenschlacht aus den dreißiger Jahren darstellen soll. Abgebildet sind auf S.158 f die Vorlagen für die einzelnen Elemente des Bildes. Zwischen den Ausdrucksformen des Rotfrontkämpferbundes und der Faschisten lassen sich hier nur graduelle Unterschiede erkennen. Aber entspricht eine solche Darstellung den geschichtlichen Fakten? Und entsprach das Aussehen der kommunistischen AktivistInnen tatsächlich jenem Bild, das die KPD von ihnen verbreitete und das KuK nun neu auflegt?

Obgleich die Fotokollagen und Plakate technisch anspruchsvoller werden, scheinen die Ölgemälde teilweise zu detailverliebter Genre-Malerei zu verkommen. Besonders deutlich wird das in dem bereits 1992 begonnen Bild »Das M-Konzept«, in welchem Kleidungsstücke der abgebildeten Personen fast bis zu ihrem Hersteller zurückverfolgt werden können. Genre-Malerei ist nun zwar für den Historiker von Interesse, zumeist jedoch Ausdruck geistiger Stagnation. Geht KuK über einen vermeintlichen proletarischen »Realismus« in Richtung eines kämpferischen Biedermeier?

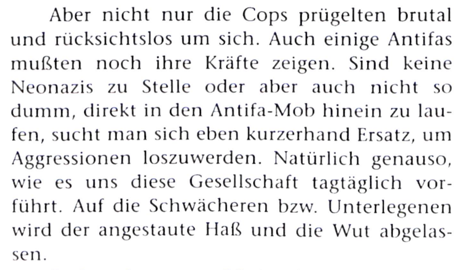
Neben dem eigentlichen Katalog der Werke besteht ein großer Teil des Bandes aus Texten. Diese sind durchgehend illustriert mit verschiedenen Plakaten, Flugblättern, Transparenten usw., die eine Tradition künstlerischen Kampfes in der autonomen Szene eindrucksvoll belegen. Die von Langer hergestellte Traditionslinie reicht vom Kampf der KPD im kalten Krieg - ein Thema, mit dem sich die antifaschistische Bewegung dringend kritisch auseinandersetzen sollte - über Neue Linke, bewaffneten Kampf, das Aufkommen einer »kämpfenden Bewegung« Ende der 70er/ Anfang der 80er bis hin zum Autonomen Antifaschismus. Ausführlich werden die Entwicklungen des»norddeutschen Antifa-Plenums« zwischen »Fahndungsantifaschismus« des Kommunistischen Bundes (KB) und militanten Aktionen der Autonomen beschrieben, ein Exkurs ist der Entwicklung in Hamburg gewidmet. Das Scheitern des »Norddeutschen« Plenums ist nun tatsächlich kaum wirklich aufgearbeitet. Langer setzt es mit dem Jahr 1987 an. Im Zusammenbruch der bundesweiten autonomen Antifastrukturen entstanden allerdings die Keime für einen Neuanfang.

Langer bekennt unumwunden, daß seine Darstellung nicht zuletzt auf persönlichen Erfahrungen beruht. Die Darstellung des autonomen Antifaschismus in der zweiten Hälfte der 80er ist dann in ihrer Perspektive allzusehr vom westlichen Harzrand aus diktiert. So behauptet er, daß sich »nur in Göttingen« ein Konzept entwickelt habe, das direkt auf den im »Norddeutschen« gemachten Erfahrungen basiere. Als Elemente dieses Konzeptes benennt er: »Kontinuierliche Gruppenarbeit und Verankerung vor Ort, Bündnispolitik und militante Aktionen«. Eine nicht minder regional verengte Darstellung aus Westberliner Perspektive könnte seit 1986/87 genau dieselben - allerdings stärker aus Berliner Erfahhungen resultierenden - Elemente für »Antifa Westberlin« (WB) benennen, eine Initiative, aus der heraus auch das AIB entstand, und der sich sehr früh die Berliner Jugendfront anschloß. Eine wirklich bundesweit orientierte Geschichte der unabhängigen Antifa müßte folglich diese Erfahrungen, für die sich zweifellos weitere Parallellen finden lassen, berücksichtigen. Langer - der diese Beispiele ja kennt - geht es denn wohl auch eher um Traditions- und Mythenbildung im Sinne eines heftig umstrittenen Ansatzes.

Die Texte, die sich mit KuK selbst befassen, zeigen die Geschichte einzelner Kunstwerke - ein in dieser Form einmaliger Versuch innerhalb der radikalen Linken. Dabei rückt unvermeidlich die ausgesprochen zähe und kontinuierliche Absicht der Repressionsorgane ins Blickfeld, KuK zu kriminalisieren bzw. über Ermittlungen gegen einzelne Plakate eine Durchleuchtung autonomer Zusammenhänge zu erreichen. Insgesamt wird der Band wohl heftige Reaktionen hervorrufen. In gewisser Hinsicht muß man ihn vor solchen ablehnenden Reaktionen in Schutz nehmen. Die Dokumentation des eigenen Werkes (bei derart freundlicher Preisgestaltung) ist ein wichtiger Schritt für die Antifa-Bewegung, sich ihrer eigenen Tradition bewußt zu werden. Daß ein erklärtermaßen politisch positionierter Ansatz dabei die eigene Sicht der Dinge darstellt, ist nur legitim. Wer dieser Sicht widerspricht, tut besser daran, die kritische Auseinandersetzung durch Gegenpositionen zu fördern, als die bei aller Skepsis auch verdienstvolle Arbeit von KuK schlechterdings zu diffamieren. Und ein Anspruch zeichnet KuK gegenüber anderen linken Projekten, die den politischen Kampf für sich stehen lassen, aus: Im Kollektiv soll sich erklärtermaßen die künstlerische Kreativität gerade junger Menschen entwickeln. Wer im Unterschied dazu nur Abwehrkämpfe führt, wird bald verhärten oder sich resigniert zurückziehen.

LeserInnenbriefe

Die Briefe geben immer die Meinung der SchreiberInnen wieder. Auch wenn wir eine andere Meinung haben, wird der Brief unkommentiert abgedruckt. Lediglich faktische Fehler probieren wir richtigzustellen.



Vorsicht, Antifa!

Nach der Antifa-Demonstration gegen den geplanten NPD-Aufmarsch am 13.9.97 in Hamburg kam es anschließend zu brutalen Prügelszenen am Hauptbahnhof. Deutsche Polizisten schützten wieder einmal die Faschisten. Bei dem eher sanften Versuch, Neonazis am Hauptbahnhof anzugreifen und zu vertreiben, stürmten sofort die bereitstehenden Cops herbei und prügelten brutal und wahllos auf die Köpfe der sich dort aufhaltenden AntifaschistInnen ein.

Aber nicht nur die Cops prügelten brutal und rücksichtslos um sich. Auch einige Antifas mußten noch ihre Kräfte zeigen. Sind keine Neonazis zu Stelle oder aber auch nicht so dumm, direkt in den Antifa-Mob hinein zu laufen, sucht man sich eben kurzerhand Ersatz, um Aggressionen loszuwerden. Natürlich genauso, wie es uns diese Gesellschaft tagtäglich vorführt. Auf die Schwächeren bzw. Unterlegenen wird der angestaute Haß und die Wut abgelassen.

So kesselten etwa 30 Antifas ein sportlich-modisch aussehendes junges Pärchen am Hauptbahnhof ein, bespuckten und beschimpften die Frau als »Faschovotze« und knüppelten den Mann brutal nieder. Er trug einige große Platzwunden am Kopf davon.

Ehrlich, wir trafen beide im Krankenhaus, denn wir hatten Verletzungen von einem Bullenangriff zu behandeln, beide waren eindeutig nicht als Faschos zu identifizieren. Eher schick-sportlich und er etwas durchtrainiert, aber nicht faschistoid.(...)

einige AntifaschistInnen aus Berlin

1977, Stadtguerilla und militanter Antifaschismus

Vergebene Chancen



Gastbeitrag von **Klaus Viehmann**

Der Autor war in den 70ern in der Stadtguerilla organisiert und von 1978-1993 im Knast. Er lebt heute in Hamburg.

Es ist kein Zufall, daß sich in diesen Tagen Aktionen gegen einen Bundesanwalt Buback, einen Bankier Ponto oder einen Wirtschaftsführer Schleyer jährten – und nicht etwa Aktionen gegen alte NS-Verbrecher oder Neofaschisten. Der Eindruck entsteht, die RAF oder andere militante Organisationen hätten mit Antifaschismus wenig zu tun gehabt.

Die militante neue Linke hatte sich vor 20, 25 Jahren durchaus mit der faschistischen Geschichte Deutschlands auseinandergesetzt, sie kannte auch den bürgerlichen Antifaschismus und den reformistischen Antifaschismus der damaligen VVN oder DKP. Selbstverständlich sahen alle Linken in der seit 1965 stärker werdenden NPD, die 1969 knapp an der 5%-Hürde scheiterte, einen Feind. Allerdings war die NPD damals ein Sammelbecken von Alt-Nazis, man konnte sich mit der bequemen Vorstellung zurücklehnen, daß die schon aussterben würden. Aus damaliger Sicht war das nicht so naiv, denn jüngere Nazis waren kaum zu sehen und Angriffe von Nazis gab es selten, weder auf Linke noch auf MigrantInnen. Eine akute Gefahr wie in den 90ern stellten sie nicht dar. Repression von Berufsverboten bis zu Bullenangriffen war hingegen alltäglich. Entsprechend die verbreitete linke Annahme, daß Faschismus im Apparat des bürgerlichen Staates geplant wird und nicht auf der Straße: »Der neue Faschismus kommt aus den Innenministerien«. Dafür gab es Indizien, denn ab 1966 hatte die große Koalition die Notstandsgesetze durchgedrückt und seit 1969 modernisierte die SPD/FDP-Regierung die Bundeswehr und baute den Sicherheitsapparat, besonders das BKA, massiv aus.

Nachrichten über neue imperialistische Aktionen in Vietnam oder Chile dominierten die linken Debatten und Empfindungen, und sie verlangten Reaktionen von der damals viel internationalistischer orientierten Linken. Die BRD wurde zuerst in ihrer internationalen Funktion als »imperialistisches Subzentrum« gesehen, der Hauptfeind war der US-Imperialismus. Es schien also nicht abwegig, daß sich die militante Linke samt Stadtguerilla dem Kampf gegen diese Verhältnisse zuwandte und die NPD oder andere Nazis rechts liegen ließ. Hinzu kam eine andere Struktur der gesamten Linken in der BRD. Antifaschismus war damals die Domäne von DKP-nahen oder links-sozialdemokratischen Personen und Verbänden und entsprechend wenig militant. Blockaden von Treffen alter SS-Angehöriger waren eher die Ausnahme, die übliche Antifa-Praxis waren Veröffentlichungen über alte Nazis oder Versuche mittels der BRD-Justiz der Gerechtigkeit nachzuhelfen, sowohl bei der Verfolgung alter Nazis als auch bei den Entschädigungsansprüchen von NS-Opfern. Revolutionäre Kritik am BRD-Staat kam in diesem Rahmen höchstens unterschwellig. Die kommunistische Antifa von 1945, die NS-Mörder gejagt und in einigen Fällen liquidiert hat, wurde totgeschwiegen und die Militanz der neuen Linken wurde aus der Sicht der DKP und antifaschistischer Sozialdemokraten als »Provokationen« abgetan. Stadtguerillaaktionen galten als »das Werk kleinbürgerlicher Abenteurer«, selbst wenn sich auch in der DKP oder VVN einige klammheimlich über Aktionen gefreut haben werden. Daß Militanz ein Bestandteil des Antifaschismus sein könnte, stand aber überhaupt nicht zur Debatte.

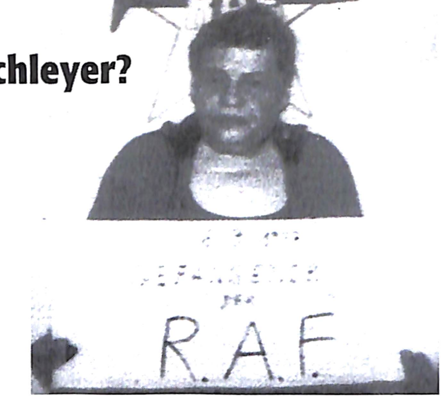
Und die, die militant waren, revolutionäre Linke und Stadtguerilla, verstanden Antifaschismus wie gesagt als Kampf gegen den »faschistischen Staat der Notstandsgesetze«, gegen den »faschistischen Krieg in Vietnam«. Ihr Begriff von »faschistisch« hatte wenig mit einem Kampf gegen alte Nazis oder kaum zu sehende Neofaschisten zu tun. Die waren höchstens mit gemeint. Die damals entstehenden »neuen« rechten Ideologien oder Gruppen waren nur wenigen SpezialistInnen bekannt, und auch sie haben die als nicht als eine in den 80er und 90er Jahren bedrohlich angewachsene Kraft voraussehen können. Eine Kurzsichtigkeit, die damals kaum zu vermeiden war.

Ausnahmen von dem gesetzestreuen Antifaschismus kamen aus dem Ausland, Beate Klarsfeld ohrfeigte den Alt-Nazi und Bundeskanzler Kiesinger vor dem versammelten Bundestag und wanderte ein Jahr in den Knast. Sie und andere französische AntifaschistInnen versuchten in den 60er Jahren vergeblich, zwei deutsche Kriegsverbrecher, die hierzulande unbehelligt leben konnten, über die Grenze vor ein französisches Gericht zu schaffen. In diesem Versuch keine Anregung für eigene Aktionen gesehen zu haben, lag an den erwähnten Verhältnissen und linken Einschätzungen. Alte Nazis wirkten nicht so wichtig... Mit einem heute noch gefangenen Genossen aus der RAF habe ich länger darüber diskutiert, und wir haben es beide bedauert, daß sich die Gruppen nicht mit den damals noch überall auffindbaren NS-Verbrechern befaßt haben. Einige waren im Ausland wegen ihrer Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt, andere auf wichtigen Posten und so reich, daß sie als Tauschpfand für Zahlungen an NS-Opfer in Frage gekommen wären. Nichts davon ist damals geplant oder gar realisiert worden.

Schleyer war zwar ein Alt-Nazi, dessen Geschichte auch halbwegs bekannt war, aber das wurde von der RAF nicht thematisiert. Der Grund dafür klingt fast skurril: Schleyer öffentlich zu sehr zu demontieren oder gar als NS-Mörder zu entlarven (siehe Kasten), hätte seinen »Austauschwert« gefährdet. Wer setzt sich schon für einen NS-Mörder ein? Und hätte man so einen schwergewichtigen Täter überhaupt wieder laufen lassen können, wo drei »normale« SEK'ler und ein Fahrer doch bereits bei der Entführung erschossen wurden? Aus den taktischen Zwängen der Aktion heraus bekam Schleyers NS-Geschichte weniger Gewicht, als es möglich gewesen wäre.

Eine Stadtguerilla, die einen militanten Antifaschismus praktiziert hätte, wäre

Wer war Hanns Martin Schleyer?



In dem TV-Film »Todesspiel« kommt Schleyer als armes Opfer rüber, seine Witwe kann sagen, sie hätte ihn nie in SS-Uniform gesehen, seine Söhne beschreiben ihn als netten Vater.

Seine biographischen Daten zeigen eine andere Figur: Seit 1937 Mitglied der SS, zudem der schlagenden Burschenschaft Corps Suevia, hier holte er sich die Mensurnarben. Ab 1941 war Schleyer Leiter des Präsidialbüros des »Zentralverbands der Industrie für Böhmen und Mähren« in der okkupierten Tschechoslowakei. Zu der Zeit schrieb er über sich selbst: »Ich bin alter Nationalsozialist und SS-Führer«. In seiner hohen Stellung war er Mitwisser und Mitverantwortlicher der NS-Besatzungspolitik in der CSR. Ein paar Fakten: 1.10.1938: Besetzung des »Sudetengebietes« durch die Nazi-Wehrmacht. 15.3.1939: Besetzung der gesamten CSR und Umwandlung in das »Protektorat Böhmen und Mähren«. März 1939: Verhaftung von 4.600 TschechInnen, vor allem KP-Mitglieder. August: Einführung der Arbeitsdienstpflicht. 18. Oktober: erste Deportation von tschechischen JüdInnen. November: Schließung der tschechischen Hochschulen, Verhaftung von 1200 StudentInnen, dabei werden neun sofort erschossen. Juni 1941: Verhaftungswelle gegen ca. 4000 Personen. Oktober: Deportation von 5000 Prager JüdInnen in das Getto von Lodz. Oktober: Verhaftung von 4000 WiderstandskämpferInnen, von denen 400 hingerichtet werden. März 1942: Deportation von 20 000 jüdischen SlowakInnen nach Auschwitz. 27. Mai: Erfolgreiches Attentat auf »Reichsprotektor« Heydrich, nachfolgende Repressionswelle mit dem Massaker von Lidice. Im Oktober 1943 befinden sich 180 000 ZwangsarbeiterInnen aus der alten CSR im »Reichsgebiet«, später werden es einige zehntausend mehr. August 1944: Aufstand in der Slowakei, blutige Niederschlagung durch Wehrmacht und SS. November 1944: Anordnung, PartisanInnen zukünftig öffentlich zu erschießen. März 1945: Massenverhaftungen. 5.-9.Mai: Prager Volksaufstand.

Hinzu kommen die zahlreichen »Arisierungen« der CSR-Banken und Großindustrie für deutschen Banken und Konzerne, an denen Schleyer persönlich beteiligt war. Nach Recherche von Bernt Engelmann war Schleyer in den Tagen des Volksaufstandes an einer Geiselnahme und Ermordung von Prager ZivilistInnen beteiligt, um freien Abzug nach Westen zu bekommen - weder Schleyer noch seine Familie sind gegen diese Behauptung jemals vorgegangen.

Nach 1945 wurde Schleyer zunächst von den Westalliierten interniert, aber bald in Vorstände westdeutscher Großfirmen berufen, z.B. 1963 bei Daimler-Benz. Zehn Jahre später war er Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeber BDA, ab 1977 auch noch Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). 1971 praktizierte er als erster eine flächendeckende Aussperrung gegen streikende Metallarbeiter und wurde spätestens da zu einer zentralen und symbolischen Figur des Kapitals.

in der BRD-Öffentlichkeit sicher genauso gehaßt worden – aber sie hätte Sympathien und Unterstützung bei mehr NS-Opfern, AntifaschistInnen, Linken und im Ausland bekommen. Vielleicht hätte es auch die Antifa der 80er und 90er Jahre leichter gehabt, wenn es schon in den 70er Jahren eine linksradikale Antifa-Praxis gegeben hätte. Eine politische Chance, die damals verpaßt wurde und nicht wiederkommt. Die Frage, ob neue Linke oder Stadtguerillagruppen auch ohne die NS-Geschichte Deutschlands entstanden wären, ist etwas spekulativ. Klar ist, daß sie von ihr geprägt waren. Und wer in Deutschland links oder auch nur unangepaßt war, wußte, was in einem kapitalistischen System steckt und daß Faschismus eine reale Möglichkeit ist. Die Befürchtung, daß die Linke wieder – wie 1933 – relativ unbewaffnet und wehrlos überwältigt werden könnte, hat zumindest bei der Gründung der RZ, wie sie in einem alten Text sagten, eine Rolle gespielt.

Heute wird manchmal behauptet, daß fehlender militanter Antifaschismus ein Ausdruck von linkem Antisemitismus war und Linke gerade deshalb mit PalästinenserInnen zusammengearbeitet hätten. So war es sicher nicht, die Solidarität mit den PalästinenserInnen entstand nach dem Krieg 1967, in dem Israel die Westbank, den Sinai und die Golanhöhen eroberte und hunderttausende PalästinenserInnen flüchten mußten. Das Szenario in der BRD war gespenstisch: Im SPIEGEL bejubelten alte NS-Generäle die Blitzkriegstrategie der israelischen Armee und die PalästinenserInnen kamen nur als »Fellachen« vor –eine linke Solidarität mit den Opfern dieses Krieges war klar. Außerdem standen linke palästinensische Organisationen in ihrem antiimperialistischen und sozialistischen Anspruch der neuen Linken weltweit nahe. Hinzu kam, daß israelische Militärs Diktaturen wie Südafrika oder Guatemala bei der Bekämpfung von Befreiungsbewegungen halfen, was sie zum Feind aller RevolutionärInnen machte. Ein wesentlicher Einschnitt war die Olympiade 1972, als ein Kommando »Schwarzer September« israelische Sportler als Geiseln nahm und zwei bei der Aktion unmittelbar tötete. Ein paar Tage später kamen die Geiseln und einige Palästinenser bei dem Versuch einer militärischen Lösung auf dem Flugplatz von Fürstenfeldbruck um. In den Wochen nach Fürstenfeldbruck lief eine rassistische Hetze gegen AraberInnen in der BRD und einige tausend wurden schlagartig ausgewiesen - ein ziemlich unbekannter Vorgang der BRD-Geschichte. Daß sich Linke mit den Ausgewiesenen solidarisierten, lag auf der Hand. Die Aktion des „Schwarzen September" stieß in der Linken, bei allem Verständnis für die Forderungen der PalästinenserInnen, auf breite Kritik und auch ein RAF-Papier von 1973, daß diese Aktion verteidigte, stand ziemlich isoliert da.

Der Fehler war nicht die Feindschaft zur israelischen Besatzungspolitik und schon gar nicht die Solidarität mit den palästinensischen Flüchtlingen – fatal war, daß eine ganz wesentliche Seite Israels, nämlich Wohnstätte von Überlebenden des Holocaust zu sein, unberücksichtigt blieb. Alle Aktionen, die sie in irgendeiner Form zum Objekt machen könnten, hätten nie erwogen werden oder gar stattfinden dürfen. Und keine linke Kritik hätte Israel in irgendeiner Form mit der NS-Politik gleichsetzen dürfen, wie es in Parolen wie »die Palästinenser sind die Juden Israels« in linken Texten geschah. [Fußnote: In der radikal 154 vom Juni 1996 (S.27-41) findet sich ein ausführlicher und sehr lesenswerter Artikel zu diesem Thema.]

Stadtguerilla und militante Linke haben Fehler gemacht, ihnen fehlte z.B. jede Klarheit über das Ausmaß des latenten Antisemitismus in der BRD. Hätte sie das realisiert, wären antifaschistische Aktionen in der BRD viel wichtiger erschienen und man hätte sich weniger ausschließlich auf Staat und Imperialismus konzentriert. Rassismus und Patriarchat wurden in den 70er Jahren ebensowenig in ihrer ganzen Tragweite und Bedeutung begriffen, auch in der Hinsicht liefen zu wenige Aktionen und war zu wenig Bewußtsein vorhanden. Eigentlich dauerte es bis weit in die 80er, diese weißen Flecken zu thematisieren. Vorhanden sind sie heute noch, auch in der Antifa-Theorie und -Praxis.

»1977« kann 1997 jenseits des ganzen Mediengedröhns ein Lehrstück für Linke sein. Nicht nur dafür, wozu ein angegriffener BRD-Staat in der Lage ist, sondern auch für die eigene Geschichte. 1997 gibt es immer noch genug zu lernen. Und zu tun. ■

Altes Konzept: Die Aufdecker sollen die Täter sein

»Im Prinzip geht es darum, daß die FPÖ ihre Schutzfunktion für die rechte Szene erfüllt, indem sie die Briefbombenserien den Linken in die Schuhe zu schieben versucht und so ihre eigene Klientel reinwäscht.« (W. Purtscheller)

Am 22. September 1994 schlug der Arm des Gesetzes zu. Mehrere Beamte der Wiener Fremdenpolizei hatten versucht, im von Autonomen und Flüchtlingen bewohnten »Ernst Kirchweger Haus« sich angeblich illegal aufhaltender Afrikaner habhaft zu werden. Die Menschenjagd eskalierte, es kam zu Auseinandersetzungen in deren Verlauf der eher zufällig anwesende Journalist und Buchautor Wolfgang Purtscheller, der sich vor allem mit Recherchen über die neofaschistische Szene profiliert hatte, niedergeschlagen wurde. Bereits am Boden liegend wurde ihm ein Bein »abgedreht«, bis im Knie die Bänder rissen. Zuvor soll Purtscheller selbst mehrere Polizisten verletzt haben, einer konnte immerhin eine Fingerquetschung vorweisen. Das Verfahren gegen die 18 an der Amtshandlung beteiligten und danach angezeigten Beamten wurde eingestellt, ohne daß auch nur einer von ihnen vor Gericht befragt worden wäre. Das Verfahren gegen Purtscheller (»Widerstand gegen die Staatsgewalt«) wird hingegen fortgesetzt. Im Juni dieses Jahres erwirkte die Staatsanwaltschaft Wien gar einen internationalen Haftbefehl gegen Purtscheller, der sich zwischenzeitlich zwei Jahre in Mexico aufgehalten hatte. Dieser wurde mittlerweile wieder aufgehoben, da sich Purtscheller dem Verfahren stellte. Bei Redaktionsschluß war der Ausgang des Verfahrens noch nicht bekannt.

Die FPÖ hat die Abwesenheit des ihnen unangenehmen Journalisten genutzt, um ihn unter dem Motto *»Die Aufdecker sind die Täter«* immer wieder in Zusammenhang mit den (Brief)-bombenattentaten der neonazistischen »BAJUWARISCHEN BEFREIUNGSARMEE« (BBA) und/oder einer mißglückten Sachbeschädigung an einem Strommasten im burgenländischen Ebergassing, bei der zwei Exponenten der radikalen Linken ums Leben kamen, zu bringen. Die Wiener Polizei half dabei mit. Bei der Menschenjagd im Ernst Kirchweger Haus waren nämlich Purtschellers journalistische Unterlagen beschlagnahmt worden. Darin fanden sich unter anderem folgende zwei Eintragungen: *»Sprengstoff«* mit den Namen deutscher Neonazis, sowie *»Heroin rororo«*. In einer ersten Reaktion stellte die Polizei den Verdacht in den Raum, Purtscheller könnte mit Sprengstoffanschlägen sowie Drogenhandel zu tun haben. Sie mußte später eingestehen, daß es sich wohl um Recherchen zum Thema Briefbomben sowie um die Notiz einer Buchneuerscheinung »Heroin« im rororo-Verlag handelte.

Nur EWALD STADLER, geschäftsführender Klubobmann der FPÖ, und das neofaschistische FREIHEITLICHE MAGAZIN AULA leiteten aus ersterer Notiz hartnäckig eine *»Anleitung zum Bombenbau«* ab. Der im oberösterreichischen Linz arbeitende AULA-Anwalt ALFRED WINDHAGER hatte im April 1995 dem Landesgericht Wien eine Sachverhaltsdarstellung übermittelt, in der der Verdacht der Mittäterschaft Purtschellers an den Anschlägen der BBA und der Sachbeschädigung in Ebergassing geäußert wird. Auf Anfrage erhielt der AULA-Anwalt Windhager von der zuständigen Untersuchungsrichterin CHRISTIANE MOSER im Oktober vergangenen Jahres tatsächlich einen Brief, wonach aufgrund der Sachverhaltsdarstellung gegen Purtscheller ermittelt wird. Was der Journalist wie folgt treffend kommentierte: *»Wir sind also schon soweit, daß die Nazis der Justiz vorschreiben, welche politischen Gegner sie eliminieren soll.«*

Alfred Windhager ist in der österreichischen Justizszene kein Unbekannter: Schon zweimal befasste sich die Disziplinarkommission der Anwaltskammer Oberösterreich mit Windhagens Wirken vor Gericht. Bei einem Mordprozeß im Jahr 1992 sagte er zu einem vietnamesischen Zeugen: *»Sie sind ja erst seit kurzem in Österreich und hoffentlich bald wieder weg.«* Bei einem anderen Prozeß, wo der Burschenschaftler Windhager den Aktivisten der NATIONALISTISCHEN FRONT MANFRED ZIERFUß verteidigte, soll er laut Zeitungsberichten in seinem Schlußplädoyer das NS-Verbotsgesetz als *»unmenschlich«* und *»menschenverachtend«* bezeichnet haben. Auch als Vorsitzender des BERG-ISEL-BUNDES, einem sattsam bekannten Südtiroler Traditionsverein, betätigte sich Windhager bereits detektivisch. Als vor drei Jahren SchülerInnen eines Wiener Gymnasiums Plakate gegen den Innsbrucker Freiheitskommers der Burschenschaftler klebten, sandte Windhager einen FPÖ-Weggefährten aus, um die Plakate zu fotografieren. Windhager klagte die Direktorin der Schule wegen *»Amtsmißbrauch sowie eines Verstoßes gegen das Unterrichtsgesetz«* an. Auf einer Liste aus dem Jahr 1991, die der VAPO-Führer GOTTFRIED KÜSSEL seinem Salzburger »Gauleiter« GÜNTHER REINTHALER übermittelte, taucht Windhager im übrigen als Mitglied des »Förderkreises« und als »Geldgeber« von Küssels Terrorbande auf. ■

On the Prowl

Nordamerikanische Antifas machen Jagd auf das Nazi-Musiklabel Resistance Records

Resistance Records (RR) sind ein neues und gefährliches Element der nordamerikanischen Nazibewegung. Resistance Records sind sowohl ein Musiklabel als auch eine Produktionsfirma. Sie rekrutieren Jugendliche für rassistische Bewegungen, indem sie White Power Musik produzieren und dafür werben. Die Firma hat zwei Hauptquartiere; eines in Detroit (USA) und eines auf der anderen Seite der Grenze in Windsor (Kanada). Außerdem versucht RR, mit regelmäßigen Konzerten und Parties eine faschistische Jugendkultur in der Region der Großen Seen zu etablieren. Eine Reihe von ihren größeren Shows wurden von AntirassistInnen und AntifaschistInnen gestört, aber die Antifabewegung hat bisher noch keine kontinuierliche Strategie entwickelt, um diesen modernen faschistischen Rattenfängern entgegenzutreten.

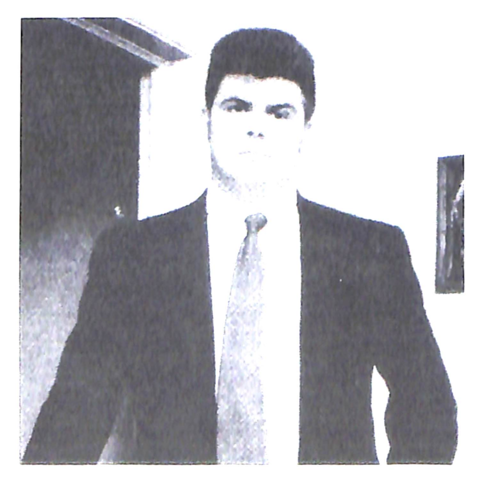
Die Firma wurde 1994 von den Kanadiern George Burdi, Jason Snow und Joseph Talic gegründet, die alle aus der Gegend von Toronto kommen. Burdi wurde 1970 geboren und hatte während seiner Schulzeit auf einer privaten katholischen Jungenschule den ersten Kontakt mit Ernst Zündel und anderen örtlichen Nazis. Innerhalb von ein paar Jahren wurde er Mitglied der Church of the Creator (COTC), Anfang der 90er Jahre eine der militantesten Nazigruppierungen in Nordamerika. Burdi versuchte, an der kanadischen Universität von Guelph faschistische Veranstaltungen zu organisieren, scheiterte damit aber und startete statt dessen die Band RAHOWA (Abkürzung für Racial Holy War, auf Deutsch »Heiliger Rassenkrieg«). Ihr erstes Konzert gaben RAHOWA 1990 bei einer Kundgebung der Heritage Front, die von dem deutschstämmigen Wolfgang Droege und anderen Nazis als eine »Vereinigte Front« von Nazis und Propagandisten der extremen Rechten gegründet worden war.

Burdi übernahm schnell die Führung der kanadischen Sektion der Church of the Creator und stieg auch in der Heritage Front in eine Führungsposition auf. (In dieser Zeit änderte er außerdem seinen Namen in George Eric Hawthorne, um seine franko-kanadische Herkunft zu verbergen). Eine Rekrutierungskundgebung in Ottawa im Mai 1993, wo RAHOWA spielte, gehörte zu den Höhepunkten der Heritage Front Aktivitäten. Die antifaschistische Gegendemo war unkoordiniert und nicht in der Lage, rund einhundert Neonazis daran zu hindern, zum kanadischen Parlamentsgebäude zu marschieren und Leute auf der Straße anzugreifen. Burdi wurde nach dem Aufmarsch verhaftet und später wegen Körperverletzung an einer antirassistischen Skinheadfrau verurteilt. Nur wenige Tage nach der Rekrutierungskundgebung in Ottawa, griffen Boneheads nach einem RAHOWA Konzert in Toronto einen tamilischen Flüchtling an und fügten ihm so schwere Verletzungen zu, daß er seitdem halbseitig gelähmt ist. Einer der Skinheads wurde verhaftet und vor Gericht gebracht. Weitere Verhaftungen folgten. COTC-Anführer wurden angeklagt, weil sie auf der Suche nach einem »Verräter«, der die Mitgliederlisten der COTC gestohlen haben sollte, einen ihrer Kameraden mit dem Tod bedroht hatten. Anti-Racist Action (ARA) in Toronto verstärkte die antifaschistische Mobilisierung gegen die Heritage Front. Im Juni 1993 führte eine militante ARA-Demonstration vor dem Haus eines führenden Heritage Front-Kaders zu kaputten Fensterscheiben und weiteren Verhaftungen von Heritage-Front-Kadern, als diese versuchten, gegen die Antifas vorzugehen. Innerhalb eines Jahres brach die Heritage Front dann fast zusammen. Im Sommer 1994 wurde ein eingeschleuster Polizeibeamter des kanadischen Geheimdienstes enttarnt, und ein weiterer führender Kader stieg unter großem Medienecho aus. Zu diesem Zeitpunkt gaben Burdi und andere Jungnazis die Heritage Front als ihr Projekt auf. Stattdessen entschieden sie sich, ihre Energien auf die Musikszene zu konzentrieren und gründeten Resistance Records (RR).

Die Firma ist in den USA angemeldet, um kanadische Gesetze zu umgehen, die die Verbreitung von »Haßmaterial gegen identifizierbare Zielgruppen« verbieten. In den USA gibt es keine vergleichbare Gesetzgebung. Der Hauptkader von RR in den USA war Mark Wilson aus Detroit. Wilson und Burdi trafen sich bei der Church of the Creator. Der alternde und kranke COTC-Gründer Ben Klassen hatte im Jahr 1992 Wilson kurzfristig zu seinem Nachfolger ernannt. Klassen brach die Beziehung zu Wilson allerdings wenig später ab, weil er ihn verdächtigte, 45.000 Dollar aus der COTC-Kasse in seine eigenen Taschen gefüllt zu haben. Wilson ist vor einiger Zeit aus Detroit weggezogen. Im Bundesstaat Wisconsin betreibt er jetzt das Musiklabel Wolf Pack Service und versucht, in ländlicheren Gegenden Rekrutierungsarbeit zu leisten.

Resistance Records-Gründer George Burdi alias George Eric Hawthorne (links) und Mark Wilson





Die Ziele und Taktiken von Resistance Records

Das Ziel von RR ist es, die faschistische Jugendszene zu vereinigen und diese Randgruppensubkultur in den Mainstream zu bringen. Burdi sieht sich selbst auch als politischen Führer, und RR verbreitet Kassetten mit seinen Reden. Mit seinem neuem Image hat er auch Erfolg bei den bürgerlichen Medien. Unter anderem veröffentlichten die New York Times, mehrere populäre Musikzeitschriften und MTV Interviews mit ihm. Zu den Bands, die momentan bei RR produzieren und von ihnen vertrieben werden, gehören u.a.: RAHOWA (Burdis eigene Band), Aryan, Berserker, Aggravated Assault, Centurion, Nordic

THUNDER, MAX RESIST und THE VOICE. Sie orientieren sich im allgemeinen an der Metalszene, und die Produktionsqualität ihrer Alben ist besser als bei durchschnittlichen Metalbands. RR vertreibt außerdem viele andere Alben von Bands aus Nordamerika, Europa und Australien.

Die Webseite von RR ist gut gemacht und die modern layoutete Zeitschrift RESISTANCE hat ein Hochglanzcover, das sich nicht von anderen Musikzeitschriften unterscheidet. Es ist unzweifelhaft ein ziemlicher Fortschritt gegenüber den kopierten Fanzines, die lange Zeit das hauptsächliche Kommunikationsmittel innerhalb der White-Power Jugendszene waren. Bis jetzt sind acht Ausgaben der Zeitschrift Resistance erschienen. Sie enthalten Nachrichten-Updates, Bandbesprechungen und Interviews, Photos von weißen Frauen, um die Männer anzusprechen, und längere Artikel, in denen die faschistische Ideologie vorgestellt wird.

Resistance hat mehrere Artikel über THE ORDER veröffentlicht, eine paramilitärische Nazi-Gruppe, die in den 80er Jahren aktiv war und eng mit den ARYAN NATIONS zusammengearbeitet hat. In der Ausgabe Nr. 8 wurde ein Interview mit dem Order-Mitglied DAVID LANE veröffentlicht, der wegen Mordes an dem jüdischen Talkshowproduzenten Allan Berg inhaftiert ist. Lanes Frau sowie seine Töchter KATYA und KACY sind offensichtlich an der täglichen Arbeit bei Resistance Records beteiligt.

Zu den Artikeln in Resistance, die besondere Beachtung verdienen, gehören u.a.:

In der Ausgabe Nr. 7 ein Artikel von KEES VAN RIJN, einem ehemaligen Mitglied der Waffen-SS.

In der Ausgabe Nr. 4 stellten die Herausgeber die Frage, ob der rassistischen Massenmörder CHARLES MASON nicht einfach »falsch verstanden« worden ist. In der Ausgabe Nr. 5 wurde ein Artikel von DAVID DUKE, einem ehemaligen KU-KLUX-KLAN-Grand Dragon und Gouverneurskandidat in Bundesstaat Louisiana, veröffentlicht. In der Ausgabe Nr. 6 wurde ein Interview mit einem »schwarzen Separatisten« abgedruckt. Um ihre rassistische Ideologie der weißen Vorherrschaft nach außen hin abzumildern, behaupten viele nordamerikanische Faschisten, daß sie daran interessiert seien, mit »Nichtweißen« über die Bildung von separaten, auf ethnischen Grundlagen basierenden Staaten, zu verhandeln. Trotz des angespannten Verhältnisses zwischen Mark Wilson und der Church of the Creator, erscheinen in jeder Ausgabe von Resistance Anzeigen für die World COTC sowie Anzeigen von den ARYAN NATIONS und der NATIONAL ALLIANCE. Ein großes White Power Konzert in Cleveland am Neujahrsabend 1995/96, mit der britischen Naziband SQUADRON und der australischen Naziband FORTRESS, wurde gemeinsam von Resistance und der National Alliance organisiert.

Die National Alliance, die in den 70er Jahren von dem ehemaligen Anführer der AMERICAN NAZI PARTY WILLIAM PIERCE gegründet wurde, entwickelt sich momentan zu dem am besten organisierten faschistischen Netzwerk in Nordamerika.

Ins Blickfeld einer breiteren Öffentlichkeit ist die National Aliance erst nach dem Bombenanschlag von Oklahoma City gerückt, als klar wurde, daß der Täter TIMOTHY MCVEIGH und seine bisher nicht enttarnte Zelle ihre Handlungsanweisungungen aus Pierces Buch »DIE TURNER TAGEBÜCHER« kopiert hatten. Bis vor kurzem hatte sich die National Alliance darauf konzentriert, durch eine breit angelegte Propagandakampagne eine Basis von intellektuellen, professionellen Faschisten aufzubauen. AntifaschistInnen gehen davon aus, daß die Mitgliederzahl der National Alliance zwischen 1989 und 1992 um das Dreißigfache gestiegen ist. Die gute Beziehung zwischen der National Alliance und Resistance Records ist eindeutig ein Teil ihrer Rekrutierungsstrategie.

Resistance spielt außerdem eine wichtige Rolle beim Aufbau internationaler Beziehungen zwischen White Power Bands und ihren Fans. Das schwedische Musikmagazin NORDLAND ist der europäische Vertrieb für Resistance Records, und Resistance veröffentlicht regelmäßig Besprechungen von Nordlands Neuerscheinungen. RR hat bisher versucht, sich aus den internen Auseinandersetzungen in der Naziszene herauszuhalten. Aber aufgrund ihrer Riesenegos und Illusionen über die eigene Wichtigkeit, ist es ihnen nicht gelungen, sich aus einem Konflikt mit BLOOD & HONOUR herauszuhalten.

Das englische Label, das aufgrund interner Auseinandersetzungen kaum noch handlungsfähig ist, fühlt sich durch den aggressiveren und ansprechendren Vermarktungsansatz von RR ganz klar bedroht. Blood & Honour hat George Burdi wegen seinen Versuchen, die faschistische Jugendsubkultur in den bürgerlichen Mainstream zu integrieren, als »*Verräter an der Sache*« bezeichnet. Der jetzige Geschäftsführer von Resistance, ERIC DAVIDSON, ist von Blood & Honour USA zu Resistance übergelaufen, um sich Burdi in Detroit anzuschließen. Das führte zu Todesdrohungen gegen Eric Davidson von der englischen C 18 Naziterroreinheit.

Die Antifajugend schlägt zurück

AntifaschistInnen an der Basis, vor allem Jugendliche, haben inzwischen erkannt, daß der Kampf gegen die Nazimusikindustrie eine unserer obersten Prioritäten sein muß. Das ARA-Netzwerk, das sich vor drei Jahren als loser Zusammenschluß für Antifagruppen in ganz Nordamerika gründete, hat entschieden, das Ende von Resistance Records zu einem Hauptziel seiner Arbeit zu machen. Wir sehen dabei zwei wesentliche Herausforderungen:



Ernst Zündel, einer der politischen Väter George Burdis, bei seiner Anhörung vor der Menschenrechtskommission in Toronto

Zum einen müssen wir das Verteilersystem von Resistance Records stören. In Kanada ist das nicht allzu schwierig, weil die Gesetzgebung den offenen Verkauf ihrer Zeitschriften und Platten ganz klar verbieten würde, wenn es zu Anklageerhebungen kommen würde. Überall da, wo Antifas und AntirassistInnen mitbekommen haben, daß Musikläden Material von Resistance Records verkaufen, wurde das öffentlich gemacht. Die Läden nehmen die Sachen dann aus dem Angebot.

In den USA ist die Situation schwieriger. Antifas müssen hier weit mehr Überzeugungsarbeit leisten, um Plattenläden zu überreden, daß sie Resistance Records nicht mehr in ihrem Sortiment führen sollen. Andererseits ist das eine gute Gelegenheit für antifaschistische Jugendliche, sich zu organisieren und gegen das Anwachsen einer rassistischen Jugendkultur in ihren eigenen Communities vorzugehen. Mehrere ARA-Gruppen sind auf diese Art und Weise entstanden.

AntirassistInnen und AntifaschistInnen sind allerdings bisher auf einer anderen Ebene erfolgreicher gewesen, nämlich bei der Verhinderung bzw. Störung von White Power Konzerten und Veranstaltungen. Einige Beispiele:

Das erste große Resistance-Konzert wurde im September 1994 in einer kleinen Stadt im US-Bundesstaat Wisconsin organisiert. Das Konzert, das als Gedenkfeier für Ian Stuart Donaldson (toter Leadsänger der englischen Naziband Screwdriver und Gründer des Blood & Honour Netzwerks) angekündigt war, konnte ohne Störungen durchgeführt werden. Doch als Mitglieder der Band Nordic Thunder nach dem Konzert einen Ausflug in die nahegelegene Stadt machten, kam es zu einer Konfrontation mit schwarzen Jugendlichen, die mit Schüssen endete. Der Frontsänger von Nordic Thunder, Joe Rowan, wurde dabei getötet und Resistance Records hatte den ersten Märtyrer.

Anfang 1997 arbeitete Resistance Records mit Nazibonheads in der Gegend von Detroit zusammen, um einen White Power Musikclub aufzubauen. Der Club befand sich in einer verarmten, hauptsächlich von Schwarzen bewohnten Nachbarschaft. Bei der Eröffnungsshow am Neujahrsabend 1996/97 schossen Bonheads vor dem Club mit ihren Knarren und pöbelten PassantInnen an. ARA Detroit und später auch einige andere linke Organisationen fingen danach damit an, Flugblätter in der Nachbarschaft zu verteilen, um vor Ort Widerstand gegen den Club aufzubauen. Es ist unklar, was dann genau passierte; klar ist nur, daß mindestens zwei Mal von außen Schüsse auf den Club abgefeuert wurden. Im Juli kündigte dann der Vermieter den Nazis und malte ein großes Schild, um alle darüber zu informieren, daß die Boneheads abgehauen seien.

Im April diesen Jahres plante Resistance Records ein Hitlergeburtstagskonzert in Buffalo, US-Bundesstaat New York. AntifaschistInnen aus mehreren Städten hatten Informationen über das Konzert recherchiert, und die neugegründete ARA-Gruppe in Buffalo gab schließlich die Informationen an die Presse und die Community weiter. Einige Stadträte in Buffalo drohten daraufhin damit, dem Clubbesitzer die Lizenz zu entziehen, falls das Konzert stattfinden sollte. Schließlich kündigte der Clubbesitzer kurz vorher den Vertrag mit Resistance Records, und das Konzert fand nicht statt. Aber es gibt auch Beispiele, wo Konzerte ohne Störungen und Proteste stattfinden konnten. Resistance veranstaltete 1996 zwei Konzerte mit jeweils 100 BesucherInnen in der kanadischen Stadt London, die zwischen Detroit und Toronto liegt. Die Band Aryan, die von Resistance Records produziert wird, kommt aus dieser Gegend, in der es kaum eine antifaschistische Präsenz gibt.

Das Polizeivorgehen und neue Anklagen

Inzwischen haben die Polizei in den USA und Kanada mit eigenen Aktivitäten begonnen. Im April diesen Jahres fanden koordinierte Durchsuchungsaktionen im Resistance-Büro in Detroit und bei George Burdi Zuhause bzw. in seinem Büro in Windsor, Kanada, statt. Die bürgerliche Presse berichtete, daß in Detroit Geschäftsunterlagen, 10.000 CD's sowie andere Materialien und Publikationen beschlagnahmt wurden. Außerdem wurde bekannt, daß die Adressliste von Resistance rund 5.000 Namen weltweit umfaßt.

Die juristische Grundlage für die Durchsuchung in Detroit bildete ein Ermittlungsverfahren der US-Behörden wegen Steuerhinterziehung. Ende August wurde allerdings bekanntgegeben, daß das Ermittlungsverfahren eingestellt worden ist und stattdessen Verhandlungen über eine Geldstrafe für noch nicht bezahlte Steuern laufen würden. Alle beschlagnahmten Unterlagen und Materialien sind Resistance Records zurückgegeben worden. Im September erhob die Staatsanwaltschaft in Kanada gegen Burdi, Snow und Talic Anklage wegen *»Anstiftung zum Rassenhaß«* und *»Verschwörung, um Rassenhaß zu schüren«*. Anklagen nach diesem speziellen Paragraphen der kanadischen Strafprozeßordnung sind selten und die möglichen Strafen nicht sehr hoch: Höchststrafe sind zwei Jahre Knast. Es bleibt abzuwarten, welchen Effekt diese Verfahren auf Resistance Records haben werden. Die neue Ausgabe von Resistance ist längst überfällig, und auch mit Bestellungen befindet sich Resistance Records im Rückstand.

Wir können hier nicht noch mehr ins Detail gehen, freuen uns aber über Anfragen von Antifas, die mehr Informationen über die internationalen Kontakte von Resistance Records benötigen. ■

Der Artikel wurde von der InfoCrew von ARA Toronto für das AIB geschrieben und vom AIB übersetzt. Kontakt: Anti Racist Action (Toronto), P.O. Box 29, Station B, Toronto, ON ,M5T 2T2.




Franz Fuchs

Ein unpolitischer Einzeltäter?

Kurz nachdem der österreichischen Polizei der erste mutmaßliche Bombenbauer ins Netz gegangen war, ging die Umwertung zum Einzeltäter los

»Freuen Sie sich nicht zu früh auf den ersten Fahndungsvolltreffer! Wenn Sie einen von uns zu fassen kriegen, was wohl nicht ausbleiben wird, können Sie ruhig im Kreis der Verwandten, Schulkollegen, Berufskollegen und Nachbarn recherchieren: Sie sind alle ahnungslos und glauben, daß wie herumstreunende Mediterrane, Asiaten, Afrikaner und Heiden sowie unsere Herrenkaste der Tschuschen voll akzeptieren.« **Dieses Geschwafel findet sich in einem 28seitigen Schreiben der BAJUWARISCHEN BEFREIUNGSARMEE – SALZBURGER EIDGENOSSENSCHAFT, datiert auf den 25. Februar 1995.**

Am 1. Oktober diesen Jahres kam es nun zum »ersten Fahndungsvolltreffer«. Im Zuge einer Ausweiskontrolle in seiner südsteierschen Heimatgemeinde Gralla schoß der 48jährige FRANZ FUCHS mit einem zu einer Art Panzerfaust umgebauten Schlachtschußapparat auf zwei Gendarmen. Offensichtlich durch einen Konstruktionsfehler verletzte Fuchs nicht nur die beiden Dorfpolizisten, sondern verlor selbst beide Arme. Bei den darauffolgenden Hausdurchsuchungen wurden funktionstüchtige Bomben ohne Zünder, Nitroglyzerin und ähnliches Mordgerät gefunden. In einer der Bomben fand sich auch ein Zettel mit der Aufschrift *»BBA – wir wehren uns. Friedrich II, der Streitbare«*. Dieser »Kampftrupp« der »Bajuwaren« hatte die Verantwortung für die Anschläge von Oberwart und Stinatz übernommen, bei denen vier Roma ermordet und ein Müllmann schwer verletz wurde.

Fuchs gestand, daß er Mitglied der BBA sei – aber *»nur ein kleiner Bote«*. Bei der Ausleuchtung seines Umfeldes stieß man/frau rasch auf seinen ehemaligen Arbeitgeber BERND EBNER, seines Zeichens »Deutscher Österreicher« und FPÖ-Funktionär. Zusätzlich entpuppte sich der Vater einer seiner Bekannten als führender Funktionär einer rechtsextremen Kleinstgruppierung.

Doch kurz nach diesen Enthüllungen wendete sich das Blatt. Seither ist die Umwertung des Neonaziterroristen zu einem unpolitischen Psychopathen und Einzeltäter mit medialer Schützenhilfe in vollem Gang. Österreichs oberster Polizist Michael Sika gab sogar offenherzig Auskunft, warum die Ermittler an der Einzeltäterthese festhalten: Bei der Annahme mehrerer Täter wäre es nämlich *»politisch geworden«*. Beweise oder Indizien, die für einen Einzeltäter sprechen würden, wurden aber nicht gefunden.

Bis heute ebenfalls nicht gefunden ist das Labor, in dem die Bomben hergestellt wurden und zu dem Fuchs Zugang gehabt haben muß. Bei Fuchs, der in dem elterlichen Haus zwei Zimmer bewohnte, wurde auch kein einziges historisches Buch gefunden. Die BBA hatte sich in ihren Bekennerschreiben in umfangreichen Abhandlungen mit dem »deutschen Charakter« Österreichs befaßt und ihren Bajuwarenkult ausführlichst historisch begründet.

Die Verfasser der Schreiben müssen sich auch mit neonazistischer Literatur befasst haben, da die BBA-Schreiben teilweise Passagen aus Publikationen österreichischer Neonazis enthalten. Als angeblicher Absender einer der Briefbomben war ein gewisser REINHOLD ELSTNER angegeben. Elstner, der sich am 8. Mai 1995 vor der Münchner Feldherrenhalle selbst verbrannte, gilt in der gesamten rechten Szene als Märtyrer.

Ein weiterer Absender war ein *»Dkfm. Walter Ochsenberger«*. WALTER OCHSENBERGER stand als Herausgeber der neonazistischen Zeitschrift SIEG mehrmals wegen NS-Wiederbetätigung vor Gericht und wurde 1991 zu drei Jahren Haft verurteilt.



Teile einer Sprengfalle in einem Blumentopf, die bei Franz Fuchs gefunden worden war.



Außerdem fehlte in der Wohnung von Fuchs jeglicher Hinweis auf eine umfangreiche Mediendokumentation. In den Schreiben der BBA hatten sich die Bombenleger immer wieder auf Zeitungsberichte bezogen und waren über die Berichterstattung der österreichischen Medien hergezogen.

Daß alle diese Dinge, die teilweise in der Vergangenheit immer wieder in den Täterprofilen auftauchten, bei dem mutmaßlichen BBA-Bomber Fuchs nicht gefunden wurden, fördert einmal mehr zu Tage, daß er kein Einzeltäter sein kann.

Südsteiersche Spuren

Das man/frau ausgerechnet in einem kleinen Dorf an der slowenischen Grenze auf den BBA-Terroristen stoßen würde, ist nicht so überraschend, wie es auf den ersten Blick erscheint. Immer wieder stand die Südsteiermark im Blickpunkt neonazistischer Aktivitäten.

Bereits im Frühjahr 1994, kurz nach der ersten Briefbombenwelle der BBA, geriet eine Gruppe von älteren (SS-) Männern aus der Gegend, die sich in einem Historiker-Verein gesammelt hatten, in das Blickfeld der Terrorfahnder und kritischen JournalistInnen. In Broschüren und Büchern trat man gegen »Tito-Partisanen« auf und beschwor das steiersche und Kärntner »Grenzland« als jahrhundertealtes Bollwerk gegen die »Überfremdung« aus den südlichen Nachbarländern Österreichs. In der Gruppe engagierten sich aber nicht nur Hobbyhistoriker, sondern auch Techniker und ein Militärhistoriker mit guten Kontakten zur Rüstungsindustrie.

Vor allem ein Indiz hatte die Ermittlungen der Polizei auf diese Region gelenkt. Als Absender einer Briefbombe, war ein fiktiver »*Magister Sivetz Franz*« aus Soboth angegeben. Soboth ist jener südsteiersche Ort, an dessen Kriegerdenkmal sich alljährlich diverse rechtsextreme Vereine zur »Heldenehrung« der »Gefallenen der beiden Weltkriege« versammeln. Rasch hatten die Ermittler Hausdurchsuchungsbefehle erwirkt, die weitere Indizien zu Tage förderten. Mit dem 69jährigen FPÖ-Gemeinderat Walter Neuner glaubte man/frau, einen Volltreffer gelandet zu haben. Der Pensionist entstammt einer sogenannten Vertriebenenfamilie aus dem Banat im heutigen Serbien und hatte in Graz studiert. Danach hatte der fließend Slowenisch und Ungarisch sprechende Verdächtige eine Berufslaufbahn in einer österreichischen Großbank begonnen, bei der er 1975 wegen illegalen Goldschmuggels fristlos gekündigt wurde.

In den Ermittlungsakten hielten die Fahnder eine Reihe von »Täterbezugspunkten« fest. Bei einem Telefonat, daß im Gerichtsauftrag abgehört wurde, schimpfte der Verdächtige über den Verein Artikel VII, einem der Adressaten der ersten Briefbombenserie. Daß die Fahnder auch Bezüge zum Wiener »Türkenbefreier« Rüdiger von Staremberg fanden, verstärkte ihren Verdacht. Neuner hatte in einem Leserbrief gefordert, im Geschichtunterricht die Belagerung Wiens und die Brutalitäten der Türken nicht unerwähnt zu lassen. Zudem hatte er mit einem gewissen Deutschmann einen Rechtsstreit wegen einer angemieteten Wohnung. Ein Wolfram Deutschmann war auch der fiktive Absender der Briefbombe an den damaligen Caritas-Präsidenten Helmut Schüller.

Weitere Indizien: Als ihn die Fahnder mit den Protokollen der Telefonüberwachung konfrontierten, mußte er zugeben, öfters abfällig über Schüller gesprochen zu haben. Ein Detail beschäftigte die Ermittler aber besonders. Nach längerem Leugnen gab Neuner zu, daß er den Absendernamen »*Vutuc*« kenne. Dies sei ein Schimpfwort aus seiner Heimat, dem Banat, und bezeichne das weibliche Geschlechtsorgan. »*Magister Karel Vutuc*« war wiederum der fiktive Absender der BBA-Briefbombe an den Pfarrer August Janisch im südsteierschen Hartberg gewesen. Die Briefbombenattentäter hatten auch hier offensichtlich wieder um ein paar Ecken gedacht. Als zugehörige Adresse zum Namen Vutuc hatten sie die Anschrift der grünen Nationalratsabgeordneten Medeleine Petrovic gewählt – ein Hinweis auf das frauenfeindlich Weltbild der Attentäter.

Doch weitere polizeiliche Untersuchungen schliefen ein. Bei der Suche nach den Mittätern von Franz Fuchs ist die Spur nun wieder heiß. ■

Abo & Nachbestellung

Abos
Ein Abo kostet 30.- DM für fünf Ausgaben / 60.- DM für zehn Ausgaben, bei zwei Exemplaren pro Ausgabe 50.- DM bzw. 100.- DM. Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten fünf / zehn Ausgaben. Wenn Du diese bezahlst, läuft das Abo weiter, wenn nicht, gilt dies als Kündigung.
Abos müssen bezahlt sein, bevor wir sie rausschicken, egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung. Bei Überweisungen bitte immer ganz sorgfältig drauf schreiben, von wem und für was das Geld ist. Besonders freuen wir uns über Förderabos und sonstige Spenden, da wir an notorischer Geldknappheit leiden.

○ Ich abonniere das AIB ab Ausgabe Nr. [ ] (incl.)
 ○ für fünf Ausgaben (30.- DM)
 ○ für zehn Ausgaben (60.- DM)

○ Geschenkabo: Ich möchte an die untenstehende Person ein Abo verschenken.

○ Knastabo: Ich übernehme ein Knastabo für untenstehende Person oder ihr sucht jemanden aus.

Nachbestellung
Die nebenstehenden Ausgaben können nachbestellt werden. Ausverkaufte Ausgaben sind nur noch als Kopien für Archive und in Sonderfällen erhältlich. Zu dem Preis für die Ausgaben (siehe Liste rechts) kommt nochmal der entsprechende Portobetrag dazu (3,- DM bis fünf Stück, darüber 7,- DM) und es muß ebenfalls im Voraus bezahlt werden.

○ Ich bestelle folgende alte Ausgaben / AIB-Pakete: [ ]

Adresse:

Den Betrag von DM [ ] habe ich bar / als Scheck beigelegt / überwiesen (Beleg liegt bei).

Weiterverkauf

Bedingungen
Darüber freuen wir uns besonders. Ihr sagt uns, wieviele Ausgaben (mindestens drei) Ihr haben wollt und ab welcher Ausgabe. Wir verschicken die Ausgaben mit beiliegender Rechnung. Vorkasse ist schön, aber nicht Bedingung. Die Preise stehen unten. Nicht verkaufte Exemplare könnt Ihr zurückschicken.

Preise
ab drei Stück pro Ausgabe: 5,00 DM
ab fünf Stück: 20% Rabatt
ab 50 Stück: 25% Rabatt
(alle Preise inclusive Porto & Verpackung)

Ich möchte das Antifa Info-Blatt weiterverkaufen. Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung, die ich auf Euer Konto überweise.

○ Bitte sendet mir [ ] Hefte ab der Nr. [ ] solange, bis ich Euch eine Änderung mitteile, an folgende Adresse:

Adresse:

Konto: J. Lehmann, Konto-Nr.: 411 960 - 105
BLZ: 100 100 10, Postbank Berlin

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist. Als Absender bitte Name und Adresse angeben, wenn bereits eine Lieferung erfolgt ist, unbedingt die Lieferadresse angeben.

Alte, noch lieferbare AIBs

AIB 11 (5/90): 3,00 DM
Nationalismus +++ »Neue Rechte« +++ »Lebensschützer« +++ Ausländer/innengesetz +++ Kohls Statthalter in der DDR

AIB 13 (Win/90): 3,00 DM
Rassismus: die Saat geht auf +++ Ex-DDR: Linke zieht Kopf ein +++ Interview: FAP von innen +++ die »Deutsche Alternative« +++ Italien

AIB 14 (Früh/91): 3,00 DM
Gladio +++ Antifa in Leipzig +++ die »Deutsche Allianz« +++ Interview mit franz. Antifas

AIB 17 (3/92): 4,00 DM
Kühnen-Beerdigung, Fiasko für seine Erben +++ »Revisionismus« als faschist. Strategie +++ Schweden & Frankreich

AIB 18 (5/92): 4,00 DM
»Neue Rechte« +++ Neues von der GdNF +++ Rassismus in Medien & auf der Straße +++ Dänemark

AIB 19 (7/92): 4,00 DM
Wunsiedel +++ HIAG - die SS heute +++ Banknotenfälschung im KZ +++ Kroatien, CSFR, Südafrika +++ Diskussion: Organisierung & Kaindl

AIB 23 (Som/93): 4,00 DM
Solingen: Einzeltäter? +++ Behinderte im NS +++ DESG und Denkfabrik +++ »Die Bürger« +++ die alte »Neue Front« +++ die hist. Antifaschist. Aktion

AIB 24 (10/93): 4,00 DM
NF- & NB-Nachfolgegruppen +++ Aufmarsch in Fulda +++ VDA +++ Junge Freiheit +++ Südafrika

AIB 25 (12/93): 4,00 DM
Verhaftungen wg. Kaindl +++ Nazi-Rock i.d. BRD +++ Staatlicher Rassismus +++ Eichberg, Burschenschaften +++ Organisierung d. Naziszene

AIB 26 (3/94): 5,00 DM
Innere Sicherheit, Briefbomben, Anti-Antifa +++ »Moderne Zeiten« +++ Roma in Europa

AIB 27 (6/94): 5,00 DM
illegale NSDAP +++ FAP-Aufmarsch verhindert +++ CDU und Innere Sicherheit +++ Italien: Faschisten a.d. Regierung

AIB 28 (11/94): 5,00 DM
der Apparat rückt nach rechts +++ NF-Nachfolge +++ Nationalbolschewismus +++ Prozeßbeginn in Berlin +++ Schweden: VAM

AIB 29 (3/95): 5,00 DM
Wohin treibt die FDP? +++ Frauen und Neofaschismus +++ Einblick-Prozeß +++ DKeG +++ die KZs Oranienburg & Treblinka

AIB 30 (6/95): 5,00 DM
Werwolf - Nazis go terror +++ Gedenkveranstaltungen zur Befreiung +++ der 8. Mai und die Rechte +++ Anschlag in Oklahoma

AIB 31 (9/95): 5,00 DM
aus dem Parteiarchiv der NF +++ Roskilde: Nazis packen ein +++ Verbrechen der Wehrmacht +++ der Begriff »Neue Rechte« +++ Frauen in der Anti-Antifa

AIB 32 (11/95): 5,00 DM
Ausbau der Inneren Sicherheit +++ Graue Wölfe +++ Veganer auf rechtem Weg? +++ Österreich: Prozeß, Bomben, Wahlen

AIB 33 (2/96): 5,00 DM
Runde Tische +++ das Netzwerk der Neonazis +++ Beilage: Faschismus i.d. USA +++ Nazis i.d. Hermann-Niermann-Stiftung +++ »Lebenslänglich« im ersten Söldnerprozeß

AIB 34 (5/96): 5,00 DM
Schwerpunkt: Deutschland auf dem Weg zur Weltmacht +++ Umstrukturierung d. Naziskinszene +++ »Befreite Zonen« +++ Oklahoma-Prozeß

AIB 35 (7/96): 5,00 DM
Nazis in der Offensive +++ Aufmarsch in Marzahn +++ neue Bedeutung der JN +++ Ostpreußenblatt +++ Band-Interview: rechte Grufties?

AIB 36 (9/96): 5,00 DM
Schwerpunkt I: Regionalismus +++ Schwerpunkt II: Lübeck - Grevesmühlen +++ Interview mit der Antifa (M) +++ Geschichte: die Sudetendeutschen

AIB 37 (12/96): 5,00 DM
Schwerpunkt: Osteuropa +++ Nazis in Internet und Offenem Kanal +++ Heitmeyer-Kritik +++ Goldhagen +++ Österreich

AIB 38 (4/97): 5,00 DM
Schwerpunkt: Soziale Frage +++ Nazimarsch in München +++ Berührungen zwischen Faschismus & Feminismus +++ Interview mit russischen Antifas

AIB 39 (7/97): 5,00 DM
Schwerpunkt: Jugend & Subkultur +++ Nazimärsche am 1. Mai +++ JN-Kongreß +++ Deutschland-Stiftung +++ »Was geht ab?«

AIB 40 (9/97): 5,00 DM
10 Jahre AIB +++ Prozeß gegen Kay Diesner +++ Nazi-Versände +++ Front National +++ Kirchenasyl +++ »Otto-von-Bismarck-Stiftung« +++ »Was geht ab?«

AIB 41 (11/97): 5,00 DM
Schwerpunkt: Rückblicke & Ausblicke +++ Befreite Zonen +++ Wehrmachtsausstellung in Marburg +++ Antifa in Canada +++ »Was geht ab?«

AIB-Pakete !

AIB-Paket 1: Ausgaben 11,13,14,17,18,23 für 15,- DM incl. Porto.
AIB-Paket 2: Ausgaben 25,26,27,28,29,30 für 20,- DM incl. Porto.
AIB-Paket 3: Ausgaben 31,32,33,34,35 für 20,- DM incl. Porto.

Zwei AIB-Pakete zusammen gibt´s für 30,- DM incl. Porto!
AIB-Pakete 1+2+3 zusammen gibt´s für 45,- DM incl. Porto!



Hamburg,
13. September ’97